

Strafgesetzbuch

für

den Norddeutschen Bund

nebst dem

Einführungs-Gesetze

vom 31. Mai 1870.

Mit Sach-Register,

redigirt

im Bureau des Justiz-Ministeriums.



Berlin, 1870.

Verlag von Albert Nauck & Co.

M. Nauck

STADTBIBLIOTHEK

DER UNIVERSITÄT ZÜRICH

ZÜRICH



Inhalt.

I.

Einführungs-Gesetz vom 31. Mai 1870	Seite 5.
--	-------------

II.

Strafgesetzbuch.

Einleitende Bestimmungen.	§§. 1— 12.
-----------------------------------	------------

Erster Theil.

Von der Bestrafung der Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen im Allgemeinen.

Erster Abschnitt. Strafen	§§. 13— 42.
Zweiter Abschnitt. Versuch. 	§§. 43— 46.
Dritter Abschnitt. Theilnahme	§§. 47— 50.
Vierter Abschnitt. Gründe, welche die Strafe ausschließen oder mildern	§§. 51— 72.
Fünfter Abschnitt. Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen	§§. 73— 79.

Zweiter Theil.

Von den einzelnen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen und deren Bestrafung.

Erster Abschnitt. Hochverrath und Landesverrath	§§. 80— 93.
Zweiter Abschnitt. Beleidigung des Landesherrn	§§. 94— 97.
Dritter Abschnitt. Beleidigung von Bundesfürsten	§§. 98—101.
Vierter Abschnitt. Feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten	§§. 102—104.
Fünfter Abschnitt. Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte	§§. 105—109.
Sechster Abschnitt. Widerstand gegen die Staatsgewalt	§§. 110—122.
Siebenter Abschnitt. Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung	§§. 123—145.

Achter Abschnitt.	Münzverbrechen und Münzvergehen . .	§§. 146—152.
Neunter Abschnitt.	Meineid	§§. 153—163.
Sehnter Abschnitt.	Falsche Anschuldigung	§§. 164. 165.
Elfter Abschnitt.	Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen	§§. 166—168.
Zwölfter Abschnitt.	Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf den Personenstand	§§. 169. 170.
Dreizehnter Abschnitt.	Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit	§§. 171—184.
Vierzehnter Abschnitt.	Beleidigung	§§. 185—200.
Fünfzehnter Abschnitt.	Zweikampf	§§. 201—210.
Sechzehnter Abschnitt.	Verbrechen und Vergehen wider das Leben	§§. 211—222.
Siebzehnter Abschnitt.	Körperverletzung	§§. 223—233.
Achtzehnter Abschnitt.	Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit	§§. 234—241.
Neunzehnter Abschnitt.	Diebstahl und Unterschlagung	§§. 242—248.
Zwanzigster Abschnitt.	Raub und Erpressung	§§. 249—256.
Einundzwanzigster Abschnitt.	Begünstigung und Hehlerei	§§. 257—262.
Zweiundzwanzigster Abschnitt.	Betrug und Untreue	§§. 263—266.
Dreiundzwanzigster Abschnitt.	Urkundenfälschung	§§. 267—280.
Vierundzwanzigster Abschnitt.	Banquerutt	§§. 281—283.
Fünfundzwanzigster Abschnitt.	Strafbarer Eigennuß und Verletzung fremder Geheimnisse	§§. 284—302.
Sechszwanzigster Abschnitt.	Sachbeschädigung	§§. 303—305.
Siebenundzwanzigster Abschnitt.	Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen	§§. 306—330.
Achtundzwanzigster Abschnitt.	Verbrechen und Vergehen im Amte	§§. 331—359.
Neunundzwanzigster Abschnitt.	Uebertretungen	§§. 360—370.

I.

Einführungsgesetz

vom 31. Mai 1870.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c. &c.
verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichstages, was folgt:

§. 1.

Das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund tritt im ganzen Umfange des Bundesgebietes mit dem 1. Januar 1871 in Kraft.

§. 2.

Mit diesem Tage tritt das Bundes- und Landesstrafrecht, insoweit dasselbe Materien betrifft, welche Gegenstand des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund sind, außer Kraft.

In Kraft bleiben die besonderen Vorschriften des Bundes- und Landesstrafrechts, namentlich über strafbare Verletzungen der Preßpolizei-, Post-, Steuer-, Zoll-, Fischerei-, Jagd-, Forst- und Feldpolizei-Gesetze, über Mißbrauch des Vereins- und Versammlungsrechts und über den Holz- (Forst-) Diebstahl.

Bis zum Erlasse eines Bundesgesetzes über den Konkurs bleiben ferner diejenigen Strafvorschriften in Kraft, welche rücksichtlich des Konkurses in Landesgesetzen enthalten sind, insoweit dieselben sich auf Handlungen beziehen, über welche das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund nichts bestimmt.

§. 3.

Wenn in Landesgesetzen auf strafrechtliche Vorschriften, welche durch das Strafgesetzbuch für den Norddeutschen Bund außer Kraft gesetzt sind, verwiesen wird, so treten die entsprechenden Vorschriften des letzteren an die Stelle der ersteren.

§. 4.

Bis zum Erlasse der in den Artikeln 61. und 68. der Verfassung des Norddeutschen Bundes vorbehaltenen Bundesgesetze

sind die in den §§. 81. 88. 90. 307. 311. 312. 315. 322. 323. und 324. des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie in einem Theile des Bundesgebietes, welchen der Bundesfeldherr in Kriegszustand (Art. 68. der Verfassung) erklärt hat, oder während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges auf dem Kriegsschauplatze begangen werden.

§. 5.

In landesgesetzlichen Vorschriften über Materien, welche nicht Gegenstand des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund sind, darf nur Gefängniß bis zu zwei Jahren, Haft, Geldstrafe, Einziehung einzelner Gegenstände und die Entziehung öffentlicher Aemter angedroht werden.

§. 6.

Vom 1. Januar 1871 ab darf nur auf die im Strafgesetzbuche für den Norddeutschen Bund enthaltenen Strafarten erkannt werden.

Wenn in Landesgesetzen anstatt der Gefängniß- oder Geldstrafe Forst- oder Gemeinde-Arbeit angedroht oder nachgelassen ist, so behält es hierbei sein Bewenden.

§. 7.

Vom 1. Januar 1871 ab verjähren Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Entrichtung der Brauntweinsteuer, der Biersteuer und der Postgefälle in drei Jahren.

§. 8.

Der Landesgesetzgebung bleibt vorbehalten, Uebergangsbestimmungen zu treffen, um die in Kraft bleibenden Landesstrafgesetze mit den Vorschriften des Strafgesetzbuchs für den Norddeutschen Bund in Uebereinstimmung zu bringen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Bundes-Insigel.

Gegeben Schloß Babelsberg, den 31. Mai 1870.

(L. S.)

Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen.

II.

Strafgesetzbuch

für den

Norddeutschen Bund.

Einleitende Bestimmungen.

§. 1.

Eine mit dem Tode, mit Zuchthaus, oder mit Festungshaft von mehr als fünf Jahren bedrohte Handlung ist ein Verbrechen.

Eine mit Festungshaft bis zu fünf Jahren, mit Gefängniß oder mit Geldstrafe von mehr als funfzig Thalern bedrohte Handlung ist ein Vergehen.

Eine mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu funfzig Thalern bedrohte Handlung ist eine Uebertretung.

§. 2.

Eine Handlung kann nur dann mit einer Strafe belegt werden, wenn diese Strafe gesetzlich bestimmt war, bevor die Handlung begangen wurde.

Bei Verschiedenheit der Gesetze von der Zeit der begangenen Handlung bis zu deren Aburtheilung ist das mildeste Gesetz anzuwenden.

§. 3.

Die Strafgesetze des Norddeutschen Bundes finden Anwendung auf alle im Gebiete desselben begangenen strafbaren Handlungen, auch wenn der Thäter ein Ausländer ist.

§. 4.

Wegen der im Auslande begangenen Verbrechen und Vergehen findet in der Regel keine Verfolgung statt.

Jedoch kann nach den Strafgesetzen des Norddeutschen Bundes verfolgt werden

- 1) ein Ausländer, welcher im Auslande eine hochverrätherische Handlung gegen den Norddeutschen Bund oder einen Bundesstaat, oder ein Münzverbrechen begangen hat;
- 2) ein Norddeutscher, welcher im Auslande eine hochverrätherische oder landesverrätherische Handlung gegen den Norddeutschen Bund oder einen Bundesstaat, eine Beleidigung gegen einen Bundesfürsten, oder ein Münzverbrechen begangen hat;
- 3) ein Norddeutscher, welcher im Auslande eine Handlung begangen hat, die nach den Gesetzen des Norddeutschen Bundes als Verbrechen oder Vergehen anzusehen und durch die Gesetze des Orts, an welchem sie begangen wurde, mit Strafe bedroht ist.

Die Verfolgung ist auch zulässig, wenn der Thäter bei Begehung der Handlung noch nicht Norddeutscher war. In diesem Falle bedarf es jedoch eines Antrages der zuständigen Behörde des Landes, in welchem die strafbare Handlung begangen worden, und das ausländische Strafgesetz ist anzuwenden, soweit dieses milder ist.

§. 5.

Im Falle des §. 4. Nr. 3. bleibt die Verfolgung ausgeschlossen, wenn

- 1) von den Gerichten des Auslandes über die Handlung rechtskräftig erkannt und entweder eine Freisprechung erfolgt oder die ausgesprochene Strafe vollzogen,
- 2) die Strafverfolgung oder die Strafvollstreckung nach den Gesetzen des Auslandes verjährt oder die Strafe erlassen, oder

3) der nach den Gesetzen des Auslandes zur Verfolgbarkeit der Handlung erforderliche Antrag des Verletzten nicht gestellt worden ist.

§. 6.

Im Auslande begangene Uebertretungen sind nur dann zu bestrafen, wenn dies durch besondere Gesetze oder durch Verträge angeordnet ist.

§. 7.

Eine im Auslande vollzogene Strafe ist, wenn wegen derselben Handlung im Gebiete des Norddeutschen Bundes abermals eine Verurtheilung erfolgt, auf die zu erkennende Strafe in Anrechnung zu bringen.

§. 8.

Ausland im Sinne dieses Strafgesetzes ist jedes nicht zum Norddeutschen Bunde gehörige Gebiet.

§. 9.

Ein Norddeutscher darf einer ausländischen Regierung zur Verfolgung oder Bestrafung nicht überliefert werden.

§. 10.

Auf Norddeutsche Militairpersonen finden die allgemeinen Strafgesetze des Norddeutschen Bundes insoweit Anwendung, als nicht die Militairgesetze ein Anderes bestimmen.

§. 11.

Kein Mitglied eines Landtages oder einer Kammer eines zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staats darf außerhalb der Versammlung, zu welcher das Mitglied gehört, wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerung zur Verantwortung gezogen werden.

§. 12.

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen eines Landtages oder einer Kammer eines zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staats bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Erster Theil.

Von der Bestrafung der Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen im Allgemeinen.

Erster Abschnitt.

Strafen.

§. 13.

Die Todesstrafe ist durch Enthauptung zu vollstrecken.

§. 14.

Die Zuchthausstrafe ist eine lebenslängliche oder eine zeitige. Der Höchstbetrag der zeitigen Zuchthausstrafe ist funfzehn Jahre, ihr Mindestbetrag Ein Jahr.

Wo das Gesetz die Zuchthausstrafe nicht ausdrücklich als eine lebenslängliche androht, ist dieselbe eine zeitige.

§. 15.

Die zur Zuchthausstrafe Verurtheilten sind in der Strafanstalt zu den eingeführten Arbeiten anzuhalten.

Sie können auch zu Arbeiten außerhalb der Anstalt, insbesondere zu öffentlichen oder von einer Staatsbehörde beaufsichtigten Arbeiten verwendet werden. Diese Art der Beschäftigung ist nur dann zulässig, wenn die Gefangenen dabei von anderen freien Arbeitern getrennt gehalten werden.

§. 16.

Der Höchstbetrag der Gefängnißstrafe ist fünf Jahre, ihr Mindestbetrag Ein Tag.

Die zur Gefängnißstrafe Verurtheilten können in einer Gefangenanstalt auf eine ihren Fähigkeiten und Verhältnissen

angemessene Weise beschäftigt werden; auf ihr Verlangen sind sie in dieser Weise zu beschäftigen.

Eine Beschäftigung außerhalb der Anstalt (§. 15.) ist nur mit ihrer Zustimmung zulässig.

§. 17.

Die Festungshaft ist eine lebenslängliche oder eine zeitige.

Der Höchstbetrag der zeitigen Festungshaft ist funfzehn Jahre, ihr Mindestbetrag Ein Tag.

Wo das Gesetz die Festungshaft nicht ausdrücklich als eine lebenslängliche androht, ist dieselbe eine zeitige.

Die Strafe der Festungshaft besteht in Freiheitsentziehung mit Beaufsichtigung der Beschäftigung und Lebensweise der Gefangenen; sie wird in Festungen oder in anderen dazu bestimmten Räumen vollzogen.

§. 18.

Der Höchstbetrag der Haft ist sechs Wochen, ihr Mindestbetrag Ein Tag.

Die Strafe der Haft besteht in einfacher Freiheitsentziehung.

§. 19.

Bei Freiheitsstrafen wird der Tag zu vierundzwanzig Stunden, die Woche zu sieben Tagen, der Monat und das Jahr nach der Kalenderzeit gerechnet.

Die Dauer einer Zuchthausstrafe darf nur nach vollen Monaten, die Dauer einer anderen Freiheitsstrafe nur nach vollen Tagen bemessen werden.

§. 20.

Wo das Gesetz die Wahl zwischen Zuchthaus und Festungshaft gestattet, darf auf Zuchthaus nur dann erkannt werden, wenn festgestellt wird, daß die strafbar befundene Handlung aus einer ehrlosen Gesinnung entsprungen ist.

§. 21.

Achtmonatliche Zuchthausstrafe ist einer einjährigen Gefängnißstrafe, achtmonatliche Gefängnißstrafe einer einjährigen Festungshaft gleich zu achten.

§. 22.

Die Zuchthaus- und Gefängnißstrafe können sowohl für die ganze Dauer, wie für einen Theil der erkannten Strafzeit in der Weise in Einzelhaft vollzogen werden, daß der Gefangene unausgesetzt von anderen Gefangenen gesondert gehalten wird.

Die Einzelhaft darf ohne Zustimmung des Gefangenen die Dauer von drei Jahren nicht übersteigen.

§. 23.

Die zu einer längeren Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe Verurtheilten können, wenn sie drei Vierteltheile, mindestens aber Ein Jahr der ihnen auferlegten Strafe verbüßt, sich auch während dieser Zeit gut geführt haben, mit ihrer Zustimmung vorläufig entlassen werden.

§. 24.

Die vorläufige Entlassung kann bei schlechter Führung des Entlassenen oder, wenn derselbe den ihm bei der Entlassung auferlegten Verpflichtungen zuwiderhandelt, jederzeit widerrufen werden.

Der Widerruf hat die Wirkung, daß die seit der vorläufigen Entlassung bis zur Wiedereinlieferung verfloßene Zeit auf die festgesetzte Strafdauer nicht angerechnet wird.

§. 25.

Der Beschluß über die vorläufige Entlassung, sowie über einen Widerruf ergeht von der obersten Justiz-Aufsichtsbehörde. Vor dem Beschluß über die Entlassung ist die Gefängnißverwaltung zu hören.

Die einstweilige Festnahme vorläufig Entlassener kann aus dringenden Gründen des öffentlichen Wohls von der Polizei-Behörde des Orts, an welchem der Entlassene sich aufhält, verfügt werden. Der Beschluß über den endgültigen Widerruf ist sofort nachzusehen.

Führt die einstweilige Festnahme zu einem Widerrufe, so gilt dieser als am Tage der Festnahme erfolgt.

§. 26.

Ist die festgesetzte Strafzeit abgelaufen, ohne daß ein Widerruf der vorläufigen Entlassung erfolgt ist, so gilt die Freiheitsstrafe als verbüßt.

§. 27.

Der Mindestbetrag der Geldstrafe ist bei Verbrechen und Vergehen Ein Thaler, bei Uebertretungen ein Drittheil Thaler.

§. 28.

Eine nicht beizutreibende Geldstrafe ist in Gefängniß und, wenn sie wegen einer Uebertretung erkannt worden ist, in Haft umzuwandeln.

Ist bei einem Vergehen Geldstrafe allein oder an erster Stelle, oder wahlweise neben Haft angedroht, so kann die Geldstrafe in Haft umgewandelt werden, wenn die erkannte Strafe nicht den Betrag von zweihundert Thalern und die an ihre Stelle tretende Freiheitsstrafe nicht die Dauer von sechs Wochen übersteigt.

War neben der Geldstrafe auf Zuchthaus erkannt, so ist die an deren Stelle tretende Gefängnißstrafe nach Maßgabe des §. 21. in Zuchthausstrafe umzuwandeln.

Der Verurtheilte kann sich durch Erlegung des Strafbetrages, soweit dieser durch die erstandene Freiheitsstrafe noch nicht getilgt ist, von der letzteren freimachen.

§. 29.

Bei Umwandlung einer wegen eines Verbrechens oder Vergehens erkannten Geldstrafe ist der Betrag von Einem bis zu fünf Thalern, bei Umwandlung einer wegen einer Uebertretung erkannten Geldstrafe der Betrag von einem Drittheil bis zu fünf Thalern einer eintägigen Freiheitsstrafe gleich zu achten.

Der Mindestbetrag der an Stelle einer Geldstrafe tretenden Freiheitsstrafe ist Ein Tag, ihr Höchstbetrag bei Haft sechs Wochen, bei Gefängniß Ein Jahr. Wenn jedoch eine neben der Geldstrafe wahlweise angedrohte Freiheitsstrafe ihrer Dauer nach den vorgedachten Höchstbetrag nicht erreicht, so darf die an Stelle der Geldstrafe tretende Freiheitsstrafe den angedrohten Höchstbetrag jener Freiheitsstrafe nicht übersteigen.

§. 30.

In den Nachlaß kann eine Geldstrafe nur dann vollstreckt werden, wenn das Urtheil bei Lebzeiten des Verurtheilten rechtskräftig geworden war.

§. 31.

Die Verurtheilung zur Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zum Dienste in dem Bundesheere und der Bundesmarine, sowie die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge.

Unter öffentlichen Aemtern im Sinne dieses Strafgesetzes sind die Advokatur, die Anwaltschaft und das Notariat, sowie der Geschworenen- und Schöffendienst mitbegriffen.

§. 32.

Neben der Todesstrafe und der Zuchthausstrafe kann auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden, neben der Gefängnißstrafe nur, wenn die Dauer der erkannten Strafe drei Monate erreicht und entweder das Gesetz den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte ausdrücklich zuläßt oder die Gefängnißstrafe wegen Annahme milderer Umstände an Stelle von Zuchthausstrafe ausgesprochen wird.

Die Dauer dieses Verlustes beträgt bei zeitiger Zuchthausstrafe mindestens zwei und höchstens zehn Jahre, bei Gefängnißstrafe mindestens Ein Jahr und höchstens fünf Jahre.

§. 33.

Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt den dauernden Verlust der aus öffentlichen Wahlen für den Verurtheilten hervorgegangenen Rechte, ingleichen den dauernden Verlust der öffentlichen Aemter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen.

§. 34.

Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirkt ferner die Unfähigkeit, während der im Urtheile bestimmten Zeit

- 1) die Landeskokarde zu tragen;
- 2) in das Bundesheer oder in die Bundesmarine einzutreten;
- 3) öffentliche Aemter, Würden, Titel, Orden und Ehrenzeichen zu erlangen;
- 4) in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen, zu wählen oder gewählt zu werden oder andere politische Rechte auszuüben;
- 5) Zeuge bei Aufnahme von Urkunden zu sein;
- 6) Vormund, Nebenvormund, Kurator, gerichtlicher Beistand

oder Mitglied eines Familienraths zu sein, es sei denn, daß es sich um Verwandte absteigender Linie handele und die obervormundschaftliche Behörde oder der Familienrath die Genehmigung erteile.

§. 35.

Neben einer Gefängnißstrafe, mit welcher die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt hätte verbunden werden können, kann auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Die Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter hat den dauernden Verlust der bekleideten Aemter von Rechtswegen zur Folge.

§. 36.

Die Wirkung der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt, sowie der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter insbesondere, tritt mit der Rechtskraft des Urtheils ein; die Zeitdauer wird von dem Tage berechnet, an dem die Freiheitsstrafe, neben welcher jene Aberkennung ausgesprochen wurde, verbüßt, verjährt oder erlassen ist.

§. 37.

Ist ein Norddeutscher im Auslande wegen eines Verbrechens oder Vergehens bestraft worden, welches nach den Gesetzen des Norddeutschen Bundes den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt oder einzelner bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge hat oder zur Folge haben kann, so ist ein neues Strafverfahren zulässig, um gegen den in diesem Verfahren für schuldig Erklärten auf jene Folge zu erkennen.

§. 38.

Neben einer Freiheitsstrafe kann in den durch das Gesetz vorgesehenen Fällen auf die Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Die höhere Landespolizeibehörde erhält durch ein solches Erkenntniß die Befugniß, nach Anhörung der Gefängnißverwaltung den Verurtheilten auf die Zeit von höchstens fünf Jahren unter Polizei-Aufsicht zu stellen.

Diese Zeit wird von dem Tage berechnet, an welchem die Freiheitsstrafe verbüßt, verjährt oder erlassen ist.

§. 39.

Die Polizei-Aufsicht hat folgende Wirkungen:

- 1) dem Verurtheilten kann der Aufenthalt an einzelnen bestimmten Orten von der höheren Landespolizeibehörde untersagt werden;
- 2) die höhere Landespolizeibehörde ist befugt, den Ausländer aus dem Bundesgebiete zu verweisen;
- 3) Haussuchungen unterliegen keiner Beschränkung hinsichtlich der Zeit, zu welcher sie stattfinden dürfen.

§. 40.

Gegenstände, welche durch ein vorsätzliches Verbrechen oder Vergehen hervorgebracht, oder welche zur Begehung eines vorsätzlichen Verbrechens oder Vergehens gebraucht oder bestimmt sind, können, sofern sie dem Thäter oder einem Theilnehmer gehören, eingezogen werden.

Die Einziehung ist im Urtheile auszusprechen.

§. 41.

Wenn der Inhalt einer Schrift, Abbildung oder Darstellung strafbar ist, so ist im Urtheile auszusprechen, daß alle Exemplare, sowie die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen unbrauchbar zu machen sind.

Diese Vorschrift bezieht sich jedoch nur auf die im Besitze des Verfassers, Druckers, Herausgebers, Verlegers oder Buchhändlers befindlichen und auf die öffentlich ausgelegten oder öffentlich angebotenen Exemplare.

Ist nur ein Theil der Schrift, Abbildung oder Darstellung strafbar, so ist, insofern eine Ausscheidung möglich ist, auszusprechen, daß nur die strafbaren Stellen und derjenige Theil der Platten und Formen, auf welchem sich diese Stellen befinden, unbrauchbar zu machen sind.

§. 42.

Ist in den Fällen der §§. 40. und 41. die Verfolgung

oder die Verurtheilung einer bestimmten Person nicht ausführbar, so können die daselbst vorgeschriebenen Maßnahmen selbstständig erkannt werden.

Zweiter Abschnitt.

Versuch.

§. 43.

Wer den Entschluß, ein Verbrechen oder Vergehen zu verüben, durch Handlungen, welche einen Anfang der Ausführung dieses Verbrechens oder Vergehens enthalten, bethätigt hat, ist, wenn das beabsichtigte Verbrechen oder Vergehen nicht zur Vollendung gekommen ist, wegen Versuches zu bestrafen.

Der Versuch eines Vergehens wird jedoch nur in den Fällen bestraft, in welchen das Gesetz dies ausdrücklich bestimmt.

§. 44.

Das versuchte Verbrechen oder Vergehen ist milder zu bestrafen, als das vollendete.

Ist das vollendete Verbrechen mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren ein, neben welcher auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden kann.

Ist das vollendete Verbrechen mit lebenslänglicher Festungshaft bedroht, so tritt Festungshaft nicht unter drei Jahren ein.

In den übrigen Fällen kann die Strafe bis auf ein Viertel des Mindestbetrages der auf das vollendete Verbrechen oder Vergehen angedrohten Freiheits- und Geldstrafe ermäßigt werden. Ist hiernach Zuchthausstrafe unter Einem Jahre verwirkt, so ist dieselbe nach Maßgabe des §. 21. in Gefängniß zu verwandeln.

§. 45.

Wenn neben der Strafe des vollendeten Verbrechens oder Vergehens die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zulässig oder geboten ist, oder auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden kann, so gilt Gleiches bei der Versuchsstrafe.

§. 46.

Der Versuch als solcher bleibt straflos, wenn der Thäter

1) die Ausführung der beabsichtigten Handlung aufgegeben

hat, ohne daß er an dieser Ausführung durch Umstände gehindert worden ist, welche von seinem Willen unabhängig waren, oder

- 2) zu einer Zeit, zu welcher die Handlung noch nicht entdeckt war, den Eintritt des zur Vollendung des Verbrechens oder Vergehens gehörigen Erfolges durch eigene Thätigkeit abgewendet hat.

Dritter Abschnitt.

Theilnahme.

§. 47.

Wenn Mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, so wird Jeder als Thäter bestraft.

§. 48.

Als Anstifter wird bestraft, wer einen Anderen zu der von demselben begangenen strafbaren Handlung durch Geschenke oder Versprechen, durch Drohung, durch Mißbrauch des Ansehens oder der Gewalt, durch absichtliche Herbeiführung oder Beförderung eines Irrthums oder durch andere Mittel vorsätzlich bestimmt hat.

Die Strafe des Anstifters ist nach demjenigen Gesetze festzusetzen, welches auf die Handlung Anwendung findet, zu welcher er wissentlich angestiftet hat.

§. 49.

Als Gehülfe wird bestraft, wer dem Thäter zur Begehung des Verbrechens oder Vergehens durch Rath oder That wissentlich Hülfe geleistet hat.

Die Strafe des Gehülfen ist nach demjenigen Gesetze festzusetzen, welches auf die Handlung Anwendung findet, zu welcher er wissentlich Hülfe geleistet hat, jedoch nach den über die Bestrafung des Versuches aufgestellten Grundsätzen zu ermäßigen.

§. 50.

Wenn das Gesetz die Strafbarkeit einer Handlung nach den persönlichen Eigenschaften oder Verhältnissen desjenigen, welcher dieselbe begangen hat, erhöht oder vermindert, so sind diese be-

sonderen Thatumstände dem Thäter oder demjenigen Theilnehmer (Mithäter, Anstifter, Gehülfe) zuzurechnen, bei welchem sie vorliegen.

Vierter Abschnitt.

Gründe, welche die Strafe ausschließen oder mildern.

§. 51.

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter zur Zeit der Begehung der Handlung sich in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesthätigkeit befand, durch welchen seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war.

§. 52.

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn der Thäter durch unwiderstehliche Gewalt oder durch eine Drohung, welche mit einer gegenwärtigen, auf andere Weise nicht abwendbaren Gefahr für Leib oder Leben seiner selbst oder eines Angehörigen verbunden war, zu der Handlung genöthigt worden ist.

Als Angehörige im Sinne dieses Strafgesetzes sind anzusehen Verwandte und Verschwägerte auf- und absteigender Linie, Adoptiv- und Pflege-Eltern und -Kinder, Ehegatten, Geschwister und deren Ehegatten, und Verlobte.

§. 53.

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung durch Nothwehr geboten war.

Nothwehr ist diejenige Vertheidigung, welche erforderlich ist, um einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff von sich oder einem Anderen abzuwenden.

Die Ueberschreitung der Nothwehr ist nicht strafbar, wenn der Thäter in Bestürzung, Furcht oder Schrecken über die Grenzen der Vertheidigung hinausgegangen ist.

§. 54.

Eine strafbare Handlung ist nicht vorhanden, wenn die Handlung außer dem Falle der Nothwehr in einem unverschuldeten, auf andere Weise nicht zu beseitigenden Nothstande zur

Rettung aus einer gegenwärtigen Gefahr für Leib oder Leben des Thäters oder eines Angehörigen begangen worden ist.

§. 55.

Wer bei Begehung einer Handlung das zwölfte Lebensjahr nicht vollendet hat, kann wegen derselben nicht strafrechtlich verfolgt werden.

§. 56.

Ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, ist freizusprechen, wenn er bei Begehung derselben die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht nicht besaß.

In dem Urtheile ist zu bestimmen, ob der Angeschuldigte seiner Familie überwiesen oder in eine Erziehungs- oder Besserungsanstalt gebracht werden soll. In der Anstalt ist er so lange zu behalten, als die der Anstalt vorgesetzte Verwaltungsbehörde solches für erforderlich erachtet, jedoch nicht über das vollendete zwanzigste Lebensjahr.

§. 57.

Wenn ein Angeschuldigter, welcher zu einer Zeit, als er das zwölfte, aber nicht das achtzehnte Lebensjahr vollendet hatte, eine strafbare Handlung begangen hat, bei Begehung derselben die zur Erkenntniß ihrer Strafbarkeit erforderliche Einsicht besaß, so kommen gegen ihn folgende Bestimmungen zur Anwendung:

- 1) ist die Handlung mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht, so ist auf Gefängniß von drei bis zu funfzehn Jahren zu erkennen;
- 2) ist die Handlung mit lebenslänglicher Festungshaft bedroht, so ist auf Festungshaft von drei bis zu funfzehn Jahren zu erkennen;
- 3) ist die Handlung mit Zuchthaus oder mit einer anderen Strafart bedroht, so ist die Strafe zwischen dem gesetzlichen Mindestbetrage der angedrohten Strafart und der Hälfte des Höchstbetrages der angedrohten Strafe zu bestimmen.

Ist die so bestimmte Strafe Zuchthaus, so tritt Gefängnißstrafe von gleicher Dauer an ihre Stelle;

- 4) ist die Handlung ein Vergehen oder eine Uebertretung, so kann in besonders leichten Fällen auf Verweis erkannt werden;
- 5) auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte überhaupt oder einzelner bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht ist nicht zu erkennen.

Die Freiheitsstrafe ist in besonderen, zur Verbüßung von Strafen jugendlicher Personen bestimmten Anstalten oder Räumen zu vollziehen.

§. 58.

Ein Taubstummer, welcher die zur Erkenntniß der Strafbarkeit einer von ihm begangenen Handlung erforderliche Einsicht nicht besaß, ist freizusprechen.

§. 59.

Wenn Jemand bei Begehung einer strafbaren Handlung das Vorhandensein von Thatumständen nicht kannte, welche zum gesetzlichen Thatbestande gehören oder die Strafbarkeit erhöhen, so sind ihm diese Umstände nicht zuzurechnen.

Bei der Bestrafung fahrlässig begangener Handlungen gilt diese Bestimmung nur insoweit, als die Unkenntniß selbst nicht durch Fahrlässigkeit verschuldet ist.

§. 60.

Eine erlittene Untersuchungshaft kann bei Fällung des Urtheils auf die erkannte Strafe ganz oder theilweise angerechnet werden.

§. 61.

Eine Handlung, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt, ist nicht zu verfolgen, wenn der zum Antrage Berechtigte es unterläßt, den Antrag binnen drei Monaten zu stellen. Diese Frist beginnt mit dem Tage, seit welchem der zum Antrage Berechtigte von der Handlung und von der Person des Thäters Kenntniß gehabt hat.

§. 62.

Wenn von mehreren zum Antrage Berechtigten einer die dreimonatliche Frist versäumt, so wird hierdurch das Recht der übrigen nicht ausgeschlossen.

§. 63.

Der Antrag kann nicht getheilt werden. Das gerichtliche Verfahren findet gegen sämtliche an der Handlung Betheiligte (Thäter und Theilnehmer), sowie gegen den Begünstigter statt, auch wenn nur gegen eine dieser Personen auf Bestrafung angetragen worden ist.

§. 64.

Nach Verkündung eines auf Strafe lautenden Erkenntnisses kann der Antrag nicht zurückgenommen werden.

Die rechtzeitige Zurücknahme des Antrages gegen eine der vorbezeichneten Personen hat die Einstellung des Verfahrens auch gegen die anderen zur Folge.

§. 65.

Der Verletzte, welcher das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat, ist selbstständig zu dem Antrage auf Bestrafung berechtigt.

So lange der Verletzte minderjährig ist, hat der gesetzliche Vertreter desselben, unabhängig von der eigenen Befugniß des Verletzten, das Recht, den Antrag zu stellen.

Bei bevormundeten Geisteskranken und Taubstummen ist der Vormund der zur Stellung des Antrages Berechtigte.

§. 66.

Durch Verjährung wird die Strafverfolgung und die Strafvollstreckung ausgeschlossen.

§. 67.

Die Strafverfolgung von Verbrechen verjährt,
wenn sie mit dem Tode oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind, in zwanzig Jahren;
wenn sie im Höchstbetrage mit einer Freiheitsstrafe von einer längeren als zehnjährigen Dauer bedroht sind, in funfzehn Jahren;
wenn sie mit einer geringeren Freiheitsstrafe bedroht sind, in zehn Jahren.

Die Strafverfolgung von Vergehen, die im Höchstbetrage mit einer längeren als dreimonatlichen Gefängnißstrafe bedroht sind, verjährt in fünf Jahren, von anderen Vergehen in drei Jahren.

Die Strafverfolgung von Uebertretungen verjährt in drei Monaten.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem die Handlung begangen ist, ohne Rücksicht auf den Zeitpunkt des eingetretenen Erfolges.

§. 68.

Jede Handlung des Richters, welche wegen der begangenen That gegen den Thäter gerichtet ist, unterbricht die Verjährung.

Die Unterbrechung findet nur rücksichtlich desjenigen statt, auf welchen die Handlung sich bezieht.

Nach der Unterbrechung beginnt eine neue Verjährung.

§. 69.

Ist der Beginn oder die Fortsetzung eines Strafverfahrens von einer Vorfrage abhängig, deren Entscheidung in einem anderen Verfahren erfolgen muß, so ruht die Verjährung bis zu dessen Beendigung.

§. 70.

Die Vollstreckung rechtskräftig erkannter Strafen verjährt, wenn

- 1) auf Tod oder auf lebenslängliches Zuchthaus oder auf lebenslängliche Festungshaft erkannt ist, in dreißig Jahren;
- 2) auf Zuchthaus von mehr als zehn Jahren erkannt ist, in zwanzig Jahren;
- 3) auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder auf Festungshaft oder Gefängniß von mehr als fünf Jahren erkannt ist, in funfzehn Jahren;
- 4) auf Festungshaft oder Gefängniß von zwei bis zu fünf Jahren oder auf Geldstrafe von mehr als zweitausend Thalern erkannt ist, in zehn Jahren;
- 5) auf Festungshaft oder Gefängniß bis zu zwei Jahren oder auf Geldstrafe von mehr als funfzig bis zu zweitausend Thalern erkannt ist, in fünf Jahren;
- 6) auf Haft oder auf Geldstrafe bis zu funfzig Thalern erkannt ist, in zwei Jahren.

Die Verjährung beginnt mit dem Tage, an welchem das Urtheil rechtskräftig geworden ist.

§. 71.

Die Vollstreckung einer wegen derselben Handlung neben einer Freiheitsstrafe erkannten Geldstrafe verjährt nicht früher, als die Vollstreckung der Freiheitsstrafe.

§. 72.

Jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung derjenigen Behörde, welcher die Vollstreckung obliegt, sowie die zum Zwecke der Vollstreckung erfolgende Festnahme des Verurtheilten unterbricht die Verjährung.

Nach der Unterbrechung der Vollstreckung der Strafe beginnt eine neue Verjährung.

Fünfter Abschnitt.

Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen.

§. 73.

Wenn eine und dieselbe Handlung mehrere Strafgesetze verletzt, so kommt nur dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafe, und bei ungleichen Strafarten dasjenige Gesetz, welches die schwerste Strafart androht, zur Anwendung.

§. 74.

Gegen denjenigen, welcher durch mehrere selbstständige Handlungen mehrere Verbrechen oder Vergehen, oder dasselbe Verbrechen oder Vergehen mehrmals begangen und dadurch mehrere zeitige Freiheitsstrafen verwirkt hat, ist auf eine Gesamtstrafe zu erkennen, welche in einer Erhöhung der verwirkten schwersten Strafe besteht.

Bei dem Zusammentreffen ungleichartiger Freiheitsstrafen tritt diese Erhöhung bei der ihrer Art nach schwersten Strafe ein.

Das Maß der Gesamtstrafe darf den Betrag der verwirkten Einzelstrafen nicht erreichen und funfzehnjähriges Zuchthaus, zehnjähriges Gefängniß oder funfzehnjährige Festungshaft nicht übersteigen.

§. 75.

Trifft Festungshaft nur mit Gefängniß zusammen, so ist auf jede dieser Strafarten gesondert zu erkennen.

Ist Festungshaft oder Gefängniß mehrfach verwirkt, so ist hinsichtlich der mehreren Strafen gleicher Art so zu verfahren, als wenn dieselben allein verwirkt wären.

Die Gesamtdauer der Strafen darf in diesen Fällen fünfzehn Jahre nicht übersteigen.

§. 76.

Die Verurtheilung zu einer Gesamtstrafe schließt die Ab-erkennung der bürgerlichen Ehrenrechte nicht aus, wenn diese auch nur neben einer der verwirkten Einzelstrafen zulässig oder geboten ist.

Ingleichen kann neben der Gesamtstrafe auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden, wenn dieses auch nur wegen einer der mehreren strafbaren Handlungen statthaft ist.

§. 77.

Trifft Haft mit einer anderen Freiheitsstrafe zusammen, so ist auf die erstere gesondert zu erkennen.

Auf eine mehrfach verwirkte Haft ist ihrem Gesamtbetrage nach, jedoch nicht über die Dauer von drei Monaten zu erkennen.

§. 78.

Auf Geldstrafen, welche wegen mehrerer strafbarer Handlungen allein oder neben einer Freiheitsstrafe verwirkt sind, ist ihrem vollen Betrage nach zu erkennen.

Bei Umwandlung mehrerer Geldstrafen ist der Höchstbetrag der an die Stelle derselben tretenden Freiheitsstrafe zwei Jahre Gefängniß und, wenn die mehreren Geldstrafen nur wegen Uebertretungen erkannt worden sind, drei Monate Haft.

§. 79.

Die Vorschriften der §§. 74. bis 78. finden auch Anwendung, wenn, bevor eine erkannte Strafe verbüßt, verjährt oder erlassen ist, die Verurtheilung wegen einer strafbaren Handlung erfolgt, welche vor der früheren Verurtheilung begangen war.

Zweiter Theil.

Von den einzelnen Verbrechen, Vergehen und Uebertretungen und deren Bestrafung.

Erster Abschnitt.

Hochverrath und Landesverrath.

§. 80.

Der Mord und der Versuch des Mordes, welche an dem Bundesoberhaupt, an dem eigenen Landesherrn, oder während des Aufenthalts in einem Bundesstaate an dem Landesherrn dieses Staats verübt worden sind, werden als Hochverrath mit dem Tode bestraft.

§. 81.

Wer außer den Fällen des §. 80. es unternimmt,

- 1) einen Bundesfürsten zu tödten, gefangen zu nehmen, in Feindes Gewalt zu liefern oder zur Regierung unfähig zu machen,
- 2) die Verfassung des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats oder die in demselben bestehende Thronfolge gewaltsam zu ändern,
- 3) das Gebiet des Norddeutschen Bundes ganz oder theilweise einem fremden Staate gewaltsam einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen, oder
- 4) das Gebiet eines Bundesstaats ganz oder theilweise einem anderen Bundesstaate gewaltsam einzuverleiben oder einen Theil desselben vom Ganzen loszureißen,

wird wegen Hochverraths mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§. 82.

Als ein Unternehmen, durch welches das Verbrechen des Hochverraths vollendet wird, ist jede Handlung anzusehen, durch welche das Vorhaben unmittelbar zur Ausführung gebracht werden soll.

§. 83.

Saben Mehrere die Ausführung eines hochverrätherischen Unternehmens verabredet, ohne daß es zum Beginn einer nach §. 82. strafbaren Handlung gekommen ist, so werden dieselben mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter zwei Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§. 84.

Die Strafvorschriften des §. 83. finden auch gegen denjenigen Anwendung, welcher zur Vorbereitung eines Hochverraths entweder sich mit einer auswärtigen Regierung einläßt oder die ihm von dem Norddeutschen Bunde oder einem Bundesstaate anvertraute Macht mißbraucht oder Mannschaften anwirbt oder in den Waffen einübt.

§. 85.

Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zur Ausführung einer nach §. 82. strafbaren Handlung auffordert, wird mit Zucht-

haus bis zu zehn Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von Einem bis zu fünf Jahren ein.

§. 86.

Jede andere, ein hochverrätherisches Unternehmen vorbereitende Handlung wird mit Zuchthaus bis zu drei Jahren oder Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von sechs Monaten bis zu drei Jahren ein.

§. 87.

Ein Norddeutscher, welcher sich mit einer ausländischen Regierung einläßt, um dieselbe zu einem Kriege gegen den Norddeutschen Bund zu veranlassen, wird wegen Landesverraths mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und, wenn der Krieg ausgebrochen ist, mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von sechs Monaten bis zu fünf Jahren und, wenn der Krieg ausgebrochen ist, Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§. 88.

Ein Norddeutscher, welcher während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges im feindlichen Heere Dienste nimmt und die Waffen gegen den Norddeutschen Bund oder dessen Bundesgenossen trägt, wird wegen Landesverraths mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

Ein Norddeutscher, welcher schon früher in fremden Kriegsdiensten stand, wird, wenn er nach Ausbruch des Krieges in denselben verbleibt und die Waffen gegen den Norddeutschen Bund oder dessen Bundesgenossen trägt, wegen Landesverraths mit Zuchthaus von zwei bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft

von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§. 89.

Ein Norddeutscher, welcher vorsätzlich während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges einer feindlichen Macht Vorschub leistet oder den Truppen des Norddeutschen Bundes oder der Bundesgenossen desselben Nachtheil zufügt, wird wegen Landesverraths mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zehn Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§. 90.

Lebenslängliche Zuchthausstrafe trifft einen Norddeutschen, welcher vorsätzlich während eines gegen den Norddeutschen Bund ausgebrochenen Krieges

- 1) Festungen, Pässe, besetzte Plätze oder andere Vertheidigungsposten, ingleichen Norddeutsche oder verbündete Truppen oder einzelne Offiziere oder Soldaten in feindliche Gewalt bringt;
- 2) Festungswerke, Schiffe, oder andere Fahrzeuge der Kriegsmarine, Rassen, Zeughäuser, Magazine oder andere Vorräthe von Waffen, Schießbedarf oder andere Kriegsbekürfnisse in feindliche Gewalt bringt oder dieselben, sowie Brücken und Eisenbahnen zum Vortheile des Feindes zerstört oder unbrauchbar macht;
- 3) dem Feinde Mannschaften zuführt oder Soldaten des Norddeutschen oder verbündeten Heeres verleitet, zum Feinde überzugehen;
- 4) Operationspläne oder Pläne von Festungen oder festen Stellungen dem Feinde mittheilt;

- 5) dem Feinde als Spion dient oder feindliche Spione aufnimmt, verbirgt oder ihnen Beistand leistet, oder
- 6) einen Aufstand unter den Norddeutschen oder verbündeten Truppen erregt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§. 91.

Gegen Ausländer ist wegen der in den §§. 87. 89. und 90. bezeichneten Handlungen nach dem Kriegsgebrauche zu verfahren.

Begehen sie aber solche Handlungen, während sie unter dem Schutze des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats sich innerhalb des Bundesgebietes aufhalten, so kommen die in den §§. 87. 89. und 90. bestimmten Strafen zur Anwendung.

§. 92.

Wer vorsätzlich

- 1) Staatsgeheimnisse oder Festungspläne, oder solche Urkunden, Aktenstücke oder Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats erforderlich ist, dieser Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht,
- 2) zur Gefährdung der Rechte des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesstaats im Verhältniß zu einer anderen Regierung die über solche Rechte sprechenden Urkunden oder Beweismittel vernichtet, verfälscht oder unterdrückt, oder
- 3) ein ihm von Seiten des Norddeutschen Bundes oder von einem Bundesstaate aufgetragenes Staatsgeschäft mit einer anderen Regierung zum Nachtheile dessen führt, der ihm den Auftrag erteilt hat,

wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter sechs Monaten ein.

§. 93.

Wenn in den Fällen der §§. 80. 81. 83. 84. 87. bis 92. die Untersuchung eröffnet wird, so kann bis zu deren rechtskräftigen Beendigung das Vermögen, welches der Angeschuldigte besitzt, oder welches ihm später anfällt, mit Beschlag belegt werden.

Zweiter Abschnitt.

Beleidigung des Landesherrn.

§. 94.

Wer einer Thätlichkeit gegen das Bundesoberhaupt, gegen seinen Landesherrn oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate einer Thätlichkeit gegen den Landesherrn dieses Staats sich schuldig macht, wird mit lebenslänglichem Zuchthaus oder lebenslänglicher Festungshaft, in minder schweren Fällen mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft. Neben der Festungshaft kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter fünf Jahren ein.

§. 95.

Wer das Bundesoberhaupt, seinen Landesherrn oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate dessen Landesherrn beleidigt, wird mit Gefängniß nicht unter zwei Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bekleideten öffentlichen Aemter, sowie der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden.

§. 96.

Wer einer Thätlichkeit gegen ein Mitglied des landesherrlichen Hauses seines Staats oder gegen den Regenten seines Staats oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate einer Thätlichkeit gegen ein Mitglied des landesherrlichen Hauses dieses Staats oder gegen den Regenten dieses Staats sich schuldig

macht, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer, in minder schweren Fällen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von Einem bis zu fünf Jahren ein.

§. 97.

Wer ein Mitglied des landesherrlichen Hauses seines Staats oder den Regenten seines Staats oder während seines Aufenthalts in einem Bundesstaate ein Mitglied des landesherrlichen Hauses dieses Staats oder den Regenten dieses Staats beleidigt, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Dritter Abschnitt.

Beleidigung von Bundesfürsten.

§. 98.

Wer außer dem Falle des §. 94. sich einer Thätlichkeit gegen einen Bundesfürsten schuldig macht, wird mit Zuchthaus von zwei bis zu zehn Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von sechs Monaten bis zu zehn Jahren ein.

§. 99.

Wer außer dem Falle des §. 95. einen Bundesfürsten beleidigt, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Die Verfolgung tritt nur mit Ermächtigung des Beleidigten ein.

§. 100.

Wer außer dem Falle des §. 96. sich einer Thätlichkeit gegen ein Mitglied eines bundesfürstlichen Hauses oder den Regenten eines Bundesstaats schuldig macht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft von Einem Monat bis zu drei Jahren ein.

§. 101.

Wer außer dem Falle des §. 97. den Regenten eines Bundesstaats beleidigt, wird mit Gefängniß von Einer Woche bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Die Verfolgung tritt nur mit Ermächtigung des Beleidigten ein.

Vierter Abschnitt.

Feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten.

§. 102.

Ein Norddeutscher, welcher im Inlande oder Auslande, oder ein Ausländer, welcher während seines Aufenthalts im Inlande gegen einen nicht zum Norddeutschen Bunde gehörenden Deutschen Staat oder dessen Landesherrn eine Handlung vornimmt, die, wenn er sie gegen einen Bundesstaat oder einen Bundesfürsten begangen hätte, nach Vorschrift der §§. 80. bis 86. zu bestrafen sein würde, wird in den Fällen der §§. 80. bis 84. mit Festungshaft von Einem bis zu zehn Jahren oder, wenn mildernde Umstände vorhanden sind, mit Festungshaft nicht unter sechs Monaten, in den Fällen der §§. 85. und 86. mit Festungshaft von Einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

Dieselbe Strafe tritt ein, wenn die Handlung gegen einen anderen Staat oder dessen Landesherrn begangen wurde, sofern in diesem Staate nach veröffentlichten Staatsverträgen oder nach Gesetzen dem Norddeutschen Bunde die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein.

§. 103.

Wer sich gegen den Landesherrn oder den Regenten eines nicht zum Norddeutschen Bunde gehörenden Deutschen Staats einer Beleidigung schuldig macht, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Dieselbe Strafe tritt ein, wenn die Beleidigung gegen den

Landesherrn oder den Regenten eines anderen Staats begangen wurde, sofern in diesem Staate nach veröffentlichten Staatsverträgen oder nach Gesetzen dem Norddeutschen Bunde die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der auswärtigen Regierung ein.

§. 104.

Wer sich gegen einen bei dem Bunde, einem bundesfürstlichen Hofe oder bei dem Senate einer der freien Hansestädte beglaubigten Gesandten oder Geschäftsträger einer Beleidigung schuldig macht, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Beleidigten ein.

Fünfter Abschnitt.

Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte.

§. 105.

Wer es unternimmt, den Senat oder die Bürgerschaft einer der freien Hansestädte, eine gesetzgebende Versammlung des Bundes, des Zollvereins oder eines Bundesstaats auseinander zu sprengen, zur Fassung oder Unterlassung von Beschlüssen zu nöthigen oder Mitglieder aus ihnen gewaltsam zu entfernen, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft nicht unter Einem Jahre ein.

§. 106.

Wer ein Mitglied einer der vorbezeichneten Versammlungen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, sich an den Ort der Versammlung zu begeben oder zu stimmen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder mit Festungshaft von gleicher Dauer bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Festungshaft bis zu zwei Jahren ein.

§. 107.

Wer einen Norddeutschen durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einer strafbaren Handlung verhindert, in Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte zu wählen oder zu stimmen, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten oder mit Festungshaft bis zu fünf Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 108.

Wer in einer öffentlichen Angelegenheit mit der Sammlung von Wahl- oder Stimm-Zetteln oder -Zeichen oder mit der Führung der Beurkundungsverhandlung beauftragt, ein unrichtiges Ergebnis der Wahlhandlung vorsätzlich herbeiführt oder das Ergebnis verfälscht, wird mit Gefängniß von Einer Woche bis zu drei Jahren bestraft.

Wird die Handlung von Jemand begangen, welcher nicht mit der Sammlung der Zettel oder Zeichen oder einer anderen Ver-richtung bei dem Wahlgeschäfte beauftragt ist, so tritt Gefängniß- strafe bis zu zwei Jahren ein.

Auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§. 109.

Wer in einer öffentlichen Angelegenheit eine Wahlstimme kauft oder verkauft, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Sechster Abschnitt.

Widerstand gegen die Staatsgewalt.

§. 110.

Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder wer durch Ver- breitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen

Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 111.

Wer auf die vorbezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat.

Ist die Aufforderung ohne Erfolg geblieben, so tritt Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder Gefängnißstrafe bis zu Einem Jahre ein. Die Strafe darf jedoch, der Art oder dem Maße nach, keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte.

§. 112.

Wer eine Person des Soldatenstandes, es sei des Bundesheeres oder der Bundesmarine, auffordert oder anreizt, dem Befehle des Oberen nicht Gehorsam zu leisten, wer insbesondere eine Person, welche zum Beurlaubtenstande gehört, auffordert oder anreizt, der Einberufung zum Dienste nicht zu folgen, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 113.

Wer einem Beamten, welcher zur Vollstreckung von Gesetzen, von Befehlen und Anordnungen der Verwaltungsbehörden oder von Urtheilen und Verfügungen der Gerichte berufen ist, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer einen solchen Beamten während der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes thätlich angreift, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern bestraft.

Dieselbe Strafe tritt ein, wenn die Handlung gegen Personen, welche zur Unterstützung des Beamten zugezogen waren, oder gegen Mannschaften der bewaffneten Macht oder gegen Mannschaften einer Gemeinde-, Schutz- oder Bürgerwehr in Ausübung des Dienstes begangen wird.

§. 114.

Wer es unternimmt, durch Gewalt oder Drohung eine Behörde oder einen Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung zu nöthigen, wird mit Gefängniß bestraft.

§. 115.

Wer an einer öffentlichen Zusammenrottung, bei welcher eine der in den §§. 113. und 114. bezeichneten Handlungen mit vereinten Kräften begangen wird, Theil nimmt, wird wegen Auf-
ruhrs mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft.

Die Räbelsführer, sowie diejenigen Auführer, welche eine der in den §§. 113. und 114. bezeichneten Handlungen begehen, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§. 116.

Wird eine auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen versammelte Menschenmenge von dem zuständigen Beamten oder Befehlshaber der bewaffneten Macht aufgefordert, sich zu entfernen, so wird jeder der Versammelten, welcher nach der dritten Aufforderung sich nicht entfernt, wegen Auflaufs mit Gefängniß bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern bestraft.

Ist bei einem Auflaufe gegen die Beamten oder die bewaffnete Macht mit vereinten Kräften thätlicher Widerstand geleistet oder Gewalt verübt worden, so treten gegen diejenigen, welche an diesen Handlungen Theil genommen haben, die Strafen des Auf-
ruhrs ein.

§. 117.

Wer einem Forst- [oder Jagdbeamten, einem Waldeigenthümer, Forst- oder Jagdberechtigten, oder einem von diesen bestellten Aufseher, in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes oder Rechtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer eine dieser Personen während der Ausübung ihres Amtes oder Rechtes thätlich angreift, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

Ist der Widerstand oder der Angriff unter Drohung mit Schießgewehr, Aexten oder anderen gefährlichen Werkzeugen erfolgt, oder mit Gewalt an der Person begangen worden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Monat ein.

§. 118.

Ist durch den Widerstand oder den Angriff eine Körperverletzung dessen, gegen welchen die Handlung begangen ist, verursacht worden, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§. 119.

Wenn eine der in den §§. 117. und 118. bezeichneten Handlungen von Mehreren gemeinschaftlich begangen worden ist, so kann die Strafe bis um die Hälfte des angedrohten Höchstbetrages, die Gefängnißstrafe jedoch nicht über fünf Jahre erhöht werden.

§. 120.

Wer einen Gefangenen aus der Gefangenanstalt oder aus der Gewalt der bewaffneten Macht, des Beamten oder desjenigen, unter dessen Beaufsichtigung, Begleitung oder Bewachung er sich befindet, vorsätzlich befreit oder ihm zur Selbstbefreiung vorsätzlich behülflich ist, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 121.

Wer vorsätzlich einen Gefangenen, mit dessen Beaufsichtigung oder Begleitung er beauftragt ist, entweichen läßt oder dessen Befreiung befördert, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

Ist die Entweichung durch Fahrlässigkeit befördert worden, so tritt Gefängnißstrafe bis zu drei Monaten oder Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern ein.

§. 122.

Gefangene, welche sich zusammenrotten und mit vereinten Kräften die Anstaltsbeamten oder die mit der Beaufsichtigung Beauftragten angreifen, denselben Widerstand leisten oder es unternehmen, sie zu Handlungen oder Unterlassungen zu nöthigen,

werden wegen Meuterei mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft.

Gleiche Strafe tritt ein, wenn Gefangene sich zusammenscharen und mit vereinten Kräften einen gewaltfamen Ausbruch unternehmen.

Diejenigen Meuterer, welche Gewaltthätigkeiten gegen die Anstaltsbeamten oder die mit der Beaufsichtigung Beauftragten verüben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Siebenter Abschnitt.

Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung.

§. 123.

Wer in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitzthum eines Anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, oder wer, wenn er ohne Befugniß darin verweilt, auf die Aufforderung des Berechtigten sich nicht entfernt, wird wegen Hausfriedensbruches mit Gefängniß bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Ist die Handlung von einer mit Waffen versehenen Person oder von Mehreren gemeinschaftlich begangen worden, so tritt Gefängnißstrafe von Einer Woche bis zu Einem Jahre ein.

§. 124.

Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenscharen und in der Absicht, Gewaltthätigkeiten gegen Personen oder Sachen mit vereinten Kräften zu begehen, in die Wohnung, in die Geschäftsräume oder in das befriedete Besitzthum eines Anderen oder in abgeschlossene Räume, welche zum öffentlichen Dienst bestimmt sind, widerrechtlich eindringt, so wird jeder, welcher an diesen Handlungen Theil nimmt, mit Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 125.

Wenn sich eine Menschenmenge öffentlich zusammenrottet und mit vereinten Kräften gegen Personen oder Sachen Gewaltthätigkeiten begeht, so wird jeder, welcher an dieser Zusammenrottung Theil nimmt, wegen Landfriedensbruches mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Die Rädelsführer, sowie diejenigen, welche Gewaltthätigkeiten gegen Personen begangen oder Sachen geplündert, vernichtet oder zerstört haben, werden mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft; auch kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§. 126.

Wer durch Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 127.

Wer unbefugterweise einen bewaffneten Haufen bildet oder befehligt oder eine Mannschaft, von der er weiß, daß sie ohne gesetzliche Befugniß gesammelt ist, mit Waffen oder Kriegsbedürfnissen versieht, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Wer sich einem solchen bewaffneten Haufen anschließt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 128.

Die Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung oder Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden soll, oder in welcher gegen unbekannte Obere Gehorsam oder gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird, ist an den Mitgliedern mit Gefängniß bis zu sechs Monaten, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre zu bestrafen.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

§. 129.

Die Theilnahme an einer Verbindung, zu deren Zwecken

oder Beschäftigungen gehört, Maßregeln der Verwaltung oder die Vollziehung von Gesetzen durch ungesetzliche Mittel zu verhindern oder zu entkräften, ist an den Mitgliedern mit Gefängniß bis zu Einem Jahre, an den Stiftern und Vorstehern der Verbindung mit Gefängniß von drei Monaten bis zu zwei Jahren zu bestrafen.

Gegen Beamte kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

§. 120.

Wer in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthätigkeiten gegen einander öffentlich anreizt, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 131.

Wer erdichtete oder entstellte Thatsachen, wissend, daß sie erdichtet oder entstellt sind, öffentlich behauptet oder verbreitet, um dadurch Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit verächtlich zu machen, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 132.

Wer unbefugt sich mit Ausübung eines öffentlichen Amtes befaßt oder eine Handlung vornimmt, welche nur kraft eines öffentlichen Amtes vorgenommen werden darf, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern bestraft.

§. 133.

Wer eine Urkunde, ein Register, Akten oder einen sonstigen Gegenstand, welche sich zur amtlichen Aufbewahrung an einem dazu bestimmten Orte befinden, oder welche einem Beamten oder einem Dritten amtlich übergeben worden sind, vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft oder beschädigt, wird mit Gefängniß bestraft.

Ist die Handlung in gewinnsüchtiger Absicht begangen, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§. 134.

Wer öffentlich angeschlagene Bekanntmachungen, Verordnungen, Befehle oder Anzeigen von Behörden oder Beamten böswillig abreißt, beschädigt oder verunstaltet, wird mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 135.

Wer ein öffentliches Zeichen der Autorität des Norddeutschen Bundes oder eines Bundesfürsten oder ein Hoheitszeichen eines Bundesstaats böswillig wegnimmt, zerstört oder beschädigt, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 136.

Wer unbefugt ein amtliches Siegel, welches von einer Behörde oder einem Beamten angelegt ist, um Sachen zu verschließen, zu bezeichnen oder in Beschlag zu nehmen, vorsätzlich erbricht, ablöst oder beschädigt oder den durch ein solches Siegel bewirkten amtlichen Verschluß aufhebt, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 137.

Wer Sachen, welche durch die zuständigen Behörden oder Beamten gepfändet oder in Beschlag genommen worden sind, vorsätzlich bei Seite schafft, zerstört oder in anderer Weise der Verstrickung ganz oder theilweise entzieht, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 138.

Wer als Zeuge, Geschworener oder Schöffe berufen, eine unwahre Thatsache als Entschuldigung vorschützt, wird mit Gefängniß bis zu zwei Monaten bestraft.

Dasselbe gilt von einem Sachverständigen, welcher zum Erscheinen gesetzlich verpflichtet ist.

Die auf das Richterscheinen gesetzten Ordnungsstrafen werden durch vorstehende Strafbestimmung nicht ausgeschlossen.

§. 139.

Wer von dem Vorhaben eines Hochverraths, Landesverraths, Münzverbrechens, Mordes, Raubes, Menschenraubes oder eines

gemeingefährlichen Verbrechens zu einer Zeit, in welcher die Verhütung des Verbrechens möglich ist, glaubhafte Kenntniß erhält und es unterläßt, hiervon der Behörde oder der durch das Verbrechen bedrohten Person zur rechten Zeit Anzeige zu machen, ist, wenn das Verbrechen oder ein strafbarer Versuch desselben begangen worden ist, mit Gefängniß zu bestrafen.

§. 140.

Wer dem Eintritte in den Dienst des stehenden Heeres oder der Flotte sich dadurch zu entziehen sucht, daß er ohne Erlaubniß entweder das Bundesgebiet verläßt oder nach erreichtem militairpflichtigen Alter sich außerhalb des Bundesgebietes aufhält, wird mit einer Geldstrafe von funfzig bis zu Eintausend Thalern oder mit Gefängniß von Einem Monat bis zu Einem Jahre bestraft.

Das Vermögen des Angeeschuldigten kann, insoweit als es nach dem Ermessen des Richters zur Deckung der den Angeeschuldigten möglicherweise treffenden höchsten Geldstrafe und der Kosten des Verfahrens erforderlich ist, mit Beschlag belegt werden.

§. 141.

Wer einen Norddeutschen zum Militairdienste einer ausländischen Macht anwirbt oder den Werbern der letzteren zuführt, ingleichen wer einen Norddeutschen Soldaten vorsätzlich zum Desertiren verleitet oder die Desertion desselben vorsätzlich befördert, wird mit Gefängniß von drei Monaten bis zu drei Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 142.

Wer sich vorsätzlich durch Selbstverstümmelung oder auf andere Weise zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich macht oder durch einen Anderen untauglich machen läßt, wird mit Gefängniß nicht unter Einem Jahre bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher einen Anderen auf dessen Verlangen zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich macht.

§. 143.

Wer in der Absicht, sich der Erfüllung der Wehrpflicht ganz oder theilweise zu entziehen, auf Täuschung berechnete Mittel an-

wendet, wird mit Gefängniß bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Dieselbe Strafvorschrift findet auf den Theilnehmer Anwendung.

§. 144.

Wer es sich zum Geschäfte macht, Norddeutsche unter Vorspiegelung falscher Thatfachen oder wissentlich mit unbegründeten Angaben zur Auswanderung zu verleiten, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 145.

Wer die vom Bundespräsidium zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See erlassenen Verordnungen übertritt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern bestraft.

Achter Abschnitt.

Münzverbrechen und Münzvergehen.

§. 146.

Wer inländisches oder ausländisches Metallgeld oder Papiergeld nachmacht, um das nachgemachte Geld als echtes zu gebrauchen oder sonst in Verkehr zu bringen, oder wer in gleicher Absicht echtem Gelde durch Veränderung an demselben den Schein eines höheren Werths oder verrufenem Gelde durch Veränderung an demselben das Ansehen eines noch geltenden gibt, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft; auch ist Postzei-Aufsicht zulässig.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe ein.

§. 147.

Dieselben Strafbestimmungen finden auf denjenigen Anwendung, welcher das von ihm auch ohne die vorbezeichnete Absicht nachgemachte oder verfälschte Geld als echtes in Verkehr bringt, sowie auf denjenigen, welcher nachgemachtes oder verfälschtes Geld sich verschafft und solches entweder in Verkehr

bringt oder zum Zwecke der Verbreitung aus dem Auslande einführt.

§. 148.

Wer nachgemachtes oder verfälschtes Geld als echtes empfängt und nach erkannter Unechtheit als echtes in Verkehr bringt, wird mit Gefängniß bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 149.

Dem Papiergelde werden gleich geachtet die auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen, Banknoten, Aktien oder deren Stelle vertretende Interimscheine oder Quittungen, sowie die zu diesen Papieren gehörenden Zins-, Gewinnantheils- oder Erneuerungsscheine, welche von dem Norddeutschen Bunde, einem Bundesstaate oder fremden Staate oder von einer zur Ausgabe solcher Papiere berechtigten Gemeinde, Korporation, Gesellschaft oder Privatperson ausgestellt sind.

§. 150.

Wer echte, zum Umlauf bestimmte Metallgeldstücke durch Beschneiden, Abfeilen oder auf andere Art verringert und als vollgültig in Verkehr bringt, oder wer solche verringerte Münzen gewohnheitsmäßig oder im Einverständnisse mit dem, welcher sie verringert hat, als vollgültig in Verkehr bringt, wird mit Gefängniß bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Der Versuch ist strafbar.

§. 151.

Wer Stempel, Siegel, Stiche, Platten oder andere zur Anfertigung von Metallgeld, Papiergeld oder dem letzteren gleich geachteten Papieren dienliche Formen zum Zwecke eines Münzverbrechens angeschafft oder angefertigt hat, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 152.

Auf die Einziehung des nachgemachten oder verfälschten Geldes,

sowie der im §. 151. bezeichneten Gegenstände ist zu erkennen, auch wenn die Verfolgung oder Verurtheilung einer bestimmten Person nicht stattfindet.

Neunter Abschnitt.

Meineid.

§. 153.

Wer einen ihm zugeschobenen, zurückgeschobenen oder aufgelegten Eid wissentlich falsch schwört, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§. 154.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher vor einer zur Abnahme von Eiden zuständigen Behörde wissentlich ein falsches Zeugniß oder ein falsches Gutachten mit einem Eide bekräftigt oder den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Zeugniß oder ein falsches Gutachten verlegt.

Ist das falsche Zeugniß oder Gutachten in einer Strafsache zum Nachtheile eines Angeschuldigten abgegeben und dieser zum Tode, zu Zuchthaus oder zu einer anderen mehr als fünf Jahre betragenden Freiheitsstrafe verurtheilt worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren ein.

§. 155.

Der Ableistung eines Eides wird gleich geachtet, wenn

- 1) ein Mitglied einer Religionsgesellschaft, welcher das Gesetz den Gebrauch gewisser Bethuerungsformeln an Stelle des Eides gestattet, eine Erklärung unter der Bethuerungsformel seiner Religionsgesellschaft abgibt;
- 2) derjenige, welcher als Partei, Zeuge oder Sachverständiger einen Eid geleistet hat, in gleicher Eigenschaft eine Versicherung unter Berufung auf den bereits früher in derselben Angelegenheit geleisteten Eid abgibt, oder ein Sachverständiger, welcher als solcher ein für allemal vereidet ist, eine Versicherung auf den von ihm geleisteten Eid abgibt;
- 3) ein Beamter eine amtliche Versicherung unter Berufung auf seinen Diensteid abgibt.

§. 156.

Wer vor einer zur Abnahme einer Versicherung an Eidesstatt zuständigen Behörde eine solche Versicherung wissentlich falsch abgibt oder unter Berufung auf eine solche Versicherung wissentlich falsch aussagt, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§. 157.

Hat ein Zeuge oder Sachverständiger sich eines Meineides (§§. 154. 155.) oder einer falschen Versicherung an Eidesstatt schuldig gemacht, so ist die an sich verwirkte Strafe auf die Hälfte bis ein Viertel zu ermäßigen, wenn

- 1) die Angabe der Wahrheit gegen ihn selbst eine Verfolgung wegen eines Verbrechens oder Vergehens nach sich ziehen konnte, oder
- 2) der Aussagende die falsche Aussage zu Gunsten einer Person, rücksichtlich welcher er die Aussage ablehnen durfte, erstattet hat, ohne über sein Recht, die Aussage ablehnen zu dürfen, belehrt worden zu sein.

Ist hiernach Zuchthausstrafe unter Einem Jahre verwirkt, so ist dieselbe nach Maßgabe des §. 21. in Gefängnißstrafe zu verwandeln.

§. 158.

Gleiche Strafermäßigung tritt ein, wenn derjenige, welcher sich eines Meineides oder einer falschen Versicherung an Eidesstatt schuldig gemacht hat, bevor eine Anzeige gegen ihn erfolgt oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet und bevor ein Nachtheil für einen Anderen aus der falschen Aussage entstanden ist, diese bei derjenigen Behörde, bei welcher er sie abgegeben hat, widerruft.

§. 159.

Wer es unternimmt, einen Anderen zur Begehung eines Meineides zu verleiten, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, und wer es unternimmt, einen Anderen zur wissentlichen Abgabe einer falschen Versicherung an Eidesstatt zu verleiten, mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 160.

Wer einen Anderen zur Ableistung eines falschen Eides verleitet, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft, neben welchem auf den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, und wer einen Anderen zur Ableistung einer falschen Versicherung an Eidestatt verleitet, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 161.

Bei jeder Verurtheilung wegen Meineides, mit Ausnahme der Fälle in den §§. 157. und 158., ist auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und außerdem auf die dauernde Unfähigkeit des Verurtheilten, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden, zu erkennen.

In den Fällen der §§. 156. bis 159. kann neben der Gefängnißstrafe auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§. 162.

Wer vorsätzlich einer durch eidliches Angelöbniß vor Gericht bestellten Sicherheit oder dem in einem Offenbarungseide gegebenen Versprechen zuwiderhandelt, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 163.

Wenn eine der in den §§. 153. bis 156. bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden ist, so tritt Gefängnißstrafe bis zu Einem Jahre ein.

Straflosigkeit tritt ein, wenn der Thäter, bevor eine Anzeige gegen ihn erfolgt oder eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet und bevor ein Rechtsnachtheil für einen Anderen aus der falschen Aussage entstanden ist, diese bei derjenigen Behörde, bei welcher er sie abgegeben hat, widerruft.

Zehnter Abschnitt.

Falsche Anschuldigung.

§. 164.

Wer bei einer Behörde eine Anzeige macht, durch welche er Jemand wider besseres Wissen der Begehung einer strafbaren Handlung oder der Verletzung einer Amtspflicht beschuldigt, wird mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft; auch kann gegen denselben auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

So lange ein in Folge der gemachten Anzeige eingeleitetes Verfahren anhängig ist, soll mit dem Verfahren und mit der Entscheidung über die falsche Anschuldigung inne gehalten werden.

§. 165.

Wird wegen falscher Anschuldigung auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Verletzten die Befugniß zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben, ist in dem Urtheile zu bestimmen.

Dem Verletzten ist auf Kosten des Schuldigen eine Ausfertigung des Urtheils zu ertheilen.

Elfter Abschnitt.

Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen.

§. 166.

Wer dadurch, daß er öffentlich in beschimpfenden Aeußerungen Gott lästert, ein Aergerniß gibt, oder wer öffentlich eine der christlichen Kirchen oder eine andere mit Korporationsrechten innerhalb des Bundesgebietes bestehende Religionsgesellschaft oder ihre Einrichtungen oder Gebräuche beschimpft, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

§. 167.

Wer durch eine Thätlichkeit oder Drohung Jemand hindert, den Gottesdienst einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft auszuüben, ingleichen wer in einer Kirche oder in einem anderen zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte durch Erregung von Lärm oder Unordnung den Gottesdienst oder einzelne gottesdienstliche Verrichtungen einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft vorsätzlich verhindert oder stört, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

§. 168.

Wer unbefugt eine Leiche aus dem Gewahrsam der dazu berechtigten Person wegnimmt, ingleichen wer unbefugt ein Grab zerstört oder beschädigt, oder wer an einem Grabe beschimpfenden Unfug verübt, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Zwölfter Abschnitt.

Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf den Personenstand.

§. 169.

Wer ein Kind unterschiebt oder vorsätzlich verwechselt, oder wer auf andere Weise den Personenstand eines Anderen vorsätzlich verändert oder unterdrückt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren und, wenn die Handlung in gewinnlüchtiger Absicht begangen wurde, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 170.

Wer bei Eingehung einer Ehe dem anderen Theile ein gesetzliches Ehehinderniß arglistig verschweigt, oder wer den anderen Theil zur Eheschließung arglistig mittels einer solchen Täuschung verleitet, welche den Getäuschten berechtigt, die Gültigkeit der Ehe anzusechten, wird, wenn aus einem dieser Gründe die Ehe auf-

gelöst worden ist, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des getäuschten Theils ein.

Dreizehnter Abschnitt.

Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit.

§. 171.

Ein Ehegatte, welcher eine neue Ehe eingeht, bevor seine Ehe aufgelöst, für ungültig oder nichtig erklärt worden ist, in gleichen eine unverheirathete Person, welche mit einem Ehegatten, wissend, daß er verheirathet ist, eine Ehe eingeht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Die Verjährung der Strafverfolgung beginnt mit dem Tage, an welchem eine der beiden Ehen aufgelöst, für ungültig oder nichtig erklärt worden ist.

§. 172.

Der Ehebruch wird, wenn wegen desselben die Ehe geschieden ist, an dem schuldigen Ehegatten, sowie dessen Mitschuldigen mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 173.

Der Beischlaf zwischen Verwandten auf- und absteigender Linie wird an den ersteren mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, an den letzteren mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Der Beischlaf zwischen Verschwägerten auf- und absteigender Linie, sowie zwischen Geschwistern wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Verwandte und Verschwägte absteigender Linie bleiben straflos, wenn sie das achtzehnte Lebensjahr nicht vollendet haben.

§. 174.

Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft:

- 1) Vormünder, welche mit ihren Pflegebefohlenen, Adoptiv- und Pflegeeltern, [welche mit ihren Kindern, Geistliche, Lehrer und Erzieher, welche mit ihren minderjährigen Schülern oder Zöglingen unzüchtige Handlungen vornehmen;
- 2) Beamte, die mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben oder welche ihrer Obhut anvertraut sind, unzüchtige Handlungen vornehmen;
- 3) Beamte, Aerzte oder andere Medizinalpersonen, welche in Gefängnissen oder in öffentlichen, zur Pflege von Kranken, Armen oder anderen Hülflosen bestimmten Anstalten beschäftigt oder angestellt sind, wenn sie mit den in das Gefängniß oder in die Anstalt aufgenommenen Personen unzüchtige Handlungen vornehmen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§. 175.

Die widernatürliche Unzucht, welche zwischen Personen männlichen Geschlechts oder von Menschen mit Thieren begangen wird, ist mit Gefängniß zu bestrafen; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§. 176.

Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer

- 1) mit Gewalt unzüchtige Handlungen an einer Frauensperson vornimmt oder dieselbe durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben zur Duldung unzüchtiger Handlungen nöthigt,
- 2) eine in einem willenlosen oder bewusstlosen Zustande befindliche oder eine geistesranke Frauensperson zum außerehelichen Beischlafe mißbraucht, oder
- 3) mit Personen unter vierzehn Jahren unzüchtige Handlungen vornimmt oder dieselben zur Verübung oder Duldung unzüchtiger Handlungen verleitet.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein, welcher jedoch, nachdem die förmliche Anklage bei Gericht erhoben worden, nicht mehr zurückgenommen werden kann.

§. 177.

Mit Zuchthaus wird bestraft, wer durch Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben eine Frauensperson zur Duldung des außerehelichen Beischlafs nöthigt, oder wer eine Frauensperson zum außerehelichen Beischlafe mißbraucht, nachdem er sie zu diesem Zwecke in einen willenslosen oder bewußtlosen Zustand versetzt hat.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Jahre ein.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein, welcher jedoch, nachdem die förmliche Anklage bei Gericht erhoben worden, nicht mehr zurückgenommen werden kann.

§. 178.

Ist durch eine der in den §§. 176. und 177. bezeichneten Handlungen der Tod der verletzten Person verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

Eines Antrages auf Verfolgung bedarf es nicht.

§. 179.

Wer eine Frauensperson zur Gestattung des Beischlafs dadurch verleitet, daß er eine Trauung vorspiegelt, oder einen andern Irrthum in ihr erregt oder benutzt, in welchem sie den Beischlaf für einen ehelichen hielt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 180.

Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigennutz durch seine Vermittelung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegen-

heit der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängniß bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

§. 181.

Die Kuppelei ist, selbst wenn sie weder gewohnheitsmäßig noch aus Eigennutz betrieben wird, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen, wenn

- 1) um der Unzucht Vorschub zu leisten, hinterlistige Kunstgriffe angewendet worden sind, oder
- 2) der Schuldige zu den Personen, mit welchen die Unzucht getrieben worden ist, in dem Verhältniß von Eltern zu Kindern, von Vormündern zu Pflegebefohlenen, von Geistlichen, Lehrern oder Erziehern zu den von ihnen zu unterrichtenden oder zu erziehenden Personen steht.

Neben der Zuchthausstrafe ist der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auszusprechen; auch kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

§. 182.

Wer ein unbescholtenes Mädchen, welches das sechszehnte Lebensjahr nicht vollendet hat, zum Beischlase verführt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der Eltern oder des Vormundes der Verführten ein.

§. 183.

Wer durch eine unzüchtige Handlung öffentlich ein Aergerniß gibt, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

§. 184.

Wer unzüchtige Schriften, Abbildungen oder Darstellungen verkauft, vertheilt oder sonst verbreitet, oder an Orten, welche dem Publikum zugänglich sind, ausstellt oder anschlägt, wird mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Vierzehnter Abschnitt.

Beleidigung.

§. 185.

Die Beleidigung wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu Einem Jahre und, wenn die Beleidigung mittels einer Thätlichkeit begangen wird, mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 186.

Wer in Beziehung auf einen Anderen eine Thatfache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzumwürdigen geeignet ist, wird, wenn nicht diese Thatfache erweislich wahr ist, wegen Beleidigung mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Haft oder mit Gefängniß bis zu Einem Jahre und, wenn die Beleidigung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 187.

Wer wider besseres Wissen in Beziehung auf einen Anderen eine unwahre Thatfache behauptet oder verbreitet, welche denselben verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen oder dessen Kredit zu gefährden geeignet ist, wird wegen verleumderischer Beleidigung mit Gefängniß bis zu zwei Jahren und, wenn die Verleumdung öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen oder Darstellungen begangen ist, mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf Einen Tag Gefängniß ermäßigt, oder auf Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern erkannt werden.

§. 188.

In den Fällen der §§. 186. und 187. kann auf Verlangen des Beleidigten, wenn die Beleidigung nachtheilige Folgen für

die Vermögensverhältnisse, den Erwerb oder das Fortkommen des Beleidigten mit sich bringt, neben der Strafe auf eine an den Beleidigten zu erlegendende Buße bis zum Betrage von zweitausend Thalern erkannt werden.

Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruches aus.

§. 189.

Wer das Andenken eines Verstorbenen dadurch beschimpft, daß er wider besseres Wissen eine unwahre Thatsache behauptet oder verbreitet, welche denselben bei seinen Lebzeiten verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet gewesen wäre, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern erkannt werden.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag der Eltern, der Kinder oder des Ehegatten des Verstorbenen ein.

§. 190.

Ist die behauptete oder verbreitete Thatsache eine strafbare Handlung, so ist der Beweis der Wahrheit als erbracht anzusehen, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung rechtskräftig verurtheilt worden ist. Der Beweis der Wahrheit ist dagegen ausgeschlossen, wenn der Beleidigte wegen dieser Handlung vor der Behauptung oder Verbreitung rechtskräftig freigesprochen worden ist.

§. 191.

Ist wegen der strafbaren Handlung zum Zwecke der Herbeiführung eines Strafverfahrens bei der Behörde Anzeige gemacht, so ist bis zu dem Beschlusse, daß die Eröffnung der Untersuchung nicht stattfindet, oder bis zur Beendigung der eingeleiteten Untersuchung mit dem Verfahren und der Entscheidung über die Beleidigung inne zu halten.

§. 192.

Der Beweis der Wahrheit der behaupteten oder verbreiteten Thatsache schließt die Bestrafung nach Vorschrift des §. 185. nicht aus, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Behauptung oder Verbreitung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht.

§. 193.

Tadelnde Urtheile über wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Leistungen, ingleichen Aeußerungen, welche zur Ausführung oder Vertheidigung von Rechten oder zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, sowie Vorhaltungen und Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen, dienstliche Anzeigen oder Urtheile von Seiten eines Beamten und ähnliche Fälle sind nur insofern strafbar, als das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Aeußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht.

§. 194.

Die Verfolgung einer Beleidigung tritt nur auf Antrag ein.

Der Antrag kann bis zur Verkündung eines auf Strafe lautenden Urtheils und bei der Verfolgung im Wege der Privatklage oder Privatanklage bis zum Anfange der Vollstreckung des Urtheils zurückgenommen werden.

§. 195.

Sind Ehefrauen oder unter väterlicher Gewalt stehende Kinder beleidigt worden, so haben sowohl die Beleidigten, als deren Ehemänner und Väter das Recht, auf Bestrafung anzutragen.

§. 196.

Wenn die Beleidigung gegen eine Behörde, einen Beamten, einen Religionsdiener oder ein Mitglied der bewaffneten Macht, während sie in der Ausübung ihres Berufes begriffen sind, oder in Beziehung auf ihren Beruf, begangen ist, so haben außer den unmittelbar Beteiligten auch deren amtliche Vorgesetzte das Recht, den Strafantrag zu stellen.

§. 197.

Eines Antrages bedarf es nicht, wenn die Beleidigung gegen eine gesetzgebende Versammlung des Bundes, des Zollvereins oder eines Bundesstaats, oder gegen eine andere politische Körperschaft begangen worden ist. Dieselbe darf jedoch nur mit Ermächtigung der beleidigten Körperschaft verfolgt werden.

§. 198.

Ist bei wechselseitigen Beleidigungen von einem Theile auf Bestrafung angetragen worden, so ist der andere Theil bei Verlust

seines Rechts verpflichtet, den Antrag auf Bestrafung spätestens vor Schluß der Verhandlung in erster Instanz zu stellen, hierzu aber auch dann berechtigt, wenn zu jenem Zeitpunkte die dreimonatliche Frist bereits abgelaufen ist.

§. 199.

Wenn eine Beleidigung auf der Stelle erwidert wird, so kann der Richter beide Beleidiger oder einen derselben für strafrei erklären.

§. 200.

Wird wegen einer öffentlich oder durch Verbreitung von Schriften, Darstellungen oder Abbildungen begangenen Beleidigung auf Strafe erkannt, so ist zugleich dem Beleidigten die Befugniß zuzusprechen, die Verurtheilung auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekannt zu machen. Die Art der Bekanntmachung, sowie die Frist zu derselben ist in dem Urtheile zu bestimmen.

Erfolgte die Beleidigung in einer Zeitung oder Zeitschrift, so ist der verfügende Theil des Urtheils auf Antrag des Beleidigten durch die öffentlichen Blätter, und zwar wenn möglich durch dieselbe Zeitung oder Zeitschrift bekannt zu machen.

Dem Beleidigten ist auf Kosten des Schuldigen eine Ausfertigung des Urtheils zu ertheilen.

Fünftehnter Abschnitt.

Zweikampf.

§. 201.

Die Herausforderung zum Zweikampf mit tödtlichen Waffen, sowie die Annahme einer solchen Herausforderung wird mit Festungshaft bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 202.

Festungshaft von zwei Monaten bis zu zwei Jahren tritt ein, wenn bei der Herausforderung die Absicht, daß einer von beiden Theilen das Leben verlieren soll, entweder ausgesprochen ist oder aus der gewählten Art des Zweikampfs erhellt.

§. 203.

Diejenigen, welche den Auftrag zu einer Herausforderung übernehmen und ausrichten (Kartellträger), werden mit Festungshaft bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 204.

Die Strafe der Herausforderung und der Annahme derselben, sowie die Strafe der Kartellträger fällt weg, wenn die Parteien den Zweikampf vor dessen Beginn freiwillig aufgegeben haben.

§. 205.

Der Zweikampf wird mit Festungshaft von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

§. 206.

Wer seinen Gegner im Zweikampf tödtet, wird mit Festungshaft nicht unter zwei Jahren, und wenn der Zweikampf ein solcher war, welcher den Tod des einen von Beiden herbeiführen sollte, mit Festungshaft nicht unter drei Jahren bestraft.

§. 207.

Ist eine Tödtung oder Körperverletzung mittels vorsätzlicher Uebertretung der vereinbarten oder hergebrachten Regeln des Zweikampfs bewirkt worden, so ist der Uebertreter, sofern nicht nach den vorhergehenden Bestimmungen eine härtere Strafe verwirkt ist, nach den allgemeinen Vorschriften über das Verbrechen der Tödtung oder der Körperverletzung zu bestrafen.

§. 208.

Hat der Zweikampf ohne Sekundanten stattgefunden, so kann die verwirkte Strafe bis um die Hälfte, jedoch nicht über zehn Jahre erhöht werden.

§. 209.

Kartellträger, welche ernstlich bemüht gewesen sind, den Zweikampf zu verhindern, Sekundanten, sowie zum Zweikampf zugezogene Zeugen, Aerzte und Wundärzte sind straflos.

§. 210.

Wer einen Anderen zum Zweikampf mit einem Dritten ab-

sichtlich, insonderheit durch Bezeigung oder Androhung von Verachtung anreizt, wird, falls der Zweikampf stattgefunden hat, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Sechszehnter Abschnitt.

Verbrechen und Vergehen wider das Leben.

§. 211.

Wer vorsätzlich einen Menschen tödtet, wird, wenn er die Tödtung mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Mordes mit dem Tode bestraft.

§. 212.

Wer vorsätzlich einen Menschen tödtet, wird, wenn er die Tödtung nicht mit Ueberlegung ausgeführt hat, wegen Todtschlages mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft.

§. 213.

War der Todtschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Beleidigung von dem Getödteten zum Zorne gereizt und hierdurch auf der Stelle zur That hingerissen worden, oder sind andere mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§. 214.

Wer bei Unternehmung einer strafbaren Handlung, um ein der Ausführung derselben entgegretendes Hinderniß zu beseitigen oder um sich der Ergreifung auf frischer That zu entziehen, vorsätzlich einen Menschen tödtet, wird mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

§. 215.

Der Todtschlag an einem Verwandten aufsteigender Linie wird mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

§. 216.

Ist Jemand durch das ausdrückliche und ernstliche Verlangen

des Getödteten zur Tödtung bestimmt worden, so ist auf Gefängniß nicht unter drei Jahren zu erkennen.

§. 217.

Eine Mutter, welche ihr uneheliches Kind in oder gleich nach der Geburt vorsätzlich tödtet, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter zwei Jahren ein.

§. 218.

Eine Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tödtet, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Dieselben Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher mit Einwilligung der Schwangeren die Mittel zu der Abtreibung oder Tödtung bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

§. 219.

Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer einer Schwangeren, welche ihre Frucht abgetrieben oder getödtet hat, gegen Entgelt die Mittel hierzu verschafft, bei ihr angewendet oder ihr beigebracht hat.

§. 220.

Wer die Leibesfrucht einer Schwangeren ohne deren Wissen oder Willen vorsätzlich abtreibt oder tödtet, wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung der Tod der Schwangeren verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

§. 221.

Wer eine wegen jugendlichen Alters, Gebrechlichkeit oder Krankheit hilflose Person aussetzt, oder wer eine solche Person, wenn dieselbe unter seiner Obhut steht oder wenn er für die Unterbringung, Fortschaffung oder Aufnahme derselben zu sorgen

hat, in hülffloser Lage vorsätzlich verläßt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Wird die Handlung von leiblichen Eltern gegen ihr Kind begangen, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung der ausgefetzten oder verlassenen Person verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu zehn Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter drei Jahren ein.

§. 222.

Wer durch Fahrlässigkeit den Tod eines Menschen verursacht, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren bestraft.

Wenn der Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet war, so kann die Strafe bis auf fünf Jahre Gefängniß erhöht werden.

Siebenzehnter Abschnitt.

Körperverletzung.

§. 223.

Wer vorsätzlich einen Anderen körperlich mißhandelt oder an der Gesundheit beschädigt, wird wegen Körperverletzung mit Gefängniß bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern bestraft.

Ist die Handlung gegen Verwandte aufsteigender Linie begangen, so ist auf Gefängniß nicht unter Einem Monat zu erkennen.

§. 224.

Hat die Körperverletzung zur Folge, daß der Verletzte ein wichtiges Glied des Körpers, das Sehvermögen auf einem oder beiden Augen, das Gehör, die Sprache oder die Zeugungsfähigkeit verliert oder in erheblicher Weise dauernd entstellt wird, oder in Siechthum, Lähmung oder Geisteskrankheit verfällt, so ist auf

Zuchthaus bis zu fünf Jahren oder Gefängniß nicht unter Einem Jahre zu erkennen.

§. 225.

War eine der vorbezeichneten Folgen beabsichtigt und eingetreten, so ist auf Zuchthaus von zwei bis zu zehn Jahren zu erkennen.

§. 226.

Ist durch die Körperverletzung der Tod des Verletzten verursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren oder Gefängniß nicht unter drei Jahren zu erkennen.

§. 227.

Ist durch eine Schlägerei oder durch einen von Mehreren gemachten Angriff der Tod eines Menschen oder eine schwere Körperverletzung (§. 224.) verursacht worden, so ist jeder, welcher sich an der Schlägerei oder dem Angriffe betheilig hat, schon wegen dieser Betheiligung mit Gefängniß bis zu drei Jahren zu bestrafen, falls er nicht ohne sein Verschulden hineingezogen worden ist.

Ist eine der vorbezeichneten Folgen mehreren Verletzungen zuzuschreiben, welche dieselbe nicht einzeln, sondern nur durch ihr Zusammentreffen verursacht haben, so ist jeder, welchem eine dieser Verletzungen zur Last fällt, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu bestrafen.

§. 228.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist in den Fällen der §§. 224. und 227. Absatz 2. auf Gefängniß nicht unter Einem Monat, und im Falle des §. 226 auf Gefängniß nicht unter drei Monaten zu erkennen.

Diese Ermäßigung der Strafe bleibt ausgeschlossen, wenn die Handlung gegen Verwandte aufsteigender Linie begangen ist.

§. 229.

Wer vorsätzlich einem Anderen, um dessen Gesundheit zu beschädigen, Gift oder andere Stoffe beibringt, welche die Gesundheit zu zerstören geeignet sind, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung ver-

ursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod verursacht worden, auf Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder auf lebenslängliches Zuchthaus zu erkennen.

§. 230.

Wer durch Fahrlässigkeit die Körperverletzung eines Anderen verursacht, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

War der Thäter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus den Augen setzte, vermöge seines Amtes, Berufes oder Gewerbes besonders verpflichtet, so kann die Strafe auf drei Jahre Gefängniß erhöht werden.

§. 231.

In allen Fällen der Körperverletzung kann auf Verlangen des Verletzten neben der Strafe auf eine an denselben zu erlegenden Buße bis zum Betrage von zweitausend Thalern erkannt werden.

Eine erkannte Buße schließt die Geltendmachung eines weiteren Entschädigungsanspruches aus.

Für diese Buße haften die zu derselben Verurtheilten als Gesamtschuldner.

§. 232.

Die Verfolgung leichter vorsätzlicher, sowie aller durch Fahrlässigkeit verursachter Körperverletzungen (§§. 223. 230.) tritt nur auf Antrag ein, insofern nicht die Körperverletzung mit Uebertretung einer Amts-, Berufs- oder Gewerbspflicht begangen worden ist.

Die in den §§. 195. 196. und 198. enthaltenen Vorschriften finden auch hier Anwendung.

§. 233.

Wenn leichte Körperverletzungen mit solchen, Beleidigungen mit leichten Körperverletzungen oder letztere mit ersteren auf der Stelle erwidert werden, so kann der Richter für beide Angeschuldigte, oder für einen derselben eine der Art oder dem Maße nach mildere oder überhaupt keine Strafe eintreten lassen.

Achtzehnter Abschnitt.

Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit.

§. 234.

Wer sich eines Menschen durch List, Drohung oder Gewalt bemächtigt, um ihn in hilfloser Lage auszusetzen oder in Sklaverei, Leibeigenschaft oder in auswärtige Kriegs- oder Schiffsdienste zu bringen, wird wegen Menschenraubes mit Zuchthaus bestraft.

§. 235.

Wer eine minderjährige Person durch List, Drohung oder Gewalt ihren Eltern oder ihrem Vormunde entzieht, wird mit Gefängniß und, wenn die Handlung in der Absicht geschieht, die Person zum Betteln oder zu gewinnsüchtigen oder unsittlichen Zwecken oder Beschäftigungen zu gebrauchen, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§. 236.

Wer eine Frauensperson wider ihren Willen durch List, Drohung oder Gewalt entführt, um sie zur Unzucht zu bringen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und, wenn die Entführung begangen wurde, um die Entführte zur Ehe zu bringen, mit Gefängniß bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 237.

Wer eine minderjährige, unverhehlchte Frauensperson mit ihrem Willen, jedoch ohne Einwilligung ihrer Eltern oder ihres Vormundes, entführt, um sie zur Unzucht oder zur Ehe zu bringen, wird mit Gefängniß bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 238.

Hat der Entführer die Entführte geheirathet, so findet die Verfolgung nur statt, nachdem die Ehe für ungültig erklärt worden ist.

§. 239.

Wer vorsätzlich und widerrechtlich einen Menschen einsperrt

oder auf andere Weise des Gebrauches der persönlichen Freiheit beraubt, wird mit Gefängniß bestraft.

Wenn die Freiheitsentziehung über eine Woche gedauert hat, oder wenn eine schwere Körperverletzung des der Freiheit Beraubten durch die Freiheitsentziehung oder die ihm während derselben widerfahrene Behandlung verursacht worden ist, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Monat ein.

Ist der Tod des der Freiheit Beraubten durch die Freiheitsentziehung oder die ihm während derselben widerfahrene Behandlung verursacht worden, so ist auf Zuchthaus nicht unter drei Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§. 240.

Wer einen Anderen widerrechtlich durch Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen oder Vergehen zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nöthigt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 241.

Wer einen Anderen mit der Begehung eines Verbrechens bedroht, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Neunzehnter Abschnitt.

Diebstahl und Unterschlagung.

§. 242.

Wer eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen, wird wegen Diebstahls mit Gefängniß bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 243.

- Auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren ist zu erkennen, wenn
- 1) aus einem zum Gottesdienste bestimmten Gebäude Gegenstände gestohlen werden, welche dem Gottesdienste gewidmet sind;
 - 2) aus einem Gebäude oder umschlossenen Raume mittels Einbruchs, Einsteigens oder Erbrechen von Behältnissen gestohlen wird;
 - 3) der Diebstahl dadurch bewirkt wird, daß zur Eröffnung eines Gebäudes oder der Zugänge eines umschlossenen Raumes, oder zur Eröffnung der im Inneren befindlichen Thüren oder Behältnisse falsche Schlüssel oder andere zur ordnungsmäßigen Eröffnung nicht bestimmte Werkzeuge angewendet werden;
 - 4) auf einem öffentlichen Wege, einer Straße, einem öffentlichen Plage, einer Wasserstraße oder einer Eisenbahn, oder in einem Postgebäude oder dem dazu gehörigen Hofraume, oder auf einem Eisenbahnhofe eine zum Reisegepäck oder zu anderen Gegenständen der Beförderung gehörende Sache mittels Abschneidens oder Ablösens der Befestigungs- oder Verwahrungsmittel, oder durch Anwendung falscher Schlüssel oder anderer zur ordnungsmäßigen Eröffnung nicht bestimmter Werkzeuge gestohlen wird;
 - 5) der Dieb oder einer der Theilnehmer am Diebstahle bei Begehung der That Waffen bei sich führt;
 - 6) zu dem Diebstahle Mehrere mitwirken, welche sich zur fortgesetzten Begehung von Raub oder Diebstahl verbunden haben, oder
 - 7) der Diebstahl zur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäude, in welches sich der Thäter in diebischer Absicht eingeschlichen, oder in welchem er sich in gleicher Absicht verborgen hatte, begangen wird, auch wenn zur Zeit des Diebstahls Bewohner in dem Gebäude nicht anwesend sind. Einem bewohnten Gebäude werden der zu einem bewohnten Gebäude gehörige umschlossene Raum und

die in einem solchen befindlichen Gebäude jeder Art, sowie Schiffe, welche bewohnt werden, gleich geachtet.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§. 244.

Wer im Inlande als Dieb, Räuber oder gleich einem Räuber oder als Fehler bestraft worden ist, darauf abermals eine dieser Handlungen begangen hat, und wegen derselben bestraft worden ist, wird, wenn er einen einfachen Diebstahl (§. 242.) begeht, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, wenn er einen schweren Diebstahl (§. 243.) begeht, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt beim einfachen Diebstahl Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten, beim schweren Diebstahl Gefängnißstrafe nicht unter Einem Jahre ein.

§. 245.

Die Bestimmungen des §. 244. finden Anwendung, auch wenn die früheren Strafen nur theilweise verbüßt oder ganz oder theilweise erlassen sind, bleiben jedoch ausgeschlossen, wenn seit der Verbüßung oder dem Erlasse der letzten Strafe bis zur Begehung des neuen Diebstahls zehn Jahre verflossen sind.

§. 246.

Wer eine fremde bewegliche Sache, die er in Besitz oder Gewahrsam hat, sich rechtswidrig zueignet, wird wegen Unterschlagung mit Gefängniß bis zu drei Jahren und, wenn die Sache ihm anvertraut ist, mit Gefängniß bis zu fünf Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§. 247.

Wer einen Diebstahl oder eine Unterschlagung gegen Angehörige, Vormünder, Erzieher oder solche Personen, in deren Vohu oder Kost er sich befindet, begeht, ist nur auf Antrag zu verfolgen.

Ein Diebstahl oder eine Unterschlagung, welche von Verwandten aufsteigender Linie gegen Verwandte absteigender Linie

oder von einem Ehegatten gegen den anderen begangen worden ist, bleibt straflos.

Diese Bestimmungen finden auf Theilnehmer oder Begünstigter, welche nicht in einem der vorbezeichneten persönlichen Verhältnisse stehen, keine Anwendung.

§. 248.

Neben der wegen Diebstahls oder Unterschlagung erkannten Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, und neben der wegen Diebstahls erkannten Zuchthausstrafe auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Zwanzigster Abschnitt.

Raub und Erpressung.

§. 249.

Wer mit Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben eine fremde bewegliche Sache einem Anderen in der Absicht wegnimmt, sich dieselbe rechtswidrig zuzueignen, wird wegen Raubes mit Zuchthaus bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§. 250.

Auf Zuchthaus nicht unter fünf Jahren ist zu erkennen, wenn

- 1) der Räuber oder einer der Theilnehmer am Raube bei Begehung der That Waffen bei sich führt;
- 2) zu dem Raube Mehrere mitwirken, welche sich zur fortgesetzten Begehung von Raub oder Diebstahl verbunden haben;
- 3) der Raub auf einem öffentlichen Wege, einer Straße, einer Eisenbahn, einem öffentlichen Plage, auf offener See oder einer Wasserstraße begangen wird;
- 4) der Raub zur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäude (§. 243. Nr. 7.) begangen wird, in welches sich der Thäter zur Begehung eines Raubes oder Diebstahls ein-

geschlichen oder sich gewaltsam Eingang verschafft oder in welchem er sich in gleicher Absicht verborgen hatte, oder

- 5) der Räuber bereits einmal als Räuber oder gleich einem Räuber im Inlande bestraft worden ist. Die im §. 245. enthaltenen Vorschriften finden auch hier Anwendung.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Jahre ein.

§. 251.

Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus wird der Räuber bestraft, wenn bei dem Raube ein Mensch gemartert oder durch die gegen ihn verübte Gewalt eine schwere Körperverletzung oder der Tod desselben verursacht worden ist.

§. 252.

Wer, bei einem Diebstahle auf frischer That betroffen, gegen eine Person Gewalt verübt oder Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben anwendet, um sich im Besitze des gestohlenen Gutes zu erhalten, ist gleich einem Räuber zu bestrafen.

§. 253.

Wer, um sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, einen Anderen durch Gewalt oder Drohung zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung nöthigt, ist wegen Erpressung mit Gefängniß nicht unter Einem Monat zu bestrafen.

Der Versuch ist strafbar.

§. 254.

Wird die Erpressung durch Bedrohung mit Mord, mit Brandstiftung oder mit Verursachung einer Ueberschwemmung begangen, so ist auf Zuchthaus bis zu fünf Jahren zu erkennen.

§. 255.

Wird die Erpressung durch Gewalt gegen eine Person oder unter Anwendung von Drohungen mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben begangen, so ist der Thäter gleich einem Räuber zu bestrafen.

§. 256.

Neben der wegen Erpressung erkannten Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und neben der wegen Raubes oder Erpressung erkannten Zuchthausstrafe auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Einundzwanzigster Abschnitt.

Begünstigung und Hehlerei.

§. 257.

Wer nach Begehung eines Verbrechens oder Vergehens dem Thäter oder Theilnehmer wissentlich Beistand leistet, um denselben der Bestrafung zu entziehen oder um ihm die Vortheile des Verbrechens oder Vergehens zu sichern, ist wegen Begünstigung mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu Einem Jahre und, wenn er diesen Beistand seines Vortheils wegen leistet, mit Gefängniß zu bestrafen. Die Strafe darf jedoch, der Art oder dem Maße nach, keine schwerere sein, als die auf die Handlung selbst angedrohte.

Die Begünstigung ist straflos, wenn dieselbe dem Thäter oder Theilnehmer von einem Angehörigen gewährt worden ist, um ihn der Bestrafung zu entziehen.

Die Begünstigung ist als Beihülfe zu bestrafen, wenn sie vor Begehung der That zugesagt worden ist. Diese Bestimmung leidet auch auf Angehörige Anwendung.

§. 258.

Wer seines Vortheils wegen sich einer Begünstigung schuldig macht, wird als Fehler bestraft, wenn der Begünstigte

- 1) einen einfachen Diebstahl oder eine Unterschlagung begangen hat, mit Gefängniß,
- 2) einen schweren Diebstahl, einen Raub oder ein dem Raube gleich zu bestrafendes Verbrechen begangen hat, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

Diese Strafvorschriften finden auch dann Anwendung, wenn der Fehler ein Angehöriger ist.

§. 259.

Wer seines Vortheils wegen Sachen, von denen er weiß oder den Umständen nach annehmen muß, daß sie mittels einer strafbaren Handlung erlangt sind, verheimlicht, ankauft, zum Pfande nimmt oder sonst an sich bringt oder zu deren Absatze bei Anderen mitwirkt, wird als Fehler mit Gefängniß bestraft.

§. 260.

Wer die Hehlerei gewerbs- oder gewohnheitsmäßig betreibt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

§. 261.

Wer im Inlande wegen Hehlerei einmal und wegen darauf begangener Hehlerei zum zweiten Male bestraft worden ist, wird, wenn sich die abermals begangene Hehlerei auf einen schweren Diebstahl, einen Raub oder ein dem Raube gleich zu bestrafendes Verbrechen bezieht, mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Jahre ein.

Bezieht sich die Hehlerei auf eine andere strafbare Handlung, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

Die in dem §. 245. enthaltenen Vorschriften finden auch hier Anwendung.

§. 262.

Neben der wegen Hehlerei erkannten Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte und neben jeder Verurtheilung wegen Hehlerei auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

Zweiundzwanzigster Abschnitt.

Betrug und Untreue.

§. 263.

Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvortheil zu verschaffen, das Vermögen eines Anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Thatfachen einen Irrthum erregt oder unterhält, wird wegen Betruges mit Gefängniß bestraft, neben welchem auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann ausschließlich auf die Geldstrafe erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

Wer einen Betrug gegen Angehörige, Vormünder, Erzieher oder gegen solche Personen, in deren Lohn oder Kost er sich befindet, begeht, ist nur auf Antrag zu verfolgen.

§. 264.

Wer im Inlande wegen Betruges einmal und wegen darauf begangenen Betruges zum zweiten Male bestraft worden ist, wird wegen abermals begangenen Betruges mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und zugleich mit Geldstrafe von fünfzig bis zu zweitausend Thalern bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein, neben welcher zugleich auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern erkannt werden kann.

Die im §. 245. enthaltenen Vorschriften finden auch hier Anwendung.

§. 265.

Wer in betrügerischer Absicht eine gegen Feuersgefahr versicherte Sache in Brand setzt, oder ein Schiff, welches als solches oder in seiner Ladung oder in seinem Frachtlohn versichert ist,

finken oder stranden macht, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und zugleich mit Geldstrafe von funfzig bis zu zweitausend Thalern bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern erkannt werden kann.

§. 266.

Wegen Untreue werden mit Gefängniß, neben welchem auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann, bestraft:

- 1) Vormünder, Kuratoren, Güterpfleger, Sequester, Massenverwalter, Vollstrecker letztwilliger Verfügungen und Verwalter von Stiftungen, wenn sie absichtlich zum Nachtheile der ihrer Aufsicht anvertrauten Personen oder Sachen handeln;
- 2) Bevollmächtigte, welche über Forderungen oder andere Vermögensstücke des Auftraggebers absichtlich zum Nachtheile desselben verfügen;
- 3) Feldmesser, Versteigerer, Mäkler, Güterbestätiger, Schaffner, Wäger, Messer, Bracker, Schauer, Stauer und andere zur Betreibung ihres Gewerbes von der Obrigkeit verpflichtete Personen, wenn sie bei den ihnen übertragenen Geschäften absichtlich diejenigen benachtheiligen, deren Geschäfte sie besorgen.

Wird die Untreue begangen, um sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen, so kann neben der Gefängnißstrafe auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern erkannt werden.

Dreiundzwanzigster Abschnitt.

Urkundenfälschung.

§. 267.

Wer in rechtswidriger Absicht eine inländische oder ausländische öffentliche Urkunde oder eine solche Privaturkunde, welche

zum Beweise von Rechten oder Rechtsverhältnissen von Erheblichkeit ist, verfälscht oder fälschlich anfertigt und von derselben zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch macht, wird wegen Urkundenfälschung mit Gefängniß bestraft.

§. 268.

Eine Urkundenfälschung, welche in der Absicht begangen wird, sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen oder einem Anderen Schaden zuzufügen, wird bestraft, wenn

- 1) die Urkunde eine Privaturkunde ist, mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren, neben welchem auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern erkannt werden kann;
- 2) die Urkunde eine öffentliche ist, mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren, neben welchem auf Geldstrafe von funfzig bis zu zweitausend Thalern erkannt werden kann.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe ein, welche bei der Fälschung einer Privaturkunde nicht unter Einer Woche, bei der Fälschung einer öffentlichen Urkunde nicht unter drei Monaten betragen soll. Neben der Gefängnißstrafe kann zugleich auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern erkannt werden.

§. 269.

Der fälschlichen Anfertigung einer Urkunde wird es gleich geachtet, wenn Jemand einem mit der Unterschrift eines Anderen versehenen Papiere ohne dessen Willen oder dessen Anordnungen zuwider durch Ausfüllung einen urkundlichen Inhalt gibt.

§. 270.

Der Urkundenfälschung wird es gleich geachtet, wenn Jemand von einer falschen oder verfälschten Urkunde, wissend, daß sie falsch oder verfälscht ist, zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch macht.

§. 271.

Wer vorsätzlich bewirkt, daß Erklärungen, Verhandlungen oder Thatfachen, welche für Rechte oder Rechtsverhältnisse von Erheblichkeit sind, in öffentlichen Urkunden, Büchern oder Registern als abgegeben oder geschehen beurkundet werden, während sie überhaupt nicht oder in anderer Weise oder von einer Person in einer

ihr nicht zustehenden Eigenschaft oder von einer anderen Person abgegeben oder geschehen sind, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern bestraft.

§. 272.

Wer die vorbezeichnete Handlung in der Absicht begeht, sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen oder einem Anderen Schaden zuzufügen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe von funfzig bis zu zweitausend Thalern erkannt werden kann.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe ein, neben welcher auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern erkannt werden kann.

§. 273.

Wer wissentlich von einer falschen Beurkundung der im §. 271. bezeichneten Art zum Zwecke einer Täuschung Gebrauch macht, wird nach Vorschrift jenes Paragraphen und, wenn die Absicht dahin gerichtet war, sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen oder einem Anderen Schaden zuzufügen, nach Vorschrift des §. 272. bestraft.

§. 274.

Mit Gefängniß, neben welchem auf Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern erkannt werden kann, wird bestraft, wer

- 1) eine Urkunde, welche ihm entweder überhaupt nicht oder nicht ausschließlich gehört, in der Absicht, einem Anderen Nachtheile zuzufügen, vernichtet, beschädigt oder unterdrückt, oder
- 2) einen Grenzstein oder ein anderes zur Bezeichnung einer Grenze oder eines Wasserstandes bestimmtes Merkmal in der Absicht, einem Anderen Nachtheil zuzufügen, wegnimmt, vernichtet, unkenntlich macht, verrückt oder fälschlich setzt.

§. 275.

Mit Gefängniß nicht unter drei Monaten wird bestraft, wer

- 1) wissentlich von falschem oder gefälschtem Stempelpapier,

- von falschen oder gefälschten Stempelmarken, Stempelblanketten, Stempelabdrücken, Post- oder Telegraphen-Freimarken oder gestempelten Briefcouverts Gebrauch macht,
- 2) unechtes Stempelpapier, unechte Stempelmarken, Stempelblankette oder Stempelabdrücke für Spielkarten, Kalender, Pässe, Zeitungen oder sonstige Druckfachen oder Schriftstücke, ingleichen wer unechte Post- oder Telegraphen-Freimarken oder gestempelte Briefcouverts in der Absicht anfertigt, sie als echt zu verwenden, oder
 - 3) echtes Stempelpapier, echte Stempelmarken, Stempelblankette, Stempelabdrücke, Post- oder Telegraphen-Freimarken oder gestempelte Briefcouverts in der Absicht verfälscht, sie zu einem höheren Werthe zu verwenden.

§. 276.

Wer wissentlich schon einmal zu stempelpflichtigen Urkunden, Schriftstücken oder Formularen verwendetes Stempelpapier oder schon einmal verwendete Stempelmarken oder Stempelblankette, ingleichen Stempelabdrücke, welche zum Zeichen stattgehabter Besteuerung gedient haben, zu stempelpflichtigen Schriftstücken verwendet, wird, außer der Strafe, welche durch die Entziehung der Stempelsteuer begründet ist, mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern bestraft.

§. 277.

Wer unter der ihm nicht zustehenden Bezeichnung als Arzt oder als eine andere approbirte Medizinalperson oder unberechtigt unter dem Namen solcher Personen ein Zeugniß über seinen oder eines Anderen Gesundheitszustand ausstellt oder ein derartiges echtes Zeugniß verfälscht, und davon zur Täuschung von Behörden oder Versicherungsgesellschaften Gebrauch macht, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 278.

Ärzte und andere approbirte Medizinalpersonen, welche ein unrichtiges Zeugniß über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauche bei einer Behörde oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Gefängniß von Einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 279.

Wer, um eine Behörde oder eine Versicherungsgesellschaft über seinen oder eines Anderen Gesundheitszustand zu täuschen, von einem Zeugnisse der in den §§. 277. und 278. bezeichneten Art Gebrauch macht, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 280.

Neben einer nach Vorschrift der §§. 267. 274. 275. 277. bis 279. erkannten Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Bierundzwanzigster Abschnitt.

Bankerutt.

§. 281.

Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, werden wegen betrüglischen Bankerutts mit Zuchthaus bestraft, wenn sie, in der Absicht ihre Gläubiger zu benachtheiligen,

- 1) Vermögensstücke verheimlicht oder bei Seite geschafft haben,
- 2) Schulden oder Rechtsgeschäfte anerkannt oder aufgestellt haben, welche ganz oder theilweise erdichtet sind,
- 3) Handelsbücher zu führen unterlassen haben, deren Führung ihnen gesetzlich oblag, oder
- 4) ihre Handelsbücher vernichtet oder verheimlicht oder so geführt oder verändert haben, daß dieselben keine Uebersicht des Vermögenszustandes gewähren.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§. 282.

Mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren wird bestraft, wer

- 1) im Interesse eines Kaufmanns, welcher seine Zahlungen eingestellt hat, Vermögensstücke desselben verheimlicht oder bei Seite geschafft hat, oder
- 2) im Interesse eines Kaufmanns, welcher seine Zahlungen

eingestellt hat, oder, um sich oder einem Anderen Vermögensvorteil zu verschaffen, erdichtete Forderungen im eigenen Namen oder durch vorgeschobene Personen geltend gemacht hat.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe oder Geldstrafe bis zu zweitausend Thalern ein.

§. 283.

Kaufleute, welche ihre Zahlungen eingestellt haben, werden wegen einfachen Bankerutts mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft, wenn sie

- 1) durch Aufwand, Spiel oder Differenzhandel mit Waaren oder Börsenpapieren übermäßige Summen verbraucht haben oder schuldig geworden sind,
- 2) Handelsbücher zu führen unterlassen haben, deren Führung ihnen gesetzlich oblag, oder dieselben verheimlicht, vernichtet oder so unordentlich geführt haben, daß sie keine Uebersicht des Vermögenszustandes gewähren, oder
- 3) es unterlassen haben, die Bilanz ihres Vermögens in der gesetzlich vorgeschriebenen Zeit zu ziehen.

Fünfundzwanzigster Abschnitt.

Strafbarer Eigennutz und Verletzung fremder Geheimnisse.

§. 284.

Wer aus dem Glücksspiele ein Gewerbe macht, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft, neben welchem auf Geldstrafe von Einhundert bis zu zweitausend Thalern, sowie auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden kann.

Ist der Verurtheilte ein Ausländer, so ist die Landespolizeibehörde befugt, denselben aus dem Bundesgebiete zu verweisen.

§. 285.

Der Inhaber eines öffentlichen Versammlungsorts, welcher Glücksspiele daselbst gestattet oder zur Verheimlichung solcher

Spiele mitwirkt, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern bestraft.

§. 286.

Wer ohne obrigkeitliche Erlaubniß öffentliche Lotterien veranstaltet, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern bestraft.

Den Lotterien sind öffentlich veranstaltete Auspielungen beweglicher oder unbeweglicher Sachen gleich zu achten.

§. 287.

Wer Waaren oder deren Verpackung fälschlich mit dem Namen oder der Firma eines inländischen Fabrikunternehmers, Produzenten oder Kaufmanns bezeichnet oder wissentlich dergleichen fälschlich bezeichnete Waaren in Verkehr bringt, wird mit Geldstrafe von funfzig bis zu Eintausend Thalern oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Dieselbe Strafe tritt ein, wenn die Handlung gegen Angehörige eines fremden Staats gerichtet ist, in welchem nach veröffentlichten Staatsverträgen oder nach Gesetzen die Gegenseitigkeit verbürgt ist.

Die Strafe wird dadurch nicht ausgeschlossen, daß bei der Waarenbezeichnung der Name oder die Firma mit so geringen Abänderungen wiedergegeben wird, daß die letzteren nur durch Anwendung besonderer Aufmerksamkeit wahrgenommen werden können.

§. 288.

Wer bei einer ihm drohenden Zwangsvollstreckung in der Absicht, die Befriedigung des Gläubigers zu vereiteln, Bestandtheile seines Vermögens veräußert oder bei Seite schafft, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag des Gläubigers ein.

§. 289.

Wer seine eigene bewegliche Sache, oder eine fremde bewegliche Sache zu Gunsten des Eigenthümers derselben, dem Nutznießer, Pfandgläubiger oder demjenigen, welchem an der Sache ein Gebrauchs- oder Zurückbehaltungsrecht zusteht, in rechtswidriger Absicht wegnimmt, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern bestraft.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Die Bestimmungen des §. 247. Absatz 2. und 3. finden auch hier Anwendung.

§. 290.

Oeffentliche Pfandleiher, welche die von ihnen in Pfand genommenen Gegenstände unbefugt in Gebrauch nehmen, werden mit Gefängniß bis zu Einem Jahre, neben welchem auf Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern erkannt werden kann, bestraft.

§. 291.

Wer die bei den Uebungen der Artillerie verschossene Munition, oder wer Bleikugeln aus den Kugelfängen der Schießstände der Truppen sich widerrechtlich zueignet, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern bestraft.

§. 292.

Wer an Orten, an denen zu jagen er nicht berechtigt ist, die Jagd ausübt, wird mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 293.

Die Strafe kann auf Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder auf Gefängniß bis zu sechs Monaten erhöht werden, wenn dem Wilde nicht mit Schießgewehr oder Hunden, sondern mit Schlingen, Netzen, Fallen oder anderen Vorrichtungen nachgestellt oder, wenn das Vergehen während der gesetzlichen Schonzeit, in Wäldern, zur Nachtzeit oder gemeinschaftlich von Mehreren begangen wird.

§. 294.

Wer unberechtigtes Jagen gewerbsmäßig betreibt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

§. 295.

Neben der durch das Jagdvergehen verwirkten Strafe ist auf Einziehung des Gewehrs, des Jagdgeräths und der Hunde, welche der Thäter bei dem unberechtigten Jagen bei sich geführt hat, ingleichen der Schlingen, Netze, Fallen und anderen Vorrichtungen zu erkennen, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht.

§. 296.

Wer zur Nachtzeit, bei Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher oder explodirender Stoffe unberechtigt fischt oder krebst, wird mit Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 297.

Ein Reisender oder Schiffsmann, welcher ohne Vorwissen des Schiffers, ingleichen ein Schiffer, welcher ohne Vorwissen des Rheders Gegenstände an Bord nimmt, welche das Schiff oder die Ladung gefährden, indem sie die Beschlagnahme oder Einziehung des Schiffes oder der Ladung veranlassen können, wird mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

§. 298.

Ein Schiffsmann, welcher mit der Feuer entläuft, oder sich verborgen hält, um sich dem übernommenen Dienste zu entziehen, wird, ohne Unterschied, ob das Vergehen im Inlande oder im Auslande begangen worden ist, mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

§. 299.

Wer einen verschlossenen Brief oder eine andere verschlossene Urkunde, die nicht zu seiner Kenntnißnahme bestimmt ist, vorsätzlich und unbefugter Weise eröffnet, wird mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 300.

Rechtsanwälte, Advokaten, Notare, Vertheidiger in Straf-
sachen, Aerzte, Wundärzte, Hebammen, Apotheker, sowie die Ge-
hülfen dieser Personen werden, wenn sie unbefugt Privatgeheim-
nisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Amtes, Standes oder Ge-
werbes anvertraut sind, mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern
oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 301.

Wer in gewinnsüchtiger Absicht und unter Benutzung des
Leichtsinnns oder der Unerfahrenheit eines Minderjährigen sich von
demselben Schuldscheine, Wechsel, Empfangsbekanntnisse, Bürg-
schaftsinstrumente oder eine andere, eine Verpflichtung enthaltende
Urkunde ausstellen oder auch nur mündlich ein Zahlungsversprechen
ertheilen läßt, wird mit Gefängniß bis zu sechs Monaten oder
mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern bestraft.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 302.

Wer in gewinnsüchtiger Absicht und unter Benutzung des
Leichtsinnns oder der Unerfahrenheit eines Minderjährigen sich
von demselben unter Verpfändung der Ehre, auf Ehrenwort,
eidlich oder unter ähnlichen Versicherungen oder Bethuerungen
die Zahlung einer Geldsumme oder die Erfüllung einer anderen,
auf Gewährung geldwerther Sachen gerichteten Verpflichtung aus
einem Rechtsgeschäfte versprechen läßt, wird mit Gefängniß bis
zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu Eintausend Thalern
bestraft.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen
Ehrenrechte erkannt werden.

Dieselbe Strafe trifft denjenigen, welcher sich eine Forderung,
von der er weiß, daß deren Verichtigung ein Minderjähriger in
der vorbezeichneten Weise versprochen hat, abtreten läßt.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

Sechszwanzigster Abschnitt.

Sachbeschädigung.

§. 303.

Wer vorsätzlich und rechtswidrig eine fremde Sache beschädigt oder zerstört, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Die Verfolgung tritt nur auf Antrag ein.

§. 304.

Wer vorsätzlich und rechtswidrig Gegenstände der Verehrung einer im Staate bestehenden Religionsgesellschaft, oder Sachen, die dem Gottesdienste gewidmet sind, oder Grabmäler, öffentliche Denkmäler, Gegenstände der Kunst, der Wissenschaft oder des Gewerbes, welche in öffentlichen Sammlungen aufbewahrt werden oder öffentlich aufgestellt sind, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Nutzen oder zur Verschönerung öffentlicher Wege, Plätze oder Anlagen dienen, beschädigt oder zerstört, wird mit Gefängniß bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern bestraft.

Neben der Gefängnißstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§. 305.

Wer vorsätzlich und rechtswidrig ein Gebäude, ein Schiff, eine Brücke, einen Damm, eine gebaute Straße, eine Eisenbahn oder ein anderes Bauwerk, welche fremdes Eigenthum sind, ganz oder theilweise zerstört, wird mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

Siebenundzwanzigster Abschnitt.

Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen.

§. 306.

Wegen Brandstiftung wird mit Zuchthaus bestraft, wer vorsätzlich in Brand setzt

- 1) ein zu gottesdienstlichen Versammlungen bestimmtes Gebäude,
- 2) ein Gebäude, ein Schiff oder eine Hütte, welche zur Wohnung von Menschen dienen, oder
- 3) eine Räumlichkeit, welche zeitweise zum Aufenthalt von Menschen dient, und zwar zu einer Zeit, während welcher Menschen in derselben sich aufzuhalten pflegen.

§. 307.

Die Brandstiftung (§. 306.) wird mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft, wenn

- 1) der Brand den Tod eines Menschen dadurch verursacht hat, daß dieser zur Zeit der That in einer der in Brand gesetzten Räumlichkeiten sich befand,
- 2) die Brandstiftung in der Absicht begangen worden ist, um unter Begünstigung derselben Mord oder Raub zu begehen oder einen Aufruhr zu erregen, oder
- 3) der Brandstifter, um das Löschen des Feuers zu verhindern oder zu erschweren, Löschgeräthschaften entfernt oder unbrauchbar gemacht hat.

§. 308.

Wegen Brandstiftung wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft, wer vorsätzlich Gebäude, Schiffe, Hütten, Bergwerke, Magazine, Waarenvorräthe, welche auf dazu bestimmten öffentlichen Plätzen lagern, Vorräthe von landwirthschaftlichen Erzeugnissen oder von Bau- oder Brennmaterialien, Früchte auf dem Felde, Waldungen oder Torfmoore in Brand setzt, wenn diese Gegenstände entweder fremdes Eigenthum sind, oder zwar

dem Brandstifter eigenthümlich gehören, jedoch ihrer Beschaffenheit und Lage nach geeignet sind, das Feuer einer der im §. 306. Nr. 1. bis 3. bezeichneten Räumlichkeiten oder einem der vorstehend bezeichneten fremden Gegenstände mitzutheilen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§. 309.

Wer durch Fahrlässigkeit einen Brand der in den §§. 306. und 308. bezeichneten Art herbeiführt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern und, wenn durch den Brand der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§. 310.

Hat der Thäter den Brand, bevor derselbe entdeckt und ein weiterer als der durch die bloße Inbrandsetzung bewirkte Schaden entstanden war, wieder gelöscht, so tritt Straflosigkeit ein.

§. 311.

Die gänzliche oder theilweise Zerstörung einer Sache durch Gebrauch von Pulver oder anderen explosirenden Stoffen ist der Inbrandsetzung der Sache gleich zu achten.

§. 312.

Wer mit gemeiner Gefahr für Menschenleben vorsätzlich eine Ueberschwemmung herbeiführt, wird mit Zuchthaus nicht unter drei Jahren und, wenn durch die Ueberschwemmung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

§. 313.

Wer mit gemeiner Gefahr für das Eigenthum vorsätzlich eine Ueberschwemmung herbeiführt, wird mit Zuchthaus bestraft.

Ist jedoch die Absicht des Thäters nur auf Schutz seines Eigenthums gerichtet gewesen, so ist auf Gefängniß nicht unter Einem Jahre zu erkennen.

§. 314.

Wer eine Ueberschwemmung mit gemeiner Gefahr für Leben oder Eigenthum durch Fahrlässigkeit herbeiführt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre und, wenn durch die Ueberschwemmung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§. 315.

Wer vorsätzlich Eisenbahnanlagen, Beförderungsmittel oder sonstiges Zubehör derselben dergestalt beschädigt, oder auf der Fahrbahn durch falsche Zeichen oder Signale oder auf andere Weise solche Hindernisse bereitet, daß dadurch der Transport in Gefahr gesetzt wird, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung eine schwere Körperverletzung verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren und, wenn der Tod eines Menschen verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

§. 316.

Wer fahrlässigerweise durch eine der vorbezeichneten Handlungen den Transport auf einer Eisenbahn in Gefahr setzt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre und, wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

Gleiche Strafe trifft die zur Leitung der Eisenbahnfahrten und zur Aufsicht über die Bahn und den Beförderungsbetrieb angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten einen Transport in Gefahr setzen.

§. 317.

Wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphen-Anstalt vorsätzlich Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, wird mit Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

§. 318.

Wer gegen eine zu öffentlichen Zwecken dienende Telegraphen-Anstalt fahrlässiger Weise Handlungen begeht, welche die Benutzung dieser Anstalt verhindern oder stören, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern bestraft.

Gleiche Strafe trifft die zur Beaufsichtigung und Bedienung der Telegraphenanstalten und ihrer Zubehörungen angestellten Personen, wenn sie durch Vernachlässigung der ihnen obliegenden Pflichten die Benutzung der Anstalt verhindern oder stören.

§. 319.

Wird einer der in den §§. 316. und 318. erwähnten Angestellten wegen einer der daselbst bezeichneten Handlungen verurtheilt, so kann derselbe zugleich für unfähig zu einer Beschäftigung im Eisenbahn- oder Telegraphendienste oder in bestimmten Zweigen dieser Dienste erklärt werden.

§. 320.

Die Vorsteher einer Eisenbahngesellschaft, sowie die Vorsteher einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanstalt, welche nicht sofort nach Mittheilung des rechtskräftigen Erkenntnisses die Entfernung des Verurtheilten bewirken, werden mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher für unfähig zum Eisenbahn- oder Telegraphendienste erklärt worden ist, wenn er sich nachher bei einer Eisenbahn oder Telegraphenanstalt wieder anstellen läßt, sowie diejenigen, welche ihn wieder angestellt haben, obgleich ihnen die erfolgte Unfähigkeitserklärung bekannt war.

§. 321.

Wer vorsätzlich Wasserleitungen, Schleusen, Wehre, Deiche, Dämme oder andere Wasserbauten oder Brücken, Fähren, Wege oder Schutzwehre zerstört oder beschädigt, oder in schiffbaren Strömen,

Flüssen oder Kanälen das Fahrwasser stört und durch eine dieser Handlungen Gefahr für das Leben oder die Gesundheit Anderer herbeiführt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Ist durch eine dieser Handlungen eine schwere Körperverletzung verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren und, wenn der Tod eines Menschen verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren ein.

§. 322.

Wer vorsätzlich ein zur Sicherung der Schifffahrt bestimmtes Feuerzeichen oder ein anderes zu diesem Zwecke aufgestelltes Zeichen zerstört, wegschafft oder unbrauchbar macht, oder ein solches Feuerzeichen auslöscht oder seiner Dienstpflicht zuwider nicht aufstellt, oder ein falsches Zeichen, welches geeignet ist, die Schifffahrt unsicher zu machen, aufstellt, insbesondere zur Nachtzeit auf der Strandhöhe Feuer anzündet, welches die Schifffahrt zu gefährden geeignet ist, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

Ist durch die Handlung die Strandung eines Schiffes verursacht worden, so tritt Zuchthausstrafe nicht unter fünf Jahren und, wenn der Tod eines Menschen verursacht worden ist, Zuchthausstrafe nicht unter zehn Jahren oder lebenslängliche Zuchthausstrafe ein.

§. 323.

Wer vorsätzlich die Strandung oder das Sinken eines Schiffes bewirkt und dadurch Gefahr für das Leben eines Anderen herbeiführt, wird mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

§. 324.

Wer vorsätzlich Brunnen- oder Wasserbehälter, welche zum Gebrauche Anderer dienen, oder Gegenstände, welche zum öffentlichen Verkaufe oder Verbrauche bestimmt sind, vergiftet oder denselben Stoffe beimischt, von denen ihm bekannt ist, daß sie die menschliche Gesundheit zu zerstören geeignet sind, ingleichen wer

solche vergiftete oder mit gefährlichen Stoffen vermischte Sachen wissentlich und mit Verschweigung dieser Eigenschaft verkauft, feilhält oder sonst in Verkehr bringt, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und, wenn durch die Handlung der Tod eines Menschen verursacht worden ist, mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren oder mit lebenslänglichem Zuchthaus bestraft.

§. 325.

Neben der nach den Vorschriften der §§. 306. bis 308. 311. bis 313. 315. 321. bis 324. erkannten Zuchthausstrafe kann auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden.

§. 326.

Ist eine der in den §§. 321. bis 324. bezeichneten Handlungen aus Fahrlässigkeit begangen worden, so ist, wenn durch die Handlung ein Schaden verursacht worden ist, auf Gefängniß bis zu Einem Jahre und, wenn der Tod eines Menschen verursacht worden ist, auf Gefängniß von Einem Monat bis zu drei Jahren zu erkennen.

§. 327.

Wer die Absperrungs- oder Aufsichts-Maßregeln oder Einfuhrverbote, welche von der zuständigen Behörde zur Verhütung des Einführens oder Verbreitens einer ansteckenden Krankheit angeordnet worden sind, wissentlich verletzt, wird mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Ist in Folge dieser Verletzung ein Mensch von der ansteckenden Krankheit ergriffen worden, so tritt Gefängnißstrafe von drei Monaten bis zu drei Jahren ein.

§. 328.

Wer die Absperrungs- oder Aufsichts-Maßregeln oder Einfuhrverbote, welche von der zuständigen Behörde zur Verhütung des Einführens oder Verbreitens von Viehseuchen angeordnet worden sind, wissentlich verletzt, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Ist in Folge dieser Verletzung Vieh von der Seuche ergriffen worden, so tritt Gefängnißstrafe von Einem Monat bis zu zwei Jahren ein.

§. 329.

Wer die mit einer Behörde geschlossenen Lieferungsverträge über Bedürfnisse des Heeres oder der Marine zur Zeit eines Krieges, oder über Lebensmittel zur Abwendung oder Beseitigung eines Nothstandes, vorsätzlich entweder nicht zur bestimmten Zeit oder nicht in der vorbedungenen Weise erfüllt, wird mit Gefängniß nicht unter sechs Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Liegt der Nichterfüllung des Vertrages Fahrlässigkeit zum Grunde, so ist, wenn durch die Handlung ein Schaden verursacht worden ist, auf Gefängniß bis zu zwei Jahren zu erkennen.

Dieselben Strafen finden auch gegen die Unterlieferanten, Vermittler und Bevollmächtigten des Lieferanten Anwendung, welche mit Kenntniß des Zweckes der Lieferung die Nichterfüllung derselben vorsätzlich oder aus Fahrlässigkeit verursachen.

§. 330.

Wer bei der Leitung oder Ausführung eines Baues wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst dergestalt handelt, daß hieraus für Andere Gefahr entsteht, wird mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Achtundzwanzigster Abschnitt.

Verbrechen und Vergehen im Amte.

§. 331.

Ein Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

§. 332.

Ein Beamter, welcher für eine Handlung, die eine Verletzung

einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, Geschenke oder andere Vortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird wegen Bestechung mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe ein.

§. 333.

Wer einem Beamten oder einem Mitgliede der bewaffneten Macht Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt, um ihn zu einer Handlung, die eine Verletzung einer Amts- oder Dienstpflicht enthält, zu bestimmen, wird wegen Bestechung mit Gefängniß bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann auf Geldstrafe bis zu fünfhundert Thalern erkannt werden.

§. 334.

Ein Richter, Schiedsrichter, Geschworener oder Schöffe, welcher Geschenke oder andere Vortheile fordert, annimmt oder sich versprechen läßt, um eine Rechtsache, deren Leitung oder Entscheidung ihm obliegt, zu Gunsten oder zum Nachtheile eines Betheiligten zu leiten oder zu entscheiden, wird mit Zuchthaus bestraft.

Derjenige, welcher einem Richter, Schiedsrichter, Geschworenen oder Schöffen zu dem vorbezeichneten Zwecke Geschenke oder andere Vortheile anbietet, verspricht oder gewährt, wird mit Zuchthaus bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe ein.

§. 335.

In den Fällen der §§. 331. bis 334. ist im Urtheile das Empfangene oder der Werth desselben für dem Staate verfallen zu erklären.

§. 336.

Ein Beamter oder Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtsache vorsätzlich zu Gunsten oder zum Nachtheile einer Partei einer Beugung des Rechtes schuldig macht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

§. 337.

Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, welcher zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschließung schreitet, bevor ihm nachgewiesen worden ist, daß eine Heirathsurkunde von dem Personenstandsbeamten aufgenommen sei, wird, wenn zur bürgerlichen Gültigkeit der Ehe die Aufnahme einer Heirathsurkunde erforderlich ist, mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

§. 338.

Ein Religionsdiener oder Personenstandsbeamter, welcher, wissend, daß eine Person verheirathet ist, eine neue Ehe derselben schließt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

§. 339.

Ein Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben Jemand zu einer Handlung, Duldung oder Unterlassung widerrechtlich nöthigt, wird mit Gefängniß bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

In den Fällen der §§. 106. 107. 167. und 253. tritt die daselbst angedrohte Strafe ein, wenn die Handlung von einem Beamten, wenn auch ohne Gewalt oder Drohung, aber durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder Androhung eines bestimmten Mißbrauchs derselben begangen ist.

§. 340.

Ein Beamter, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes vorsätzlich eine Körperverletzung begeht oder begehen läßt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf Einen Tag Gefängniß ermäßigt oder auf Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern erkannt werden.

Ist die Körperverletzung eine schwere, so ist auf Zuchthaus nicht unter zwei Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter drei Monaten ein.

§. 341.

Ein Beamter, welcher vorsätzlich, ohne hierzu berechtigt zu sein, eine Verhaftung oder vorläufige Ergreifung und Festnahme oder Zwangsgestellung vornimmt oder vornehmen läßt, oder die Dauer einer Freiheitsentziehung verlängert, wird nach Vorschrift des §. 239., jedoch mindestens mit Gefängniß von drei Monaten bestraft.

§. 342.

Ein Beamter, der in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Amtes einen Hausfriedensbruch (§. 123.) begeht, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern bestraft.

§. 343.

Ein Beamter, welcher in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse oder Ausagen zu erpressen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

§. 344.

Ein Beamter, welcher vorsätzlich zum Nachtheile einer Person, deren Unschuld ihm bekannt ist, die Eröffnung oder Fortsetzung einer Untersuchung beantragt oder beschließt, wird mit Zuchthaus bestraft.

§. 345.

Gleiche Strafe trifft den Beamten, welcher vorsätzlich eine Strafe vollstrecken läßt, von der er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht der Art oder dem Maße nach vollstreckt werden darf.

Ist die Handlung aus Fahrlässigkeit begangen, so tritt Gefängnißstrafe oder Festungshaft bis zu Einem Jahre oder Geldstrafe bis zu dreihundert Thalern ein.

§. 346.

Ein Beamter, welcher vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt oder bei Vollstreckung der Strafe mitzuwirken hat, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft, wenn er

in der Absicht, Jemand der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt, oder eine Handlung begeht, welche geeignet ist, eine Freisprechung oder eine dem Gesetze nicht entsprechende Bestrafung zu bewirken, oder die Vollstreckung der ausgesprochenen Strafe nicht betreibt, oder eine gelindere als die erkannte Strafe zur Vollstreckung bringt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Monat ein.

§. 347.

Ein Beamter, welcher einen Gefangenen, dessen Beaufsichtigung, Begleitung oder Bewachung ihm anvertraut ist, vorsätzlich entweichen läßt oder dessen Befreiung vorsätzlich bewirkt oder befördert, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Monat ein.

Ist die Entweichung durch Fahrlässigkeit befördert oder erleichtert worden, so tritt Gefängnißstrafe bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe bis zu zweihundert Thalern ein.

§. 348.

Ein Beamter, welcher, zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt, innerhalb seiner Zuständigkeit vorsätzlich eine rechtlich erhebliche Thatsache falsch beurkundet oder in öffentliche Register oder Bücher falsch einträgt, wird mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft.

Dieselbe Strafe trifft einen Beamten, welcher eine ihm amtlich anvertraute oder zugängliche Urkunde vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft, beschädigt oder verfälscht.

§. 349.

Wird eine der im §. 348. bezeichneten Handlungen in der Absicht begangen, sich oder einem Anderen einen Vermögensvortheil zu verschaffen oder einem Anderen Schaden zuzufügen, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren und zugleich auf Geldstrafe von funfzig bis zu Eintausend Thalern zu erkennen.

§. 350.

Ein Beamter, welcher Gelder oder andere Sachen, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen oder in Gewahrsam hat, unterschlägt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Der Versuch ist strafbar.

§. 351.

Hat der Beamte in Beziehung auf die Unterschlagung die zur Eintragung oder Kontrolle der Einnahmen oder Ausgaben bestimmten Rechnungen, Register oder Bücher unrichtig geführt, verfälscht oder unterdrückt, oder unrichtige Abschlüsse oder Auszüge aus diesen Rechnungen, Registern oder Büchern, oder unrichtige Beläge zu denselben vorgelegt, oder ist in Beziehung auf die Unterschlagung auf Fässern, Beuteln oder Packeten der Geldinhalt fälschlich bezeichnet, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

§. 352.

Ein Beamter, Advokat, Anwalt oder sonstiger Rechtsbeistand, welcher Gebühren oder andere Vergütungen für amtliche Verrichtungen zu seinem Vortheile zu erheben hat, wird, wenn er Gebühren oder Vergütungen erhebt, von denen er weiß, daß der Zahlende sie überhaupt nicht oder nur in geringerem Betrage verschuldet, mit Geldstrafe bis zu Einhundert Thalern oder mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Der Versuch ist strafbar.

§. 353.

Ein Beamter, welcher Steuern, Gebühren oder andere Abgaben für eine öffentliche Kasse zu erheben hat, wird, wenn er Abgaben, von denen er weiß, daß der Zahlende sie überhaupt

nicht oder nur in geringerem Betrage verschuldet, erhebt, und das rechtswidrig Erhobene ganz oder zum Theil nicht zur Kasse bringt, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Gleiche Strafe trifft den Beamten, welcher bei amtlichen Ausgaben an Geld oder Naturalien dem Empfänger vorsätzlich und rechtswidrig Abzüge macht und die Ausgaben als vollständig geleistet in Rechnung stellt.

§. 354.

Ein Postbeamter, welcher die der Post anvertrauten Briefe oder Packete in anderen, als den im Gesetze vorgesehenen Fällen eröffnet oder unterdrückt, oder einem Anderen wissentlich eine solche Handlung gestattet, oder ihm dabei wissentlich Hülfe leistet, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

§. 355.

Telegraphenbeamte oder andere mit der Beaufsichtigung und Bedienung einer zu öffentlichen Zwecken dienenden Telegraphenanstalt betraute Personen, welche die einer Telegraphenanstalt anvertrauten Depeschen verfälschen oder in anderen, als in den im Gesetze vorgesehenen Fällen eröffnen oder unterdrücken, oder von ihrem Inhalte Dritte rechtswidrig benachrichtigen, oder einem Anderen wissentlich eine solche Handlung gestatten oder ihm dabei wissentlich Hülfe leisten, werden mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

§. 356.

Ein Advokat, Anwalt oder ein anderer Rechtsbeistand, welcher bei den ihm vermöge seiner amtlichen Eigenschaft anvertrauten Angelegenheiten in derselben Rechtsache beiden Parteien durch Rath oder Beistand pflichtwidrig dient, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. ⁷

Handelt derselbe im Einverständnisse mit der Gegenpartei zum Nachtheile seiner Partei, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein.

§. 357.

Ein Amtsvorgesetzter, welcher seine Untergebenen zu einer strafbaren Handlung im Amte vorsätzlich verleitet oder zu ver-

leiten unternimmt, oder eine solche strafbare Handlung seiner Untergebenen wissentlich geschehen läßt, hat die auf diese strafbare Handlung angeordnete Strafe verwirkt.

Dieselbe Bestimmung findet auf einen Beamten Anwendung, welchem eine Aufsicht oder Kontrolle über die Amtsgeschäfte eines anderen Beamten übertragen ist, sofern die von diesem letzteren Beamten begangene strafbare Handlung die zur Aufsicht oder Kontrolle gehörenden Geschäfte betrifft.

§. 358.

Neben der nach Vorschrift der §§. 331. 339. bis 341. 352. bis 355. und 357. erkannten Gefängnißstrafe kann auf Verlust der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

§. 359.

Unter Beamten im Sinne dieses Strafgesetzes sind zu verstehen alle im Dienste des Bundes oder in unmittelbarem oder mittelbarem Dienste eines Bundesstaats, auf Lebenszeit, auf Zeit oder nur vorläufig angestellte Personen, ohne Unterschied, ob sie einen Diensteid geleistet haben oder nicht, ingleichen Notare, nicht aber Advokaten und Anwälte.

Neunundzwanzigster Abschnitt.

Uebertretungen.

§. 360.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern oder mit Haft wird bestraft:

- 1) wer ohne besondere Erlaubniß Risse von Festungen oder einzelnen Festungswerken aufnimmt oder veröffentlicht;
- 2) wer außerhalb seines Gewerbebetriebes heimlich oder wider das Verbot der Behörde Vorräthe von Waffen oder Schießbedarf aufammelt;

- 3) wer als beurlaubter Reservist oder Wehrmann der Land- oder Seewehr ohne Erlaubniß auswandert;
- 4) wer ohne schriftlichen Auftrag einer Behörde Stempel, Siegel, Stiche, Platten oder andere Formen, welche zur Anfertigung von Metall- oder Papiergeld, oder von solchen Papieren, welche nach §. 149. dem Papiergelde gleich geachtet werden, oder von Stempelpapier, öffentlichen Bescheinigungen oder Beglaubigungen dienen können, anfertigt oder an einen Anderen als die Behörde verabsolgt;
- 5) wer ohne schriftlichen Auftrag einer Behörde den Abdruck der in Nr. 4. genannten Stempel, Siegel, Stiche, Platten oder Formen, oder einen Druck von Formularen zu den daselbst bezeichneten öffentlichen Papieren, Beglaubigungen oder Bescheinigungen unternimmt, oder Abdrücke an einen Anderen, als die Behörde verabsolgt;
- 6) wer Waaren-Empfehlungskarten, Ankündigungen oder andere Drucksachen oder Abbildungen, welche in der Form oder Verzierung dem Papiergelde oder den dem Papiergelde nach §. 149. gleich geachteten Papieren ähnlich sind, anfertigt oder verbreitet, oder wer Stempel, Stiche, Platten oder andere Formen, welche zur Anfertigung von solchen Drucksachen oder Abbildungen dienen können, anfertigt;
- 7) wer unbefugt die Abbildung von Wappen eines Bundesfürsten zur Bezeichnung von Waaren auf Aushängeschildern oder Etiketten gebraucht;
- 8) wer unbefugt eine Uniform, eine Amtskleidung, ein Amtszeichen, einen Orden oder ein Ehrenzeichen trägt oder Titel, Würden oder Adelsprädikate annimmt, in gleichen wer sich eines ihm nicht zukommenden Namens einem zuständigen Beamten gegenüber bedient;
- 9) wer gesetzlichen Bestimmungen zuwider ohne Genehmigung der Staatsbehörde Aussteuer-, Sterbe- oder Wittwenkassen, Versicherungsanstalten oder andere dergleichen Ge-

- gesellschaften oder Anstalten errichtet, welche bestimmt sind, gegen Zahlung eines Einkaufsgeldes oder gegen Leistung von Geldbeiträgen beim Eintritte gewisser Bedingungen oder Fristen, Zahlungen an Kapital oder Rente zu leisten;
- 10) wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Noth von der Polizeibehörde oder deren Stellvertreter zur Hülfe aufgefordert, keine Folge leistet, obgleich er der Aufforderung ohne erhebliche eigene Gefahr genügen konnte;
 - 11) wer ungebührlicher Weise ruhestörenden Lärm erregt oder wer groben Unfug verübt;
 - 12) wer als Pfandleiher bei Ausübung seines Gewerbes den darüber erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt;
 - 13) wer öffentlich oder in Aergerniß erregender Weise Thiere hoshaft quält oder roh mißhandelt;
 - 14) wer unbefugt auf einem öffentlichen Wege, einer Straße, einem öffentlichen Plage oder in einem öffentlichen Versammlungsorte Glücksspiele hält.

In den Fällen der Nummern 1. 2. 4. 5. 6. und 14. kann neben der Geldstrafe oder der Haft auf Einziehung der Risse von Festungen oder Festungswerken, der Vorräthe von Waffen oder Schießbedarf, der Stempel, Siegel, Stiche, Platten oder anderen Formen, der Abdrücke oder Abbildungen oder der auf dem Spieltische oder in der Bank befindlichen Gelder erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht.

§. 361.

Mit Haft wird bestraft:

- 1) wer, nachdem er unter Polizei-Aufsicht gestellt worden ist, den in Folge derselben ihm auferlegten Beschränkungen zuwiderhandelt;
- 2) wer, nachdem er des Bundesgebietes oder des Gebietes eines Bundesstaats verwiesen ist, ohne Erlaubniß zurückkehrt;
- 3) wer als Landstreicher umherzieht;
- 4) wer bettelt oder Kinder zum Betteln anleitet oder aus-

schickt, oder Personen, welche seiner Gewalt und Aufsicht untergeben sind und zu seiner Hausgenossenschaft gehören, vom Betteln abzuhalten unterläßt;

- 5) wer sich dem Spiel, Trunk oder Müßiggang dergestalt hingibt, daß er in einen Zustand geräth, in welchem zu seinem Unterhalte oder zum Unterhalte derjenigen, zu deren Ernährung er verpflichtet ist, durch Vermittelung der Behörde fremde Hülfe in Anspruch genommen werden muß;
- 6) eine Weibsperson, welche, polizeilichen Anordnungen zuwider, gewerbsmäßig Unzucht treibt;
- 7) wer, wenn er aus öffentlichen Armenmitteln eine Unterstützung empfängt, sich aus Arbeitscheu weigert, die ihm von der Behörde angewiesene, seinen Kräften angemessene Arbeit zu verrichten;
- 8) wer nach Verlust seines bisherigen Unterkommens binnen der ihm von der zuständigen Behörde bestimmten Frist sich kein anderweitiges Unterkommen verschafft hat und auch nicht nachweisen kann, daß er solches der von ihm angewandten Bemühungen ungeachtet nicht vermocht habe.

§. 362.

Die nach Vorschrift des §. 361. Nr. 3. bis 8. Verurtheilten können zu Arbeiten, welche ihren Fähigkeiten und Verhältnissen angemessen sind, innerhalb und, sofern sie von anderen freien Arbeitern getrennt gehalten werden, auch außerhalb der Strafanstalt angehalten werden.

Bei der Verurtheilung zur Haft kann zugleich erkannt werden, daß die verurtheilte Person nach verbüßter Strafe der Landespolizeibehörde zu überweisen sei. Die Landespolizeibehörde erhält dadurch die Befugniß, die verurtheilte Person entweder bis zu zwei Jahren in ein Arbeitshaus unterzubringen oder zu gemeinnützigen Arbeiten zu verwenden. Im Falle des §. 361. Nr. 4. ist dieses jedoch nur dann zulässig, wenn der Verurtheilte in den letzten drei Jahren wegen dieser Uebertretung mehrmals rechts-

kräftig verurtheilt worden ist, oder wenn derselbe unter Drohungen oder mit Waffen gebettelt hat.

Ist gegen einen Ausländer auf Ueberweisung an die Landespolizeibehörde erkannt, so kann an Stelle der Unterbringung in ein Arbeitshaus Verweisung aus dem Bundesgebiete eintreten.

§. 363.

Wer, um Behörden oder Privatpersonen zum Zwecke seines besseren Fortkommens zu täuschen, Pässe, Militairabschiede, Wanderbücher oder sonstige Legitimationspapiere, Dienst- oder Arbeitsbücher oder sonstige auf Grund besonderer Vorschriften auszustellende Zeugnisse, sowie Führungs- oder Fähigkeitszeugnisse falsch anfertigt oder verfälscht, oder wissentlich von einer solchen falschen oder verfälschten Urkunde Gebrauch macht, wird mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern bestraft.

Gleiche Strafe trifft denjenigen, welcher zu demselben Zwecke von solchen für einen Anderen ausgestellten echten Urkunden, als ob sie für ihn ausgestellt seien, Gebrauch macht, oder welcher solche für ihn ausgestellte Urkunden einem Anderen zu dem gedachten Zwecke überläßt.

§. 364.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern wird bestraft, wer wissentlich schon einmal verwendetes Stempelpapier nach gänzlicher oder theilweiser Entfernung der darauf gesetzten Schriftzeichen oder schon einmal verwendete Stempelmarken, Stempelblankette oder ausgechnittene oder sonst abgetrennte Stempelabdrücke der im §. 276. bezeichneten Art veräußert oder feilhält.

§. 365.

Wer in einer Schankstube oder an einem öffentlichen Vergnügungsorte über die gebotene Polizeistunde hinaus verweilt, ungeachtet der Wirth, sein Vertreter oder ein Polizeibeamter ihn zum Fortgehen aufgefordert hat, wird mit Geldstrafe bis zu fünf Thalern bestraft.

Der Wirth, welcher das Verweilen seiner Gäste über die

gebotene Polizeistunde hinaus duldet, wird mit Geldstrafe bis zu zwanzig Thalern oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen bestraft.

§. 366.

Mit Geldstrafe bis zu zwanzig Thalern oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:

- 1) wer den gegen die Störung der Feier der Sonn- und Festtage erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt;
- 2) wer in Städten oder Dörfern übermäßig schnell fährt oder reitet, oder auf öffentlichen Straßen oder Plätzen der Städte oder Dörfer mit gemeiner Gefahr Pferde einfährt oder zureitet;
- 3) wer auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen das Vorbeifahren Anderer muthwillig verhindert;
- 4) wer in Städten mit Schlitten ohne feste Deichsel oder ohne Geläute oder Schelle fährt;
- 5) wer Thiere in Städten oder Dörfern, auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen, oder an anderen Orten, wo sie durch Ausreißen, Schlagen oder auf andere Weise Schaden anrichten können, mit Vernachlässigung der erforderlichen Sicherheitsmaßregeln stehen läßt oder führt;
- 6) wer Hunde auf Menschen heßt;
- 7) wer Steine oder andere harte Körper oder Unrath auf Menschen, auf Pferde oder andere Zug- oder Lastthiere, gegen fremde Häuser, Gebäude oder Einschließungen, oder in Gärten oder eingeschlossene Räume wirft;
- 8) wer nach einer öffentlichen Straße oder nach Orten hinaus, wo Menschen zu verkehren pflegen, Sachen, durch deren Umstürzen oder Herabfallen Jemand beschädigt werden kann, ohne gehörige Befestigung aufstellt oder aufhängt, oder Sachen auf eine Weise ausgießt oder auswirft, daß dadurch die Vorübergehenden beschädigt oder verunreinigt werden können;
- 9) wer auf öffentlichen Wegen, Straßen oder Plätzen Gegenstände, durch welche der freie Verkehr gehindert wird, aufstellt, hinlegt oder liegen läßt;
- 10) wer die zur Erhaltung der Sicherheit, Bequemlichkeit,

Reinlichkeit und Ruhe auf den öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen erlassenen Polizeiverordnungen übertritt.

§. 367.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern oder mit Haft wird bestraft:

- 1) wer ohne Vorwissen der Behörde einen Leichnam beerdigt oder bei Seite schafft, oder wer unbefugt einen Theil einer Leiche aus dem Gewahrsam der dazu berechtigten Personen wegnimmt;
- 2) wer den polizeilichen Anordnungen über vorzeitige Beerdigungen entgegenhandelt;
- 3) wer ohne polizeiliche Erlaubniß Gift oder Arzeneien, soweit der Handel mit denselben nicht freigegeben ist, zubereitet, feilhält, verkauft oder sonst an Andere überläßt;
- 4) wer ohne die vorgeschriebene Erlaubniß Schießpulver oder andere explodirende Stoffe oder Feuerwerke zubereitet;
- 5) wer bei der Aufbewahrung oder bei der Beförderung von Giftwaaren, Schießpulver oder anderen explodirenden Stoffen oder Feuerwerken, oder bei Ausübung der Befugniß zur Zubereitung oder Feilhaltung dieser Gegenstände, sowie der Arzeneien die deshalb ergangenen Verordnungen nicht befolgt;
- 6) wer Waaren, Materialien oder andere Vorräthe, welche sich leicht von selbst entzünden oder leicht Feuer fangen, an Orten oder in Behältnissen aufbewahrt, wo ihre Entzündung gefährlich werden kann, oder wer Stoffe, die nicht ohne Gefahr einer Entzündung bei einander liegen können, ohne Absonderung aufbewahrt;
- 7) wer verfälschte oder verdorbene Getränke oder Schwaaren, insbesondere trichinienhaltiges Fleisch feilhält oder verkauft;
- 8) wer ohne polizeiliche Erlaubniß an bewohnten oder von Menschen besuchten Orten Selbstgeschosse, Schlageisen oder Fußangeln legt, oder an solchen Orten mit Feuerwwehr oder anderem Schießwerkzeuge schießt;
- 9) wer einem gesetzlichen Verbot zuwider Stoß-, Hieb- oder

- Schusswaffen, welche in Stöcken oder Röhren oder in ähnlicher Weise verborgen sind, feilhält oder mit sich führt;
- 10) wer bei einer Schlägerei, in welche er nicht ohne sein Verschulden hineingezogen worden ist, oder bei einem Angriff sich einer Schuß-, Stich- oder Hiebwaaffe oder eines anderen gefährlichen Instruments bedient;
 - 11) wer ohne polizeiliche Erlaubniß gefährliche wilde Thiere hält, oder wilde oder bössartige Thiere frei umherlaufen läßt, oder in Ansehung ihrer die erforderlichen Vorsichtsmaßregeln zur Verhütung von Beschädigungen unterläßt;
 - 12) wer auf öffentlichen Straßen, Wegen oder Plätzen, auf Höfen, in Häusern und überhaupt an Orten, an welchen Menschen verkehren, Brunnen, Keller, Gruben, Oeffnungen oder Abhänge dergestalt unverdeckt oder unverwahrt läßt, daß daraus Gefahr für Andere entstehen kann;
 - 13) wer trotz der polizeilichen Aufforderung es unterläßt, Gebäude, welche den Einsturz drohen, auszubessern oder niederzureißen;
 - 14) wer Bauten oder Ausbesserungen von Gebäuden, Brunnen, Brücken, Schleusen oder anderen Bauwerken vornimmt, ohne die von der Polizei angeordneten oder sonst erforderlichen Sicherungsmaßregeln zu treffen;
 - 15) wer als Bauherr, Baumeister oder Bauhandwerker einen Bau oder eine Ausbesserung, wozu die polizeiliche Genehmigung erforderlich ist, ohne diese Genehmigung oder mit eigenmächtiger Abweichung von dem durch die Behörde genehmigten Bauplane ausführt oder ausführen läßt.

In den Fällen der Nummern 7. bis 9. kann neben der Geldstrafe oder der Haft auf die Einziehung der verfälschten oder verdorbenen Getränke oder Esmaaren, ingleichen der Selbstgeschosse, Schlageisen oder Fuchangeln, sowie der verbotenen Waffen erkannt werden, ohne Unterschied, ob sie dem Verurtheilten gehören oder nicht.

§. 368.

Mit Geldstrafe bis zu zwanzig Thalern oder mit Haft bis zu vierzehn Tagen wird bestraft:

- 1) wer den polizeilichen Anordnungen über die Schließung der Weinberge zuwiderhandelt;
- 2) wer das durch gesetzliche oder polizeiliche Anordnungen gebotene Raupen unterläßt;
- 3) wer ohne polizeiliche Erlaubniß eine neue Feuerstätte errichtet oder eine bereits vorhandene an einen anderen Ort verlegt;
- 4) wer es unterläßt, dafür zu sorgen, daß die Feuerstätten in seinem Hause in baulichem und brandsicherem Zustande unterhalten, oder daß die Schornsteine zur rechten Zeit gereinigt werden;
- 5) wer Scheunen, Ställe, Böden oder andere Räume, welche zur Aufbewahrung feuerfangender Sachen dienen, mit unverwahrtem Feuer oder Licht betritt, oder sich denselben mit unverwahrtem Feuer oder Licht nähert;
- 6) wer an gefährlichen Stellen in Wäldern oder Haiden oder in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen Feuer anzündet;
- 7) wer in gefährlicher Nähe von Gebäuden oder feuerfangenden Sachen mit Feuegewehr schießt oder Feuerwerke abbrennt;
- 8) wer die polizeilich vorgeschriebenen Feuerlöschgeräthschaften überhaupt nicht oder nicht in brauchbarem Zustande hält oder andere feuerpolizeiliche Anordnungen nicht befolgt;
- 9) wer unbefugt über Gärten oder Weinberge, oder vor beendeter Ernte über Wiesen oder bestellte Aecker, oder über solche Aecker, Wiesen, Weiden oder Schonungen, welche mit einer Einfriedigung versehen sind, oder deren Betreten durch Warnungszeichen untersagt ist, oder auf einem durch Warnungszeichen geschlossenen Privatwege geht, fährt, reitet oder Vieh treibt;
- 10) wer ohne Genehmigung des Jagdberechtigten oder ohne sonstige Befugniß auf einem fremden Jagdgebiete außerhalb des öffentlichen, zum gemeinen Gebrauche bestimmten

Weges, wenn auch nicht jagend, doch zur Jagd ausgerüstet, betroffen wird;

- 11) wer unbefugt Eier oder Junge von jagdbarem Federwild oder von Singvögeln ausnimmt.

§. 369.

Mit Geldstrafe bis zu dreißig Thalern oder mit Haft bis zu vier Wochen werden bestraft:

- 1) Schlosser, welche ohne obrigkeitliche Anweisung oder ohne Genehmigung des Inhabers einer Wohnung Schlüssel zu Zimmern oder Behältnissen in der letzteren anfertigen oder Schlösser an denselben öffnen, ohne Genehmigung des Hausbesizers oder seines Stellvertreters einen Hausschlüssel anfertigen, oder ohne Erlaubniß der Polizeibehörde Nachschlüssel oder Dietriche verabsolgen;
- 2) Gewerbtreibende, bei denen ein zum Gebrauche in ihrem Gewerbe geeignetes, mit dem Stempel eines Norddeutschen Eichungsamtes nicht versehenes Maß oder Gewicht, oder eine unrichtige Waage vorgefunden wird, oder welche sich einer anderen Verletzung der Vorschriften über die Maß- und Gewichtspolizei schuldig machen;
- 3) Gewerbtreibende, welche in Feuer arbeiten, wenn sie die Vorschriften nicht befolgen, welche von der Polizeibehörde wegen Anlegung und Verwahrung ihrer Feuerstätten, sowie wegen der Art und der Zeit, sich des Feuers zu bedienen, erlassen sind.

Im Falle der Nr. 2. ist neben der Geldstrafe oder der Haft auf die Einziehung des ungeeichten Maßes und Gewichtes, sowie der unrichtigen Waage zu erkennen.

§. 370.

Mit Geldstrafe bis zu fünfzig Thalern oder mit Haft wird bestraft:

- 1) wer unbefugt ein fremdes Grundstück, einen öffentlichen oder Privat-Weg oder einen Grenzrain durch Abgraben oder Abpflügen verringert;
- 2) wer unbefugt von öffentlichen oder Privat-Wegen Erde, Steine oder Rasen, oder aus Grundstücken, welche einem

Anderen gehören, Erde, Lehm, Sand, Grand oder Mergel gräbt, Plaggen oder Bülden haut, Rasen, Steine, Mineralien, zu deren Gewinnung es einer Verleihung, einer Konzession oder einer Erlaubniß der Behörde nicht bedarf, oder ähnliche Gegenstände wegnimmt;

3) wer von einem zum Dienststande gehörenden Unteroffizier oder Gemeinen des Heeres oder der Marine ohne die schriftliche Erlaubniß des vorgesetzten Kommandeurs Montirungs- oder Armaturstücke kauft oder zum Pfande nimmt;

4) wer unberechtigt fischt oder krebst;

5) wer Nahrungs- oder Genußmittel von unbedeutendem Werthe oder in geringer Menge zum alsbaldigen Verbräuche entwendet.

Eine Entwendung, welche von Verwandten aufsteigender Linie gegen Verwandte absteigender Linie oder von einem Ehegatten gegen den anderen begangen worden ist, bleibt straflos;

6) wer Getreide oder andere zur Fütterung des Viehes bestimmte oder geeignete Gegenstände wider Willen des Eigenthümers wegnimmt, um dessen Vieh damit zu füttern.

In den Fällen der Nr. 4. 5. und 6. tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

Sachregister.

A.

- Abbildung**, strafbare Abbildungen und die dazu gebrauchten Platten und Formen sollen unbrauchbar gemacht werden §§. 41. 42. Verkauf, Ausstellung und Verbreitung unzüchtiger Abbildungen §. 184; desgl. beleidigender Abbildungen §§. 186. 187. 200. Abbildungen, welche dem Papiergelde ähnlich sind §. 360. Nr. 6. Einziehung dieser Abdrücke §. 360. Schlußsatz. Abbildung der Wappen eines Bundesfürsten zur Bezeichnung von Waaren §. 360. Nr. 7.
- Abdruck**, unbefugter Abdruck von Stempeln, Siegeln, Platten, Formen u. §. 360. Nr. 5. Einziehung der Abdrücke §. 360. Schlußsatz.
- Abgaben**, widerrechtliche Erhebung derselben §§. 353. 358. f. auch Steuerkonventionen.
- Abgeordnete**, f. Landtag.
- Abgraben** (Abpflügen), Verringerung eines fremden Grundstücks, eines Weges oder Grenzraums durch Abgraben oder Abpflügen §. 370. Nr. 1.
- Abreißen** öffentlicher Bekanntmachungen und Anzeigen §. 134. Ablösen amtlicher Siegel §. 136.
- Abperrungsmaßregeln** zur Verhütung ansteckender Krankheiten und Viehseuchen, Verletzung derselben §§. 327. 328.
- Abtreibung** der Leibesfrucht §§. 218—220.
- Adel**, unbefugtes Gehen, Reiten und Fahren über fremde Aecker §. 368. Nr. 9.
- Adel**, unbefugte Annahme von Adelsprädikaten §. 360. Nr. 8.
- Adoptiveltern**, Bestrafung derselben wegen Unzucht mit ihren Kindern §. 174. Nr. 1. Adoptiveltern werden zu den Angehörigen gerechnet §. 52. f. Angehörige, Eltern.
- Advokaten**, strafbare Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300. Widerrechtliche Erhebung von Gebühren §§. 352. 358. Bestrafung der Advokaten, wenn sie in einer Rechtsache beiden Parteien mit Rath und Beistand dienen §. 356. Advokaten sind nicht als öffentliche Beamte anzusehen §. 359. f. Anwälte.
- Advokatur**, gilt als ein öffentliches Amt §. 31. f. Amt.
- Aeltern**, f. Eltern.
- Aerzte**, Unzucht derselben in Kranken-, Armen- und Gefangen-Anstalten §. 174. Nr. 3. Die beim Zweikampfe zugezogenen Aerzte und Wundärzte sind straflos §. 209. Ausstellung und Gebrauch falscher ärztlicher Zeugnisse §§. 277—280. Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300.
- Affekt**, f. Zorn (§. 213.).
- Akten**, Bestrafung desjenigen, welcher geheime Akten an eine andere Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht §. 92. Nr. 1; welcher amtliche Akten beschädigt oder vernichtet §. 133.
- Aktien**, Nachmachung und Verfälschung derselben §§. 149. 360. Nr. 6 und Schlußsatz.

Alter, Einfluß desselben auf die Strafbarkeit §§. 55—57. 173 **Schlusssatz**.
f. Kinder, Jugendliche Personen.

Amte. 1. Was unter öffentlichen Aemtern begriffen ist §. 31. **Schlusssatz**.

2. Dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter in Folge begangener Verbrechen §§. 31. 36. Zeitige Unfähigkeit §§. 35. 36. Unfähigkeit zur Erlangung eines Amtes §. 34. Nr. 3. Unfähigkeit zum Eisenbahn- und Telegraphendienst §§. 319. 320.

Auf zeitige Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter kann erkannt werden bei: Theilnahme eines Beamten an verbotenen Verbindungen §§. 128. 129; Annahme von Geschenken §. 331; Mißbrauch der Amtsgewalt §§. 339—341; Ueberhebung von Gebühren §. 353; Eröffnung von Briefen §. 354; Fälschung telegraphischer Depeschen §. 355; gegen Amtsvorgesetzte, welche ihre Untergebenen zu strafbaren Handlungen verleiten §§. 357. 358.

3. Verlust des Amtes in Folge begangener Verbrechen §§. 33. 35. Auf Verlust des Amtes kann erkannt werden bei: Hochverrath §§. 81. 83. 84; Landesverrath §§. 87—91; Beleidigung des Landesherrn §§. 94. 95.

Der Verlust des Amtes kann in den besonderen Strafgesetzen eines Bundesstaats angedroht werden Einf.-Ges. §. 5.

4. Unbefugte Ausübung eines Amtes §. 132. Beleidigung der Behörden, Beamten, Geistlichen, Militärpersonen in der Ausübung ihres Berufs §. 196. Leichte Körperverletzung von Beamten zc. §. 232. f. auch Beamte.

Amtsgeheimnisse, f. Geheimnisse.

Amtsgewalt, Mißbrauch derselben §. 339.

Amtskleidung (Amtszeichen), unbefugtes Tragen derselben §. 360. Nr. 8.

Amtslokal, f. Dienträume.

Angehörige, wer darunter zu verstehen §. 52. Diebstahl und Unterschlagung gegen Angehörige §. 247. Begünstigung eines Verbrechens oder Vergehens durch Angehörige §. 257. Fehlerlei durch Angehörige §. 258. Betrug gegen Angehörige §. 263. f. auch Ehegatten, Eltern, Kinder, Geschwister.

Angriff, beim Widerstande gegen Beamte in Ausübung ihres Amtes §. 113; insbesondere gegen Forst- und Jagdbeamte, Forst- und Jagdberechtigte §. 117. Strafe, wenn dabei eine Körperverletzung verursacht worden §. 118. Angriff der Gefangenen gegen die Anstaltsbeamten §. 122.

Bestrafung desjenigen, welcher sich bei einem Angriff einer Schuß-, Stich- oder Hiebwaffe bedient §. 367. Nr. 10. Strafe, wenn bei einer Schlägerei durch einen von Mehreren gemachten Angriff der Tod eines Menschen oder eine schwere Körperverletzung herbeigeführt worden ist §. 227.

Abwehr des Angriffs (Nothwehr) §. 53.

Ankauf gestohlener, geraubter und unterschlagener Sachen §. 259. Ankauf von Montirungs- und Armaturstücken §. 370. Nr. 3.

Anfälschungen, welche dem Papiergelde ähnlich sind, Anfertigung und Verbreitung derselben §. 360. Nr. 6 und **Schlusssatz**.

Anlagen, Beschädigung der zum Nutzen oder zur Verschönerung öffentlicher Anlagen dienenden Gegenstände §. 304.

Anreizung der Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten §. 112. Anreizung zu Gewaltthätigkeiten §. 130; zum Zweikampf §. 210.

Anschlag, Aufforderung zum Hochverrath durch öffentlichen Anschlag §. 85; desgl. zum Ungehorsam gegen die Gesetze und gegen die Anordnungen der Obrigkeit §. 110; desgl. zu einer anderen strafbaren Handlung §. 111. Anschlag unzüchtiger Abbildungen §. 184.

Anschuldigung, Bestrafung falscher Anschuldigung §§. 164. 165.

Anstalten, Unzucht der Beamten und Aerzte in Kranken-, Armen- und ähnlichen Anstalten §. 174. Nr. 3. Unbefugte Errichtung von Renten-, Versicherungs- und ähnlichen Anstalten §. 360. Nr. 9.

Anstedeung, f. Krankheit, Viehseuche.

Anstifter einer strafbaren Handlung, Bestrafung desselben §§. 48. 50. 111.

Antrag auf Bestrafung, allgemeine Bestimmungen §§. 61—65. Antrag auf Bestrafung, wenn das Verbrechen im Auslande begangen ist §. 4. Schlußsatz; §. 5. Nr. 3.

Nur auf Antrag tritt Verfolgung ein: bei Beleidigungen §§. 189. 194—196; insbesondere bei Beleidigung fremder Landesherren und Regenten §. 103; fremder Gesandten und Geschäftsträger §. 104; ferner bei feindlichen Handlungen gegen fremde Staaten und Landesherren §. 102; Hausfriedensbruch §. 123; Täuschung bei Eingehung einer Ehe §. 170; Ehebruch §. 172; Unzucht und Nothzucht §§. 176. 177; Verleitung zum Beischlaf §§. 179. 182; Körperverletzung §. 232; Entführung §§. 236. 237; Drohungen, Nöthigung durch Gewalt §§. 240. 241; Diebstahl und Betrug unter Eltern, Kindern, Ehegatten *zc.* §§. 247. 263; Vereitelung der Zwangsvollstreckung §. 288; Wegnahme eigner Sachen aus dem Besitze des Pfandgläubigers, Kuznießers *zc.* §. 289; bei unbefugtem Sagen §. 292; Eröffnung versiegelter Briefe und Urkunden §. 299; Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300; Kreditgeben an Minderjährige §§. 301. 302; bei Beschädigung fremder Sachen §. 303; Entwendung von Nahrungsmitteln, Futterdiebstahl, bei unbefugtem Fischen und Krebsen §. 370. Nr. 4—6. Schlußsatz.

f. auch Ermächtigung.

Anwalte, widerrechtliche Erhebung von Gebühren §§. 352. 358. Bestrafung der Anwalte, wenn sie in einer Rechtsache beiden Parteien Rath und Beistand gewähren §. 356. Anwalte sind nicht als öffentliche Beamte anzusehen §. 359. f. auch Advokaten.

Anwaltschaft, gilt als ein öffentliches Amt §. 31. f. Amt.

Anwerben zum Militärdienste einer ausländischen Macht §. 141.

Anzeigen, Abreißen und Beschädigen öffentlicher Anzeigen §. 134.

Wer von dem Vorhaben eines Hochverraths, Landesverraths, Vordes, Raubes *zc.* Kenntniß erhält, muß Anzeige davon machen §. 139.

Anzeigen der Beamten, wenn sie Beleidigungen enthalten §. 193.

Apotheker, Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300. f. auch Arznei, Gift.

Arbeit, in den Strafanstalten §. 15; in den Gefängnissen §. 17. Landstreicher, Bettler und Müßiggänger *zc.* können zu gemeinnützigen Arbeiten angehalten werden §. 362. Forstarbeit, Gemeinbearbeit findet auch ferner statt Eins.-Ges. §. 6.

Arbeitsbücher, Anfertigung und Gebrauch falscher Arbeitsbücher §. 363.

Arbeitshaus, Einsperrung der Landstreicher, Bettler, Müßiggänger *zc.* in ein Arbeitshaus §. 362.

Arbeitssteden, Bestrafung derselben §. 361. Nr. 7. Einsperrung der Arbeitssteden in ein Arbeitshaus §. 362. f. auch Müßiggang.

Armaturstücke, Bestrafung desjenigen, welcher Armaturstücke von einem Unteroffizier oder Soldaten kauft oder zum Pfande nimmt §. 370. Nr. 3.

Armee, f. Bundesheer, Bundesmarine.

Armenanstalten, f. Anstalten.

Artillerie, f. Munition (§. 291.).

Arznei, unbefugte Zubereitung und Verkauf von Arzneien §. 367. Nr. 3. 5. Arzt, f. Aerzte.

Abszendenten, s. Eltern.

Attest, s. Zeugniß (§§. 277—280.), Bescheinigung (§. 360. Nr. 4. 5.).

Aufforderung zu hochverrätherischen Unternehmungen §. 85. Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Befehle und gegen die Anordnungen der Obrigkeit §. 110. Aufforderung zu einer anderen strafbaren Handlung §. 111. Aufforderung der Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten §. 112.

Auflass, Begriff und Strafe §. 116.

Aufbruch, Begriff und Strafe §§. 115. 116. Brandstiftung, um einen Aufbruch zu erregen §. 307. Nr. 2. §. 315; im Fall eines Krieges oder der Erklärung in den Kriegszustand Einf.-Ges. §. 4.

Aufstand, Erregung eines Aufstandes unter den Truppen im Kriege §. 90. Nr. 6. Einf.-Ges. §. 4.

Aufstellen, gefährliches Aufstellen von Sachen §. 366. Nr. 8.

Auktionatoren, s. Versteigerer (§. 266. Nr. 3.).

Ausbesserung von Gebäuden, welche den Einsturz drohen, Unterlassung derselben §. 367. Nr. 13. Ausbesserung von Gebäuden, Brunnen, Brücken, Schloten u. ohne Sicherungsmaßregeln §. 367. Nr. 14.

Ausbruch, gewaltsamer Ausbruch der Gefangenen §. 122.

Ausgießen auf die Straße hinaus §. 366. Nr. 8. 9.

Ausland, was unter Ausland zu verstehen ist §. 8. Bestrafung der im Auslande begangenen Verbreden und Vergehen §§. 4. 5; der Uebertretungen §. 6. Anrechnung der im Auslande vollzogenen Strafe §. 7. Einleitung eines neuen Strafverfahrens im Bundesgebiete, wenn es sich um den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte handelt §. 37.

Verbindung mit einer auswärtigen Regierung zur Vorbereitung eines Hochverraths §. 84; desgl. zum Landesverrath §. 87. Feindliche Handlungen im Auslande gegen befreundete Staaten §. 102. Anwerben eines Norddeutschen zum Militairdienste einer ausländischen Macht §. 141. Entführung eines Menschen, um ihn in auswärtige Kriegs- oder Schiffsdienste zu bringen §. 234.

Nachmachung, Verfälschung und Einführung ausländischen Metall- und Papiergeldes §§. 146. 147. Bestrafung der Schiffseute, welche im Auslande mit der Feuer entlaufen, oder sich verborgen halten §. 298.

Ausländer, Bestrafung derselben für die im Bundesgebiete begangenen strafbaren Handlungen §. 3; insbesondere wegen Landesverraths im Kriege §. 91; desgl. für feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten §. 102; ferner wegen gewerbmäßigen Glückspiels §. 284.

Bestrafung der Ausländer für die im Auslande begangenen Verbreden und Vergehen §. 4. Nr. 1.

Verweisung eines unter Polizei-Aufsicht stehenden Ausländers aus dem Bundesgebiete §. 39. Nr. 2. Verweisung eines Ausländers wegen gewerbmäßigen Glückspiels §. 284; desgl. wegen Bettlei, Müßigganges, Landstreichens u. §. 362. Bestrafung der aus dem Bundesgebiete oder dem Gebiete eines Bundesstaats verwiesenen Ausländer im Fall der Rückkehr §. 361. Nr. 2.

Schutz ausländischer Fabrikanten und Kaufleute gegen Mißbrauch ihrer Firma oder ihres Namens bei Waarenbezeichnungen §. 287.

Auslieferung eines Norddeutschen §. 9.

Aussetzung eines Kindes oder einer hilflosen Person §. 221. Entführung eines Menschen, um ihn hilflos auszusetzen §. 234.

Ausstellung, Veranstaltung öffentlicher Ausstellungen §. 286.

Ausstellung, Aufforderung zu hochverrätherischen Unternehmungen durch öffentliche Ausstellung von Schriften und Darstellungen §. 85; desgl. zum

- Angehorsam gegen die Gesetze und gegen die Anordnungen der Obrigkeit §. 110; desgl. zu einer anderen strafbaren Handlung §. 111. Ausstellung unzüchtiger Schriften und Abbildungen §. 184.
- Aussteuerklasse**, unbefugte Errichtung derselben §. 360 Nr. 9.
- Auswanderung**, um sich dem Militairdienste zu entziehen §. 140. Verleitung Anderer zum Auswandern §. 144. Auswanderung von Reservisten und Landwehrmännern ohne Erlaubniß §. 360. Nr. 3.
- Auswerfen** von Sachen auf die StraÙe hinaus §. 366. Nr. 8.

B.

- Banden**, Diebstahl und Raub in Banden §. 243. Nr. 6; §. 250. Nr. 2.
- Bankerutt**, betrüglicher §§. 281. 282. Einfacher Bankerutt §. 283. f. auch Konkurs.
- Bankhalten**, f. Glücksspiel (§§. 284. 285. 360. Nr. 14. und Schlusßsatz).
- Banknoten**, Nachmachung und Verfälschung derselben §. 149. Anfertigung von Empfehlungskarten und Abbildungen, welche den Banknoten ähnlich sind §. 360. Nr. 6. Einziehung derselben §. 360. Schlusßsatz.
- Baumaterialien**, Anzündung derselben mit gemeiner Gefahr §§. 308—310. 325.
- Baumeister**, (Bauherr, Bauhandwerker), Bestrafung derselben wegen ordnungswidriger Ausführung eines Baues §§. 330. 367. Nr. 15.
- Bauten**, ordnungswidrige Ausführung eines Baues §. 330. Uebertretungen gegen baupolizeiliche Anordnungen §. 367. Nr. 13—15.
- Bauwerk**, Zerstörung eines fremden Bauwerks §. 305. Ausbesserung eines Bauwerks ohne die erforderlichen Sicherungsmaßregeln §. 367. Nr. 14. f. Gebäude.
- Beamte**, wer darunter zu verstehen §. 359.
- Verbrechen und Vergehen der Beamten §§. 331—358. Bestrafung derselben wegen Theilnahme an geheimen und strafbaren Verbindungen §§. 128. 129. Anzucht der Beamten mit Personen, die ihrer Obhut anvertraut sind §. 174. Nr. 2. 3. Bestrafung eines Beamten wegen fahrlässiger Tödtung §. 222; desgl. wegen fahrlässiger Körperverletzung §§. 230. 232.
- Verficherung eines Beamten auf seinen Dienst wird der Ableistung eines Eides gleich geachtet §. 155. Nr. 3. Anzeigen und Urtheile der Beamten, wenn sie Beleidigungen enthalten §. 193.
- Widerstand gegen Beamte bei Ausübung ihres Amtes §. 113. Nöthigung eines Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung §. 114. Beleidigung eines Beamten §. 196. f. auch Eisenbahn-, Kassen-, Post- Telegraphenbeamte, Richter; desgl. Amt.
- Beeridigung** eines Leichnams ohne Vorwissen der Behörde §. 367. Nr. 1. Vorzeitige Beeridigung §. 367. Nr. 2.
- Befreundete Staaten**, feindliche Handlungen gegen dieselben §§. 102—104.
- Begünstigung** eines Verbrechens oder Vergehens §. 257; insbesondere eines Diebstahls unter Eltern und Kindern, Ehegatten u. §§. 247. 289. Der Antrag auf Bestrafung gilt auch gegen den Begünstiger §. 63. f. auch Hülfe, Theilnahme.
- Behauptung** erdichteter oder entstellter Thatsachen über Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit §. 131. Behauptung beleidigender und verächtlicher Thatsachen über Andere §§. 186—191.
- Behörde**, Nöthigung einer Behörde zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung §. 114. Beleidigung einer Behörde §. 196. Täuschung der Behörden durch falsche ärztliche Atteste §§. 277—280.
- Beischlaf** zwischen Eltern und Kindern, Geschwistern u. §. 173. Beischlaf mit bewußtlosen oder geisteskranken Frauenpersonen §. 176. Nr. 2. Nöthigung zum Beischlaf durch Gewalt und Drohung §. 177. Ver-

- leitung zum Beischlaf durch Vorspiegelung einer Trauung *z.* §. 178. Verführung eines unbescholtenen Mädchens unter 16 Jahren zum Beischlaf §. 182.
- Beistand**, Unfähigkeit gerichtlicher Beistand zu sein, wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 6. *f.* auch Rechtsbeistand. Beistand bei Verübung strafbarer Handlungen, *f.* Hülfe, Gehülfe.
- Bekanntmachung** von Staatsgeheimnissen, geheimen Urkunden, Nachrichten *z.* §. 92. Nr. 1.
- Abreißen und Beschädigung öffentlicher Bekanntmachungen §. 134.
- Bekanntmachung des Strafurtheils bei falscher Anschuldigung §. 165; bei Beleidigungen §. 200.
- Beleidigung** §§. 185—200. Beleidigung des Landesherrn §. 95; des Regenten oder eines Mitgliedes des landesherrlichen Hauses §. 97. Beleidigung eines Bundesfürsten §. 99; im Auslande §. 4. Nr. 2. Beleidigung des Regenten eines Bundesstaats §. 101. Beleidigung fremder Landesherren und Regenten §. 103. Beleidigung fremder Gesandten und Geschäftsträger §. 104. Beleidigung der Behörden, Beamten, Religionsdiener *z.* §. 196; der gesetzgebenden Versammlungen des Bundes, des Zollvereins oder eines Bundesstaats *z.* §. 197.
- Beleidigung der Ehefrau und der Kinder §. 195. Beschimpfung eines Verstorbenen §. 189.
- Thätliche Beleidigung §. 185. Dessenliche Beleidigung durch Verbreitung von Schriften, Abbildungen *z.* §. 186. Verleumderische Beleidigung §. 187. Wechselseitige Beleidigung §. 198. Erwidrerung der Beleidigung §. 199; mit Körperverletzung §. 233.
- Beleidigungen werden nur auf Antrag bestraft §§. 189. 194—198. Dessenliche Bekanntmachung der Strafe §. 200. Buße §. 188.
- Bergwerk**, Brandstiftung an einem Bergwerk §§. 308—310. 325.
- Beruf**, Beleidigung der Behörden, Beamten, Geistlichen, Militärpersonen in ihrem Beruf §. 196; leichte Körperverletzung der vorgedachten Personen in ihrem Beruf §. 232. *f.* auch Amt.
- Beschädigung** (Zerstörung) öffentlicher Bekanntmachungen, Verordnungen und Anzeigen §. 134. Beschädigung und Zerstörung der Hoheitszeichen eines Bundesstaats §. 135. Beschädigung amtlicher Siegel §. 136; amtlicher Urkunden, Akten und Register §. 133. Beschädigung anderer Urkunden §. 274. Nr. 1; durch Beamte §§. 348. 349. 351.
- Beschädigung eines Grabes §. 168; eines Grabmals §. 304. Beschädigung der Gesundheit §. 223. Beschädigung des Vermögens durch Betrug §. 263.
- Beschädigung und Zerstörung fremder Sachen §. 303; insbesondere von Denkmälern, Anlagen *z.* §. 304; von Gebäuden, Schiffen und Eisenbahnen *z.* §. 305; von Brücken §. 90. Nr. 2; §§. 305. 321. Zerstörung von Sachen durch Pulver *z.* §. 311. 325. Beschädigung von Wasserleitungen, Schleusen *z.* §§. 321. 325. 326. Zerstörung der für die Schifffahrt bestimmten Feuerzeichen §§. 322. 325. 326. *f.* auch Vernichtung.
- Bescheinigung** (Beglaubigung), unbefugte Anfertigung von Stempeln und Formularen zu öffentlichen Bescheinigungen oder Beglaubigungen §. 360. Nr. 4. 5. und Schlussatz.
- Beschimpfung** Verstorbener §. 189. *f.* auch Verachtung.
- Beschlagnahme** des Vermögens beim Hochverrath und Landesverrath §. 93; desgl. bei der Auswanderung, um sich dem Militärdienste zu entziehen §. 140.
- Beseitigung, Zerstörung oder Entziehung in Beschlag genomener Sachen §. 137.
- Besitzthum**, widerrechtliches Eindringen in das Besitzthum eines Andern §§. 123. 124.

- Besserungsanstalten**, Einsperrung jugendlicher Verbrecher §. 56.
- Befegung** eines Beamten, Schiedsrichters, Geschworenen u. §§. 332—335.
- Betrug**, Begriff und Strafe §§. 263. 265. Betrügerlicher Bankerutt §. 281.
- Bettelei**, Bestrafung derselben §. 361. Nr. 4. Bettelei mit Drohungen oder Waffen §. 362. Einsperrung der Bettler in ein Arbeitshaus §. 362. Entführung eines Minderjährigen, um ihn zum Betteln zu gebrauchen §. 235.
- Beurkundung**, f. Urkundenfälschung (§§. 271—273).
- Beurlaubte** (Militairpersonen), Aufforderung derselben, der Einberufung zum Dienste nicht zu folgen §. 112.
- Beurlaubung** Beurtheilter, f. Entlassung (§§. 23—36).
- Bevollmächtigte**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 2.
- Bewaffnete** Haufen, f. Haufen, Mannschaften, Militairpersonen.
- Beweismittel**, Vernichtung, Verfälschung oder Unterdrückung von Beweismitteln zum Nachtheil des Bundes oder eines Bundesstaats §. 92. Nr. 2.
- Bewußtlosigkeit** bei Begehung der That §. 51. Mißbrauch einer bewußtlosen Frauensperson zum Beischlaf §. 176. Nr. 2. §. 177.
- Biersteuer**-Kontraventionen, Verjährung derselben Einf.-Ges. §. 7.
- Digamie**, f. Ehe (§. 171).
- Bilanz** des Vermögens bei Kaufleuten §. 283. Nr. 3.
- Bilder**, f. Abbildung.
- Blanket**, f. Urkundenfälschung (§. 269.). Stempelblanket f. Stempelpapier (§. 275.).
- Blödsinn**, f. Geistesranke.
- Blutschande**, f. Beischlaf (§. 173.).
- Brader**, Bestrafung derselben wegen Untreue §§. 266. Nr. 3.
- Brandstiftung**, vorsätzliche Brandstiftung §§. 306—308. 310. 325; im Fall eines Krieges oder der Erklärung in den Kriegszustand Einf.-Ges. §. 4. Fahrlässige Brandstiftung §§. 309. 310. Anzündung einer gegen Feuergefahr versicherten Sache in betrügerischer Absicht §. 265. Bedrohung mit Brandstiftung §. 254.
- Branntweinsteuer**-Kontraventionen, Verjährung derselben Einf.-Ges. §. 7.
- Brennmaterialien**, Anzündung von Vorräthen derselben mit gemeiner Gefahr §§. 308—310. 325.
- Briefcouvert**, Gebrauch falscher gestempelter Briefcouverts §. 275. Nr. 1. Anfertigung unechter §. 275. Nr. 2. Fälschung echter §. 275. Nr. 3.
- Briefe**, unbefugte Eröffnung verschlossener Briefe §. 299. Bestrafung der Postbeamten für die Eröffnung und Beseitigung von Briefen §§. 354. 358.
- Brücken**, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege zum Vortheil des Feindes Brücken zerstört oder unbrauchbar macht §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 2. Beschädigung oder Zerstörung einer Brücke außer dem Fall des Krieges §. 305; mit gemeiner Gefahr §§. 321. 325. 326. Ausbesserung von Brücken ohne die vorgeschriebenen Sicherungsmaßregeln §. 367. Nr. 14.
- Brunnen**, Vergiftung derselben §§. 324—326. Unterlassene Bedeckung derselben §. 367. Nr. 12. Ausbesserung derselben ohne die erforderlichen Sicherungsmaßregeln §. 367. Nr. 14.
- Bücher**, Fälschung öffentlicher Bücher §§. 271—273; durch Beamte §§. 348. 349. 351.
- Büthenhauen** auf fremden Grundstücken §. 370. Nr. 2.
- Bund**, Hochverrath gegen den Norddeutschen Bund §. 81. Nr. 2. 3. §. 84; Einf.-Ges. §. 4. Landesverrath gegen denselben §§. 87—93. Einf.-Ges. §. 4. Strafbare Handlungen gegen eine gesetzgebende Versammlung des Bundes und gegen deren Mitglieder §§. 105. 106. 339; Beleidigung derselben §. 197.
- Bundesbeamte**, f. Beamte.

- Bundesfürsten**, Hochverrath gegen einen Bundesfürsten §. 81. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4. Thätlichkeiten gegen denselben §. 98. Beleidigung desselben §. 99; im Auslande §. 4. Nr. 2. Beschädigung oder Zerstörung öffentlicher Zeichen der Autorität eines Bundesfürsten §. 135. Abbildung der Wappen eines Bundesfürsten zur Bezeichnung von Waaren §. 360. Nr. 7.
- Thätlichkeiten gegen ein Mitglied des bundesfürstlichen Hauses §. 100. f. auch Bundesoberhaupt, Landesherr, Regent.
- Bundesgebiet**, Bestrafung desjenigen, welcher es unternimmt, das Gebiet des Norddeutschen Bundes ganz oder theilweise einem fremden Staate gewaltfam einzuverleiben, oder einen Theil davon loszureißen §. 81. Nr. 3. Einf.-Ges. §. 4. Verweisung aus dem Bundesgebiet, f. Landesverweisung.
- Bundesgenossen** des Norddeutschen Bundes, feindliche Handlungen gegen dieselben §§. 88. 89. 90. Einf.-Ges. §. 4.
- Bundesheer**, Unfähigkeit zum Dienste im Bundesheer als Folge der Zuchthausstrafe §. 31. Unfähigkeit zum Eintritt in das Bundesheer wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 2. f. auch Soldaten, Truppen.
- Bundesmarine** (Kriegsmarine), Unfähigkeit zum Dienste in der Bundesmarine als Folge der Zuchthausstrafe §. 31. Unfähigkeit zum Eintritt in die Bundesmarine wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 2. Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Schiffe und andere Fahrzeuge der Kriegsmarine zerstückt oder in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4.
- Bundesoberhaupt**, Mord oder Versuch des Mordes an demselben §. 80. Thätlichkeiten gegen denselben §. 94. Beleidigung desselben §. 95.
- Bundes-Präsidium**, Verordnungen desselben zur Verhütung des Zusammenstoßens von Seeschiffen §. 145.
- Bundesstaaten**, Bestrafung desjenigen, welcher es unternimmt, die Verfassung oder Thronfolge in einem Bundesstaate gewaltfam zu ändern §. 81. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4; oder das Gebiet eines Bundesstaates einem andern einzuverleiben oder einen Theil davon loszureißen §. 81. Nr. 4. Einf.-Ges. §. 4; desgl. wer die Rechte eines Bundesstaats gefährdet §. 92. Beschädigung der Hoheitszeichen eines Bundesstaats §. 135.
- Strafbare Handlungen gegen die gesetzgebende Versammlung eines Bundesstaats und deren Mitglieder §§. 105. 106. 399. Beleidigung derselben §. 197. f. auch Landesgesetzgebung, Landesherr.
- Bundesverfassung**, Unternehmen auf gewaltfame Aenderung derselben §. 81. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4.
- Bürgerliche Ehrenrechte**, f. Ehrenrechte.
- Bürgerwehr**, Widerstand gegen dieselbe §. 113.
- Buße** für Beleidigungen und Verleumdungen §. 188; desgl. für Körperverletzungen §. 231.

C.

- Cession** von Schuldscheinen Minderjähriger §. 301.
- Coupons**, f. Zinscheine.
- Couverts**, f. Briefcouverts.

D.

- Damm**, Beschädigung oder Zerstörung eines Dammes §. 305; mit gemeiner Gefahr §§. 321. 325. 326.

Darstellung, strafbare Darstellungen und die dazu gebrauchten Platten und Formen sollen unbrauchbar gemacht werden §§. 41. 42. Aufforderung zum Hochverrath durch öffentliche Ausstellung von Darstellungen §. 85; desgl. zum Ungehorsam gegen die Geseze und gegen die Anordnungen der Obrigkeit §. 110; desgl. zu einer anderen strafbaren Handlung §. 111. Verkauf, Ausstellung und Verbreitung unzüchtiger Darstellungen §. 184; beleidigender Darstellungen §§. 186. 187. 200.

Defekt, s. Rassenbeamte (§. 353).

Deich, Beschädigung und Zerstörung eines Deiches §§. 321. 325. 326.

Denkmäler, Beschädigung und Zerstörung derselben §. 304.

Depeschen, Fälschung, Eröffnung und Beseitigung telegraphischer Depeschen §§. 355. 358.

Desertion, Verleitung zur Desertion und Beförderung derselben §. 141.

Deszendenten, s. Kinder.

Deutsche Staaten, die nicht zum Bunde gehören, feindliche Handlungen gegen dieselben §. 102.

Diebstahl, Begriff und Strafe §§. 242—245. 247. 248. Einfacher Diebstahl §. 242. Schwere Diebstahl §. 243. Diebstahl in Banden §. 243. Nr. 6; §. 250. Nr. 2. Diebstahl mit Gewaltthätigkeiten oder Drohungen gegen eine Person (Raub) §. 252.

Entwendungen unter Eltern und Kindern, Ehegatten u. §§. 247. 370. Nr. 5. Entwendung von Nahrungsmitteln §. 370. Nr. 5. und

Schlusßsaz. Futterdiebstahl §. 370. Nr. 6. und Schlusßsaz. Holz- und Forstdiebstahl Einf.-Gef. §. 2. Widerrechtliche Zueignung von Munition §. 290.

Rückfall beim Diebstahl §§. 244. 245. Fehleri beim Diebstahl §§. 258. 261. Ankauf gestohlener Sachen §. 259.

Wegnahme der eignen Sache aus dem Besitze des Nutznießers, Pfandgläubigers u. §. 289.

Dienst, s. Amt.

Dienstboten, Diebstahl und Unterschlagung gegen den Dienstherrn §. 247. Betrug gegen den Dienstherrn §. 263. s. auch Futterdiebstahl.

Dienstbücher, Anfertigung und Gebrauch falscher Dienstbücher §. 363.

Dienstleid, Versicherung eines Beamten auf seinen Dienstleid §. 155. Nr. 3. Bei Verbrechen und Vergehen der Beamten macht es keinen Unterschied, ob sie einen Dienstleid geleistet haben oder nicht §. 359.

Diensträume, widerrechtliches Eindringen in die zum öffentlichen Dienst bestimmten Räume §§. 123. 124.

Dietrich, unbefugte Verabfolgung von Dietrichen §. 369. Nr. 1. Diebstahl mit Dietrichen §. 243. Nr. 3. 4.

Dividendenscheine, s. Zinsscheine.

Drohung, Bestimmung eines Anderen zu einer strafbaren Handlung durch Drohung §. 48. Nöthigung des Thäters durch gefährliche Drohungen §. 52. Nöthigung zu Handlungen oder Unterlassungen durch Bedrohung mit einem Verbrechen §§. 240. 241. Nöthigung von Seiten eines Beamten durch Androhung eines Mißbrauchs seiner Amtsgewalt §§. 339. 358. Bedrohung der Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung des Bundes, des Zollvereins oder eines Bundesstaats §§. 106. 339. Bedrohung eines Andern bei Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte §§. 107. 339. Drohungen gegen Beamte und Behörden bei Ausübung ihres Amtes §§. 113. 114.

Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens §. 126. Drohungen zur Hinderung des Gottesdienstes §. 167. Nöthigung einer Frauensperson zu unzüchtigen Handlungen durch gefährliche Drohungen §. 176.

Nr. 1. Nöthigung zum Beischlaf § 177. Anreizung zum Zweikampf durch Drohung §. 210. Entführung eines Menschen durch Drohung §§. 234—236. Diebstahl mit Drohungen (Raub) §. 252. Erpressung durch Drohungen §§. 253—255. Bettelei mit Drohungen §. 362.

Drucksachen, s. Schriften.

Duell, s. Zweikampf.

G.

Ehe, Bestrafung der Doppel-Ehe §. 171. Bestrafung der Religionsdiener und Personenstandsbeamten für ihre Mitwirkung dabei §. 338.

Bestrafung desjenigen, welcher bei Eingehung der Ehe ein gesetzliches Ehehinderniß arglistig verschweigt §. 170; welcher den Andern durch arglistige Täuschungen zur Eheschließung verleitet §. 170.

Bestrafung des Geistlichen oder Religionsdieners, welcher vor Aufnahme der Heirathsurkunde, wo diese nöthig ist, zu den religiösen Feierlichkeiten einer Eheschließung schreitet §. 337.

Entführung einer Frauensperson, um sie zur Ehe zu bringen §§. 236—238.

Ehebruch, Bestrafung desselben §. 172.

Ehefrauen, Beleidigung derselben, Antrag auf Bestrafung von Seiten des Ehemannes §. 195. Beleidigung einer verstorbenen Ehefrau §. 189.

Ehegatten, Diebstahl und Unterschlagung unter Ehegatten §. 247. Entwendung von Nahrungsmitteln unter Ehegatten §. 370. Nr. 5. und Schlußsatz. Wegnahme eigener Sachen §. 289. Betrug unter Ehegatten §. 263.

Begünstigung eines Verbrechens oder Vergehens durch den Ehegatten §. 257. Hehlerei des Ehegatten §. 258. s. auch Angehörige.

Ehre (Ehrenwort), Bestrafung desjenigen, welcher einem Minderjährigen gegen Verpfändung der Ehre oder auf Ehrenwort Kredit gewährt §. 301.

Ehrenrechte, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte §§. 32—37. Folgen derselben §§. 33. 34. 36. Auf Verlust der Ehrenrechte kann auch beim Versuch erkannt werden §. 45. Gegen jugendliche Verbrecher ist auf Verlust der Ehrenrechte nicht zu erkennen §. 57. Nr. 5. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte beim Zusammentreffen mehrerer Freiheitsstrafen §. 76.

Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte kann erkannt werden: allgemein bei Todesstrafe und Zuchthausstrafe §. 32; desgl. neben der Gefängnißstrafe, wenn dieselbe wegen mildernder Umstände das Zuchthaus ersetzt §. 32; außerdem in den Fällen §§. 108. 109. 133. 142. 143. 150. 160. 161. 164. 168. 173. 175. 180. 183. 248. 262. 263. 266. 280. 284. 289. 294. 302. 304. 329. 333. 350.

Auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte muß erkannt werden beim Meineide §. 161 und bei gewohnheitsmäßiger Kuppelei §. 181.

Ehrenzeichen, Verlust derselben in Folge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 33. Unfähigkeit zur Erlangung von Ehrenzeichen aus demselben Grunde §. 34. Nr. 3. Unbefugtes Tragen eines Ehrenzeichens §. 360. Nr. 8.

Ehrlose Gesinnung §. 20.

Ehrverletzung, s. Beleidigung.

Eid, Bestrafung desjenigen, welcher einem Minderjährigen auf eidliche Versicherung Kredit gewährt §. 301. Verleitung zum falschen Eide §. 160. s. auch Meineid, Diensteid.

Eidesstatt, falsche Versicherung auf Eidesstatt §§. 156—158. Verleitung dazu §§. 159. 160. Fahrlässigkeit bei solchen Versicherungen §. 163.

Gier, Ausnehmen der Gier von jagdbarem Federwild und von Singvögeln §. 368. Nr. 11.

Eigennutz, strafbarer Eigennutz §§. 284—298. 301. 302.

Eigentümer, Bestrafung desjenigen, welcher seine eigene Sache dem Pfandgläubiger, Nutznießer u. wegnimmt §. 289.

Einbruch, Diebstahl mittels Einbruchs §. 243. Nr. 2.

Einbringen in fremde Wohnungen und Geschäftsräume §§. 123. 124.

Einfuhrverbot zur Verhütung ansteckender Krankheiten und Viehseuchen, Uebertretung desselben §§. 327. 328.

Einsperrung, widerrechtliche Einsperrung eines Menschen §. 239. Einsperrung ins Arbeitshaus §. 362; in eine Besserungsanstalt §. 56.

Einsteigen, Diebstahl mittels Einsteigens §. 243. Nr. 2.

Einzelhaft, Vollstreckung derselben §. 22.

Einziehung der zu strafbaren Handlungen gebrauchten oder bestimmten Gegenstände u. §§. 40. 42; insbesondere bei Münzverbrechen §. 152; bei Jagdvergehen §. 295. Einziehung der Risse von Festungen, der Vorräthe von Waffen und Schießbedarf, der Stempel, Siegel, Platten und Formen §. 360. **Schlusssatz**. Einziehung verdorbener Getränke und Gewaaren, Selbstgeschosse, Fuzangeln, Waffen u. §. 367. **Schlusssatz**. Einziehung falscher Maße, Gewichte und Waagen §. 369. **Schlusssatz**. Die einem Beamten gemachten Geschenke sind dem Staate verfallen §. 335.

Einziehung kann in den besonderen Strafgesetzen eines Bundesstaates angedroht werden **Einf.-Ges.** §. 5.

Eisenbahn, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege zum Vortheil des Feindes eine Eisenbahn zerstört oder unbrauchbar macht §. 90. Nr. 2. **Einf.-G.** §. 4. Zerstörung einer Eisenbahn außer dem Fall des Krieges §. 305. Beschädigung und Gefährdung derselben durch falsche Signale im Fall eines Krieges u. **Einf.-Ges.** §. 4; außer dem Fall eines Krieges §§. 315. 316. 325.

Diebstahl an Reisegepäck und Transport Sachen auf einer Eisenbahn oder auf einem Eisenbahnhofe §. 243. Nr. 4. Raub auf einer Eisenbahn §. 250. Nr. 3.

Eisenbahnbeamte, Gefährdung eines Transports durch Vernachlässigung ihrer Pflichten §. 316. Unfähigkeit zum Eisenbahndienst §§. 319. 320. f. Beamte.

Eltern, Beischlaf zwischen Eltern und Kindern §. 173; Kuppelei der Eltern §. 181. Nr. 2; Bestrafung der Eltern, welche ihr Kind aussetzen oder in hilfloser Lage verlassen §. 221.

Diebstahl und Unterschlagung zwischen Eltern und Kindern §. 247; Entwendung von Nahrungsmitteln unter denselben §. 370. Nr. 5. und **Schlusssatz**. Wegnahme eigener Sachen §. 289. Betrug gegen Eltern §. 263.

Todtschlag an Eltern und Großeltern §. 215; Körperliche Verletzung derselben §§. 223. 228. f. auch Vater, Mutter, Angehörige.

Empfehlungskarten, welche dem Papiergelde ähnlich sind Unfertigung und Verbreitung derselben §. 360. Nr. 6. und **Schlusssatz**.

Enkel, f. Kinder.

Entführung einer Frauensperson §§. 236—238. Entführung eines Menschen (Menschenraub) §§. 234. 235. 139. Entführung einer minderjährigen Person, um sie zum Betteln oder zu unsittlichen Zwecken zu gebrauchen §. 235.

Enthauptung §. 13.

Entlassung, vorläufige Entlassung der zu einer längeren Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe verurtheilten Personen §§. 23—26.

Entschädigung für Beleidigungen und Verleumdungen §. 188; für Körperverletzungen §. 231. f. auch Buße.

Entwendung, s. Diebstahl.

Entzündliche Waaren, Aufbewahrung derselben §. 367 Nr. 6.

Erbrechen, Diebstahl mittels Erbrechens von Behältnissen §. 243. Nr. 2.

Erbegraben auf fremden Wegen und Grundstücken §. 370. Nr. 2.

Ergreifung, s. Festnahme.

Ermächtigung zur Verfolgung wegen Beleidigung eines Bundesfürsten §. 99; des Regenten eines Bundesstaats §. 101; wegen Beleidigung der gesetzgebenden Versammlung des Bundes, des Zollvereins oder eines Bundesstaats §. 197.

Erpressung, Begriff und Strafe §§. 253—255; Erpressung durch Beamte §§. 339. 358; insbes. von Geständnissen und Aussagen in Untersuchungssachen §. 343.

Erzieher, Anzucht mit ihren Zöglingen §. 174. Nr. 1; Kuppelei §. 181. Nr. 2; Diebstahl und Unterschlagung gegen den Erzieher §. 247; Betrug gegen denselben §. 263.

Erziehungsanstalt, Einsperrung jugendlicher Personen §. 56.

Eiswaaren, Verkauf verdorbener und verfälschter Eiswaaren §. 367. Nr. 7; Einziehung derselben §. 367. Schlußsatz. Entwendung von Eiswaaren zum Verbrauch §. 370. Nr. 5. und Schlußsatz.

Erektion, s. Zwangsvollstreckung (§. 288.).

Explosirende Stoffe beim Fischen oder Krebsen §. 296. s. auch Pulver (§§. 311. 367. Nr. 4.).

F.

Fabrikunternehmer, Schutz derselben gegen Mißbrauch ihrer Firma oder ihres Namens bei Waarenbezeichnungen §. 287. s. auch Kaufleute.

Fabrikzeichen, s. Waaren.

Fahren, zu schnelles Fahren in Städten und Dörfern, Einfahren von Pferden §. 366. Nr. 2. Bestrafung desjenigen, welcher das Vorbeifahren Anderer hindert §. 366. Nr. 3. Fahren mit Schlitten ohne feste Deichsel oder ohne Geläute §. 366. Nr. 4. Unbefugtes Fahren über fremde Gärten, Wiesen, Acker zc. §. 368. Nr. 9.

Fahren, Beschädigung oder Zerstörung derselben §§. 321. 325. 326.

Fahrlässigkeit, Bestrafung fahrlässig begangener Handlungen §. 59. Bestrafung der Fahrlässigkeit bei dem Entweichen eines Gefangenen §§. 121. 347; beim Meineide und falscher Versicherung an Eidesstatt §. 163. Tödtung durch Fahrlässigkeit §. 222. Fahrlässige Körperverletzung §§. 230. 232. Fahrlässige Brandstiftung §. 309; Ueberschwemmung §. 314; Gefährdung von Eisenbahnen §. 319; Störung von Telegraphen §. 318. Fahrlässigkeit bei anderen gemeingefährlichen Verbrechen und Vergehen §. 326; bei Lieferungsverträgen im Fall eines Krieges oder Nothstandes §. 329; bei Vollstreckung einer Strafe §. 345.

Fahrwasser, Störung desselben in Strömen, Flüssen und Kanälen §§. 321. 325. 326.

Falsche Anschuldigung §§. 164. 165.

Falscher Eid, s. Eid (§. 160.).

Fälschung geheimer Urkunden oder Beweismittel zum Nachtheil des Staats §. 92. Nr. 2. Fälschung anderer Urkunden s. Urkundenfälschung.

Fälschung von Wahl- und Stimmzetteln §. 108; von Metall- und Papiergeld §§. 146—150; von Stempelpapier, Freimarken, Briefcouverts zc. §. 275; von Gesundheitsattesten §. 277; von anderen Attesten, desgl. von Pässen, Wanderbüchern, Dienst- und Arbeitsbüchern §. 363. Fälschung von telegraphischen Depeschen §. 355.

Familienrath, Unfähigkeit, Mitglied eines Familienrathes zu sein, wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 6.

Federwild, Ausnahmen der Eier und Jungen von jagdbarem Federwild §. 368. Nr. 11.

Feind, Dienst im Heere des Feindes §. 88. Einf.-Ges. §. 4. Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege dem Feinde Vorschub leistet §§. 89—91. Einf.-Ges. §. 4.

Feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten §§. 102—104.

Feldmesser, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.

Feldpolizeigesetze, bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 3.

Festnahme, rechtswidrige Festnahme eines Menschen §. 341. Die Festnahme des Verurtheilten unterbricht die Verjährung §. 72. Festnahme vorläufig Entlassener §. 25. f. auch Verhaftung.

Festtag, Störung der Festtagsfeier §. 366. Nr. 1.

Festungen, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege eine Festung oder Festungswerke in feindliche Gewalt bringt, Festungswerke zerstört oder unbrauchbar macht §. 90. Nr. 1. 2; Einf.-Ges. §. 4; Pläne von Festungen dem Feinde oder einer fremden Regierung mittheilt §. 90. Nr. 4; §. 92. Nr. 1; Einf.-Ges. §. 4; welcher Risse von Festungen und Festungswerken aufnimmt §. 360. Nr. 1. und Schlußsatz.

Festungshaft, Vollstreckung und Dauer derselben §. 17. Berechnung der Zeit nach vollen Tagen §. 19. Wahl zwischen Festungshaft und Zuchthaus §. 20. Verhältniß der Festungshaft zur Gefängnißstrafe §. 21. Zusammentreffen der Festungshaft mit Gefängniß §. 75. Festungshaft bei jugendlichen Verbrechern §. 57. Nr. 2; desgl. beim Versuch §. 44. und bei der Hülfsleistung §. 49. Verjährung der Festungshaft §. 70. Nr. 1. 3—5.

Festungshaft tritt ein: bei Hochverrath §§. 81. 83—86; Landesverrath §§. 87—92; Beleidigung des Landesherrn §§. 94—97; Beleidigung eines Bundesfürsten §§. 98—101; bei feindlichen Handlungen gegen befreundete Staaten §§. 102—104; bei Hinderung anderer Personen in der Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte §§. 105—107; beim Zweikampf §§. 201—206; bei fahrlässiger Vollstreckung von Strafen durch Beamte §. 345. Schlußsatz.

Festungspläne, Mittheilung derselben an den Feind im Kriege §. 90. Nr. 4; Einf.-Ges. §. 4. Mittheilung derselben an fremde Regierungen §. 92. Nr. 1. Deffentliche Bekanntmachung derselben §. 92. Nr. 1. Aufnahme von Festungsplänen §. 360. Nr. 1. Einziehung derselben §. 360. Schlußsatz.

Feuer, Aufbewahrung von Waaren und Materialien, welche leicht Feuer fangen §. 367. Nr. 7. Unvorsichtiges Umgehen mit Feuer und Licht §. 368. Nr. 5. Anzündung von Feuer in Wäldern und Heiden oder in der Nähe von Gebäuden §. 368. Nr. 6. Uebertretung feuerpolizeilicher Anordnungen §. 368. Nr. 8; §. 369. Nr. 3.

Feuergewehr, f. Gewehr.

Feuerlöschgeräthschaften, Nachlässigkeit in der Unterhaltung derselben §. 368. Nr. 8. Entfernung oder Unbrauchbarmachung derselben durch den Brandstifter §. 307. Nr. 3.

Feuerstätte, unbefugte Errichtung und Verlegung einer Feuerstätte §. 368. Nr. 3. Nachlässigkeit in der Unterhaltung derselben §. 368. Nr. 4. Uebertretung der darüber ergangenen polizeilichen Vorschriften §. 369. Nr. 3.

Feuerversicherung, Anzündung einer gegen Feuergefahr versicherten Sache in betrügerischer Absicht §. 265.

- Feuerwerke**, unbefugte Zubereitung und Verkauf derselben §. 367. Nr. 4. Aufbewahrung und Beförderung derselben §. 367. Nr. 5. Abbrennen derselben in der Nähe von Gebäuden §. 368. Nr. 7.
- Feuerzeichen**, Zerstörung oder Auslöschung der zur Sicherung der Schifffahrt bestimmten Feuerzeichen §§. 322. 325. 326; im Fall des Krieges u. Einf.-Ges. §. 4.
- Firma**, Mißbrauch einer fremden Firma bei Waarenbezeichnungen §. 287.
- Fischen**, unberechtigtes Fischen §. 370. Nr. 4. und Schlußsatz; bei Nachtzeit, Fackellicht oder unter Anwendung schädlicher Stoffe §. 296. Die besonderen Vorschriften über Fischeret-Vergehen bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2.
- Fleisch**, Verkauf trichinenhaltigen Fleisches §. 367. Nr. 7; Einziehung desselben §. 367. Schlußsatz.
- Flüsse**, Störung des Fahrwassers §§. 321. 325. 326. f. auch Wasserstrafe.
- Formen**, f. Platten.
- Formular**, verbotener Abdruck von Formularen zu Metall- und Papiergeld, öffentlichen Attesten u. §. 360. Nr. 5. und Schlußsatz.
- Forstarbeit** statt der Gefängniß- oder Geldstrafe Einf.-Ges. §. 6.
- Forstbeamte** (Forstberechtigte), Widerstand gegen dieselben §. 117.
- Forstdiebstahl**, die besonderen Bestimmungen darüber bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2.
- Forstpolizeigesetze**, bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2.
- Frauensperson**, Entführung einer Frauensperson §§. 236—238. Bestrafung der Weibspersonen, welche gewerbsmäßig Unzucht treiben §. 361. Nr. 6. Einsperrung derselben in ein Arbeitshaus §. 36.
- Freiheit**, Verbrechen und Vergehen wider die persönliche Freiheit §§. 234 bis 241. Entziehung der Freiheit §. 239. Verlängerung der Freiheitsentziehung durch einen Beamten §§. 341. 358.
- Freiheitsstrafen**, verschiedene Arten derselben §§. 14. ff. Berechnung derselben nach Tagen, Wochen und Monaten §. 19. Umwandlung einer Geldstrafe in Freiheitsstrafe §§. 28. 29. Vollstreckung der Freiheitsstrafe an jugendlichen Personen §§. 56. 57. (Schlußsatz). Zusammen treffen mehrerer Freiheitsstrafen §§. 74—77. f. auch Festungshaft, Gefängnißstrafe, Haft, Zuchthausstrafe.
- Freimarken**, Gebrauch falscher Post- und Telegraphen-Freimarken §. 275. Nr. 1. Anfertigung unechter Freimarken §. 275. Nr. 2. Fälschung echter Freimarken §. 275. Nr. 3.
- Früchte**, Anzündung von Früchten auf dem Felde mit gemeiner Gefahr §§. 308—310. 325. Entwendung von Früchten zum Verbrauch §. 370. Nr. 5. und Schlußsatz.
- Führungszeugniß**, Anfertigung und Gebrauch falscher Führungszeugnisse §. 363. f. auch Zeugniß.
- Fürsten**, f. Bundesfürsten.
- Fußangeln**, unbefugtes Legen derselben §. 367. Nr. 8. und Schlußsatz.
- Futterdiebstahl** §. 370. Nr. 6. und Schlußsatz.

G.

- Garten**, Bestrafung desjenigen, welcher Steine oder Unrath in fremde Gärten wirft §. 366. Nr. 7. Unbefugtes Betreten fremder Gärten §. 368. Nr. 9.
- Gastwirthe**, f. Wirthe.
- Gebäude**, Diebstahl aus einem zum Gottesdienste bestimmten Gebäude

§. 243. Nr. 1. Diebstahl in bewohnten Gebäuden §. 273. Nr. 7. Raub §. 250. Nr. 4.

Zerstörung fremder Gebäude §. 305. Brandstiftung an Gebäuden §§. 306 bis 310. 325. Werfen von Steinen oder Unrath gegen fremde Gebäude §. 366. Nr. 7. Ausbesserung von Gebäuden ohne die erforderlichen Sicherungsmahregeln §. 367. Nr. 13. 14.

Gebühren, widerrechtliche Erhebung derselben §§. 352. 353. 358.

Gefahr, Verweigerung der Hülfe in gemeiner Gefahr §. 360. Nr. 10. Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen §§. 306 bis 330.

Gefangenaufseher, Bestrafung derselben, wenn sie einen Gefangenen befreien oder entweichen lassen §§. 121. 347. Widerstand und Angriff der Gefangenen gegen die Anstaltsbeamten §. 122.

Gefangene, Beaufsichtigung und Beschäftigung derselben in den Zuchthäusern §. 15; in den Gefangen-Anstalten §. 16; in den Festungen §. 17. Zügendliche Personen sollen in besonderen Anstalten oder Räumen untergebracht werden §. 57. Schlußsatz.

Befreiung und Entweichung eines Gefangenen §§. 120. 121; durch Beamte §. 347. Zusammenrottung der Gefangenen zur Meuterei und zum Ausbruch §. 122.

Unzucht der Beamten und Aerzte mit Gefangenen §. 174. Nr. 3.

Gefängnißstrafe, Vollstreckung und Dauer derselben §. 16. Berechnung der Zeit nach Tagen, Wochen und Monaten §. 19. Verhältniß der Gefängnißstrafe zur Zuchthausstrafe und Festungshaft §. 21. Zusammenreffen der Gefängnißstrafe mit Festungshaft §. 75. Einzelhaft §. 22. Vorläufige Entlassung §§. 23—26. Umwandlung einer Geldstrafe in Gefängnißstrafe §§. 28. 29.

Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte neben der Gefängnißstrafe §. 32; desgleichen Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter §. 35. Verjährung erkannter Gefängnißstrafen §. 70. Nr. 3—5.

Gefängnißstrafe bis zu zwei Jahren kann in den besonderen Strafgesetzen eines Bundesstaats angedroht werden Eins. Gef. §. 5.

Gegenseitigkeit mit anderen Staaten (Reciprocität), bei feindlichen Handlungen und bei Beleidigungen der Landesherren §§. 102. 103; desgleichen bei Waarenbezeichnungen mit einer fremden Firma oder einem fremden Namen §. 287.

Geheime Verbindungen §§. 128. 129.

Geheimnisse, Offenbarung von Staatsgeheimnissen §. 92. Nr. 1. Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300. Unbefugte Mittheilung des Inhalts telegraphischer Depeschen §. 355.

Gehülfe bei einem Verbrechen oder Vergehen §. 49. Beihülfe nach der That §. 257.

Geisteskranke, Ausschließung der freien Willensbestimmung §. 51. Zum Antrage auf Bestrafung wegen Verletzung eines Geisteskranken ist der Vormund berechtigt §. 65. Mißbrauch einer geisteskranken Frauensperson zum Beischlaf §. 176. Nr. 2. Geisteskrankheit in Folge erlittener Körperverletzung §§. 224. 225.

Geistliche (Religionsdiener), Bestrafung der Geistlichen wegen Unzucht mit ihren Zöglingen §. 174. Nr. 1; desgleichen wegen Kuppelei §. 181. Nr. 2.

Bestrafung des Geistlichen, welcher vor Aufnahme der Heirathsurkunde, wo diese nöthig ist, zur Einsegnung der Ehe schreitet §. 337. Bestrafung der Religionsdiener für ihre Mitwirkung bei einer Doppelhehe §. 338.

Estrafe für die Beleidigung eines Religionsdieners in seinem Beruf §. 196.

- Geld**, Unterschlagung von Geldern durch Beamte §§. 350. 351. f. auch Metallgeld, Papiergeld.
- Geldstrafe**, geringster Betrag §. 27. Umwandlung derselben in Freiheitsstrafe §§. 28. 29. 78. Vollstreckung einer Geldstrafe in den Nachlaß §. 30. Geldstrafen wegen mehrerer strafbarer Handlungen §. 78. Verjährung erkannter Geldstrafen §. 70. Nr. 4—6. §. 71. Geldstrafe kann in den besonderen Strafgesetzen eines Bundesstaats angedroht werden Einf.-Ges. §. 5.
- Gemeindefähigkeit**, statt der Gefängniß- oder Geldstrafe Einf.-Ges. §. 6.
- Gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen** §§. 306—330. Androhung eines gemeingefährlichen Verbrechens §. 126. Wer von dem Vorhaben eines gemeingefährlichen Verbrechens Kenntniß erhält, muß Anzeige machen §. 139.
- Gesandte**, Beleidigung fremder Gesandten und Geschäftsträger §. 104.
- Geschäftsräume**, widerrechtliches Eindringen in die Geschäftsräume eines Andern §§. 123. 124.
- Geschenke**, Verleitung eines Andern zu einer strafbaren Handlung durch Geschenke §. 48. Annahme von Geschenken seitens eines Beamten §§. 331. 332. 334. 358. Verleitung zur Annahme §. 333. Einziehung solcher Geschenke §. 335.
- Geschwister** und deren Ehegatten, und Verlobte werden zu den Angehörigen gerechnet §. 52. Beischlaf zwischen Geschwistern §. 173. Diebstahl und Unterschlagung unter Geschwistern §. 247. Begünstigung eines Verbrechens oder Vergehens durch Geschwister §. 257. Hehlerei der Geschwister §. 258. Betrug gegen Geschwister §. 263. f. auch Angehörige.
- Geschworene**, Vorschützung falscher Entschuldigungs-Ursachen von Seiten eines Geschworenen §. 138; Bestechung derselben §. 334.
- Geschworenenendienst**, gilt als ein öffentliches Amt §. 31.
- Gesetzgebende Versammlungen** des Bundes, des Zollvereins oder eines Bundesstaats, strafbare Handlungen gegen dieselben und gegen ihre Mitglieder §§. 105. 106. 339. Beleidigung derselben §. 197. f. auch Landtag.
- Gesinde**, f. Dienstboten.
- Geständniß**, Erpressung von Geständnissen in Untersuchungsfachen durch Zwangsmittel §. 343.
- Gesundheit**, Beschädigung derselben durch körperliche Mißhandlung §. 223; durch Gift §. 229; insbesondere durch Vergiftung von Brunnen oder Waaren §§. 324—326. Ausstellung und Gebrauch unrichtiger Gesundheits-Atteste §§. 277—280. f. auch Krankheit.
- Getränke**, Verkauf verdorbener und verfälschter Getränke §. 367. Nr. 7. Einziehung derselben §. 367. Schlußsatz. Entwendung von Getränken zum Verbrauch §. 370. Nr. 5 und Schlußsatz.
- Getreide**, Entwendung von Getreide zur Fütterung des Viehes §. 370 Nr. 6 und Schlußsatz.
- Gewalt**, Verleitung eines Andern zu einer strafbaren Handlung durch Mißbrauch der Gewalt §. 48. Nöthigung eines Andern zu Handlungen oder Unterlassungen mit Gewalt §. 240. Nöthigung des Thäters durch unwiderstehliche Gewalt §. 52. Zusammenrottung Mehrerer zu Gewaltthätigkeiten gegen Personen oder Sachen §§. 124. 125. Anreizung zu Gewaltthätigkeiten §. 130.
- Ausübung von Gewalt gegen Mitglieder einer gesetzgebenden Versammlung des Bundes, des Zollvereins oder eines Bundesstaats §. 106. Verhinderung eines Andern in der Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte durch Gewalt §. 107. Gewaltthätiger Widerstand gegen Beamte

- und Behörden §§. 113. 114. 117; beim Auslauf §. 116; bei der Meuterei von Gefangenen §. 122.
- Vornahme unzüchtiger Handlungen mit Gewalt §. 176. Nr. 1.
- Nötigung zum Beischlaf mit Gewalt §. 177. Entführung eines Menschen mit Gewalt §§. 234—236. Gewaltthätigkeiten gegen eine Person beim Diebstahl §. 252. Erpressung durch Gewalt §. 253—255.
- Gewehr**, Einziehung des Gewehrs bei Jagdvergehen §. 295. Betreten eines fremden Jagdreviers mit Gewehr §. 368. Nr. 10.
- Schießen mit Feuegewehr an bewohnten Orten §. 367. Nr. 8 und Schlußsatz; desgleichen in der Nähe von Gebäuden §. 368. Nr. 7.
- Gewerbetreibende**, Bestrafung derselben wegen Tödtung aus Fahrlässigkeit §. 222; wegen fahrlässiger Körperverletzung §§. 230. 232; wegen Untreue §. 266. Nr. 3; wegen Uebertretungen gegen die hauptpolizeilichen Vorschriften §. 367 Nr. 15; desgl. gegen die Maß- und Gewichtspolizeiverordnungen §. 369. Nr. 2. und Schlußsatz; desgl. gegen die feuerpolizeilichen Vorschriften §. 369. Nr. 3.
- Gewicht**, Besitz ungestempelter Gewichte §. 369. Nr. 2. Einziehung derselben §. 369 Schlußsatz.
- Gift**, Strafe der Vergiftung §. 229. Vergiftung von Brunnen, Wasserbehältern, Waaren zc. §§. 324—326. Unbefugte Zubereitung und Verkauf von Gift §. 367. Nr. 3. Aufbewahrung und Beförderung von Giftwaaren §. 367. Nr. 5.
- Glückspiel**, Bestrafung derjenigen, welche aus dem Glückspiele ein Gewerbe machen §. 284; welche Glückspiele gestatten oder zur Verheimlichung derselben mitwirken §. 285; welche auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen oder in einem öffentlichen Versammlungsorte Glückspiele halten §. 360. Nr. 14. Einziehung der auf dem Spieltisch befindlichen Gelber §. 360 Schlußsatz.
- Gottesdienst**, Beschimpfung desselben §. 166. Störung und Verhinderung des Gottesdienstes §. 167; wenn ein Beamter sich dessen schuldig macht §. 339. Diebstahl an Sachen und aus Gebäuden, welche zum Gottesdienste bestimmt sind §. 243. Nr. 1. Beschädigung und Zerstörung solcher Sachen §. 304. Brandstiftung an einem zum Gottesdienste bestimmten Gebäude §. 306. Nr. 1; §. 325.
- Gotteslästerung** §§. 166. 167.
- Gräber**, Beschädigung und Zerstörung eines Grabes §. 168.
- Grabmäler**, Beschädigung oder Zerstörung derselben §. 304.
- Grundgraben** auf fremden Grundstücken §. 370. Nr. 2.
- Grenze**, Verrückung oder Vernichtung eines Grenzsteins zc. §. 274. Nr. 2. §. 280.
- Grenzrain**, Verringerung desselben durch Abgraben oder Abpflügen §. 370. Nr. 1.
- Großeltern** s. Eltern.
- Gruben**, unterlassene Bedeckung derselben §. 367. Nr. 12.
- Grundstück**, Bestrafung desjenigen, welcher ein fremdes Grundstück durch Abgraben oder Abpflügen verringert §. 370. Nr. 1; welcher Erde, Lehm, Sand, Rasen, Steine zc. in fremden Grundstücken gräbt und wegnimmt §. 370. Nr. 2.
- Güterbesitzer**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.
- Güterpfleger**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 1.

S.

- Haft**, Vollstreckung und Dauer derselben §. 18. Berechnung der Zeit nach Tagen und Wochen §. 19. Umwandlung einer Geldstrafe in Haft §§. 28. 29. Zusammentreffen der Haft mit anderen Freiheitsstrafen §. 77. Verjährung erkannter Haft §. 70. Nr. 6.
Haft findet statt: bei Beleidigungen §§. 185. 186. und bei Uebertretungen §§. 360—363. 365—370.
Haft kann in den besonderen Strafgesetzen eines Bundesstaats angedroht werden Einf.-Ges. §. 5.
- Haiden**, f. Wald (§. 368. Nr. 6.).
- Handelsbücher**, unterlassene Führung derselben zc. §. 281. Nr. 3. 4; §. 283. Nr. 2.
- Handelsleute**, f. Kaufleute.
- Handwerker**, f. Gewerbetreibende, Baumeister.
- Hansstädte**, strafbare Handlungen gegen den Senat und die Bürgerschaft der Hansstädte §§. 105. 106; von Seiten eines Beamten §. 339.
- Hausen**, unbefugte Bildung bewaffneter Hausen §. 127.
- Häuser**, f. Gebäude.
- Hausfriedensbruch**, Begriff und Strafe §§. 123. 124. Bestrafung der Beamten wegen Hausfriedensbruch §. 342.
- Hausuchung** bei Personen, welche unter Polizei-Aufsicht stehen §. 39. Nr. 3.
- Hazardspiel**, f. Glücksspiel (§§. 284. 285.).
- Hebammen**, Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300.
- Heer**, f. Bundesheer.
- Hehlerei**, Begriff und Strafe §§. 258—262. Rückfall §§. 261. 244.
- Heirathsurkunde**, f. Ehe (§. 337.).
- Herausforderung** zum Zweikampf §§. 201—204.
- Herrschaft**, Diebstahl und Unterschlagung gegen die Herrschaft §. 247. Betrug §. 263.
- Hezen** von Hunden auf Menschen §. 366. Nr. 6.
- Hochverrath**, Begriff und Strafe §§. 80—86. 93. Einf.-Ges. §. 4. Bestrafung des im Auslande begangenen Hochverraths §. 4. Nr. 1. 2. Wer von dem Vorhaben eines Hochverraths Kenntniß erhält, muß Anzeige machen §. 139.
- Hoheitszeichen** eines Bundesstaats, Wegnahme, Zerstörung oder Beschädigung desselben §. 135.
- Holzdiebstahl**, die besonderen Bestimmungen darüber bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2.
- Hülfe**, Hülfeleistung bei Verbrechen und Vergehen §§. 49. 50. Hülfeleistung nach der That, um den Thäter der Bestrafung zu entziehen zc. §. 257. Verweigerung der Hülfe in Noth und Unglücksfällen §. 360. Nr. 10. Aussetzen oder Verlassen hilfloser Personen §. 221.
f. auch Begünstigung, Theilnahme.
- Hunde**, Einziehung derselben bei Jagdvergehen §. 295. Bestrafung desjenigen, welcher Hunde auf Menschen hegt §. 366. Nr. 6.
- Hurerei**, f. Unzucht, Beischlaf.
- Hütte**, Brandstiftung an einer Hütte §§. 396—310. 325. f. Gebäude.

S.

- Jagd**, unbefugtes Jagen §§. 292—295. Unbefugtes Betreten fremder Jagdreviere §. 368. Nr. 10. Ausnehmen der Eier und Jungen von jagd-

barem Federwild §. 368. Nr. 11. Die besonderen Vorschriften über strafbare Verletzungen der Jagdpolizei-Gesetze bleiben in Kraft Einf.-Gef. §. 2.

Jagdbeamte, (Jagdberechtigte), Widerstand gegen dieselben §. 117.

Jagdgeräth, Einziehung desselben bei Jagdvergehen §. 295.

Injurien, i. Beleidigung.

Interimsscheine zu Aktien u., Nachmachung und Verfälschung derselben §§. 149. 360. Nr. 6. und Schlußsatz.

Jugendliche Personen (zwischen 12 und 18 Jahren), Bestrafung derselben §§. 56. 57. Jugendliche Personen sind selbstständig zu dem Antrage auf Bestrafung eines Andern berechtigt §. 65; bleiben straflos bei der Blutschande §. 173. Aussetzung oder Verlassen jugendlicher Personen §. 221. f. Kinder, Mädchen, Minderjährige.

Junge, Ausnehmen der Jungen von jagdbarem Federwild und von Singvögeln §. 368. Nr. 11.

K.

Kalender, Anfertigung unechter Stempelabdrücke für Kalender §. 275. Nr. 2.

Kammer, f. Landtag.

Kanal, Störung des Fahrwassers §§. 321. 325. 326; f. auch Wasserstraße.

Kartellträger beim Zweikampf §§. 203. 204. 209.

Kassen, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Kassen in feindliche Gewalt bringt §§. 90. Nr. 2. Einf.-Gef. §. 4.

Kassenanweisungen, f. Papiergeld.

Kassenbeamte, Bestrafung derselben §§. 353. 358.

Kauf, f. Ankauf.

Kaufleute, Bestrafung derselben wegen Bankerutt §§. 281—283. Schutz derselben gegen Mißbrauch ihrer Firma oder ihres Namens bei Waarenbezeichnungen §. 287.

Kaution, f. Sicherheit (§. 162.).

Keller, unterlassene Bedeckung derselben §. 367. Nr. 12.

Kinder, 1) Kinder unter 12 Jahren, Straflosigkeit derselben §. 55. Kinder über 12 Jahren f. Jugendliche Personen, Minderjährige. Unzüchtige Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren §. 176. Nr. 3. Entführung eines Kindes, um es zum Betteln oder zu unsittlichen Zwecken zu gebrauchen §. 235.

2) Kinder (Deszendenten), Unterschlebung oder Verwechslung eines Kindes §. 169. Aussetzung eines Kindes §. 221. Tödtung eines unehelichen Kindes §. 217.

Beischlaf zwischen Kindern und Eltern §. 173. Diebstahl und Unterschlagung unter Kindern und Eltern §. 247. Entwendung von Nahrungsmitteln §. 370. Nr. 5. und Schlußsatz. Wegnahme eigner Sachen §. 289. Betrug gegen die eignen Kinder §. 263. Begünstigung eines Verbrechens oder Vergehens durch die Kinder §. 257.

Beleidigung der Kinder §. 195; verstorbener Kinder §. 189; f. auch Angehörige.

Kindermord, f. Kinder (§. 217.).

Kirche, Beschimpfung der Kirche, ihrer Einrichtungen und Gebräuche §. 166. Störung gottesdienstlicher Verrichtungen in der Kirche §. 167; f. auch Gottesdienst.

Kirchendiebstahl, §. 243. Nr. 1.

Kofarde, f. Landeskofarde.

Komplott, f. Verabredung, Mehrere, Zusammenrottung.

Konfiskation, f. Einziehung.

König, f. Landesherr, Bundesoberhaupt.

Konkurrenz der Verbrechen und Strafen, f. Zusammentreffen (§§. 73—79).

Konkurs, die besonderen Strafvorschriften darüber bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2. f. auch Bankerutt.

Körperverletzung, §§. 223—233. Schwere Verletzung §§. 224. 225. Tödliche Verletzung §§. 226—229. Fahrlässige Verletzung §§. 230. 232. Erwidern der Verletzung mit Beleidigung und umgekehrt §. 233. Antrag auf Bestrafung wegen Körperverletzung §. 232. (§. 65.).

Körperverletzung im Zweikampf §. 207; desgleichen bei der Aussetzung eines Kindes oder einer kranken gebrechlichen Person §. 221; bei einer Schlägerei oder einem Angriff §. 227; bei Entziehung der Freiheit §. 239; beim Raube §. 251; bei dem Transport auf Eisenbahnen §§. 315. 316. 325; durch Beschädigung oder Zerstörung von Wagen, Brücken, Schleusen u. §. 321.

Verletzung eines Beamten bei Ausübung seines Amtes §. 118. Verletzung eines Anderen durch einen Beamten bei Ausübung seines Amtes §§. 340. 358. f. auch Tödtung.

Krankenanstalten, Ungucht der Kranken und Aerzte in Krankenanstalten §. 174. Nr. 3. f. auch Anstalten.

Krankheit, Aussetzung oder vorsätzliches Verlassen einer kranken, gebrechlichen Person §. 221. Verletzung der Anordnungen zur Verhütung ansteckender Krankheiten und Viehseuchen §§. 327. 328. f. auch Gesundheit.

Krebs, unbefugtes Krebsen §. 370. Nr. 4. und Schlußjaß; bei Nachtzeit §. 296. f. auch Fischen.

Kreditgeben an Minderjährige §§. 300. 301.

Krieg, Veranlassung eines Krieges gegen den Norddeutschen Bund (Landesverrath) §. 87. Dienst im feindlichen Heere während des Krieges §. 88. Einf.-Ges. §. 4. Bestrafung desjenigen, welcher der feindlichen Macht Vorstüb leistet oder dem Norddeutschen Bunde und dessen Truppen Nachtheil zufügt §§. 89. 90. Einf.-Ges. §. 4. Nichterfüllung von Lieferungsverträgen im Fall eines Krieges §. 329.

Eintritt der Todesstrafe für schwere Verbrechen im Fall des Krieges Einf.-Ges. §. 4.

Kriegsbedürfnisse, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Vorräthe von Kriegsbedürfnissen zerstört oder in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4; gesammelte Mannschaften mit Kriegsbedürfnissen versieht §. 127; Lieferungsverträge über Kriegsbedürfnisse nicht erfüllt §. 329.

Kriegsdienst, Dienst im feindlichen Heere §. 88; Entführung eines Menschen, um ihn in auswärtige Kriegsdienste zu bringen §. 234. f. auch Militärdienst.

Kriegsmarine, f. Bundesmarine.

Kriegszustand, Eintritt der Todesstrafe für schwere Verbrechen in dem Falle, wenn einzelne Theile des Bundesgebietes von dem Bundesfeldherrn in Kriegszustand erklärt werden Einf.-Ges. §. 4.

Kugeln, widerrechtliche Zueignung von Kugeln aus den Schießständen der Truppen §. 291.

Kunstfägen, Beschädigung oder Zerstörung der in öffentlichen Sammlungen aufbewahrten Kunstfägen §. 304.

Kuppelci, Begriff und Strafe §§. 180. 181.

Kurator, Unfähigkeit Kurator zu sein wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 6. Bestrafung des Kurators wegen Untreue §. 266. Nr. 1. f. auch Vormund.



- Landesgesetzgebung**, Einschränkung und Kompetenz derselben Einf.-Ges. §§. 2. 3. 5. 8.
- Landesherr**, Mord oder Versuch des Mordes an demselben §. 80. Thätlichkeiten gegen den eigenen Landesherrn oder den Landesherrn eines einzelnen Bundesstaates während des Aufenthalts daselbst §. 94. Beleidigung desselben §. 95. Feindliche Handlungen gegen fremde Landesherrn, Beleidigung derselben §§. 102. 103. s. auch Bundesfürsten, Bundesoberhaupt.
- Landesherrliches Haus**, Thätlichkeiten gegen ein Mitglied desselben §. 96. Beleidigung §. 97.
- Landeskofarde**, Unfähigkeit dieselbe zu tragen §. 34. Nr. 1.
- Landesverrath**, Begriff und Strafe §§. 87—93. Einf.-Ges. §. 4. Bestrafung des im Auslande begangenen Landesverraths §. 4. Nr. 2. Wer von dem Vorhaben eines Landesverraths Kenntniß erhält, muß Anzeige machen §. 139.
- Landesverweisung** eines unter Polizei-Aufsicht stehenden Ausländers §. 39. Nr. 2; eines Ausländers wegen gewerbmäßigen Glückspiels §. 284; desgl. wegen Bettelrei, Landstreichens, Müßiggangs zc. §. 362. Bestrafung der aus dem Bundesgebiet oder dem Gebiete eines Bundesstaats Verwiesenen im Fall der Rückkehr §. 361. Nr. 2.
- Landfriedensbruch**, Begriff und Strafe §. 125.
- Landfriedeher**, Bestrafung derselben §. 361. Nr. 3; Einsperrung derselben in ein Arbeitshaus §. 362.
- Landtag** (Kammer), Straflosigkeit der Mitglieder eines Landtages oder einer Kammer für ihre Abstimmung und für die in Ausübung ihres Berufes gethanen Aeußerungen §. 11. Berichte über Verhandlungen eines Landtages oder einer Kammer §. 12. s. auch Gesetzgebende Versammlungen.
- Landwehr**, Auswanderung von Landwehrmännern ohne Erlaubniß §. 360. Nr. 3. s. auch Militairpersonen.
- Landwirthschaftliche Erzeugnisse**, Anzündung von Vorräthen derselben mit gemeiner Gefahr §§. 308—310. 325.
- Landzwang**, öffentliche Friedensstörung §. 126. Erpressung §. 254.
- Lärm**, ungebührlicher Lärm §. 360. Nr. 11.
- Leben**, Verbrechen und Vergehen wider das Leben §§. 211—222.
- Lebensmittel**, s. Gewaaren, Nahrungsmittel.
- Legitimationspapiere**, Anfertigung und Gebrauch falscher Legitimationspapiere §. 363.
- Lehmgraben** auf fremden Grundstücken §. 370. Nr. 2.
- Lehrer**, Unzucht mit ihren Schülern §. 174. Nr. 1. Kuppelrei §. 181. Nr. 2. s. auch Erziehler.
- Leibeigenschaft**, Entführung eines Menschen, um ihn in Leibeigenschaft zu bringen §. 234.
- Leibesfrucht**, Abtreibung und Tödtung der Leibesfrucht §§. 218—220.
- Leiche** (Leichnam), Beerdigung oder Wegschaffung eines Leichnams ohne Vorwissen der Behörde §. 367. Nr. 1. Vorzeitige Beerdigung desselben §. 367. Nr. 2.
- Leichendiebstahl** §. 168. Wegnahme von Theilen einer Leiche §. 367. Nr. 1.
- Licht**, unvorsichtiges Umgehen mit Feuer und Licht §. 368. Nr. 5.
- Lieferungsverträge**, Nichterfüllung derselben im Fall eines Krieges oder Nothstandes §. 329.
- Lotterie**, Veranstaltung öffentlicher Lotterien §. 286.

M.

- Mädchen**, Verführung eines unbescholtenen Mädchens unter 16 Jahren §. 182.
- Magazine**, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Magazine zerstört oder in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4. Anzündung eines Magazins §§. 308—310. 325.
- Mäfler**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.
- Manifestationseid**, i. Offenbarungseid (§. 162.).
- Mannschaften**, Bestrafung desjenigen, welcher zur Vorbereitung eines Hochverraths Mannschaften anwirbt oder in den Waffen einübt §. 84; welcher im Kriege dem Feinde Mannschaften zuführt §. 90. Nr. 3. Einf.-Ges. §. 4; welcher gesammelte Mannschaften mit Waffen oder Kriegsbedürfnissen versieht §. 127.
- Widerstand gegen Mannschaften der bewaffneten Macht bei Ausübung ihres Amtes §. 113. Beleidigung derselben §. 196. Bestechung derselben §§. 333. 335.
- Marine**, i. Bundes-Marine.
- Massenverwalter**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 1.
- Maß**, Besitz ungestempelter Maße §. 369. Nr. 2. Einziehung derselben §. 369. Schlußsatz.
- Materialien**, Aufbewahrung leicht entzündlicher Materialien §. 367. Nr. 6.
- Medizinalpersonen**, i. Aerzte.
- Mehrere**, Theilnahme Mehrerer an einer strafbaren Handlung §§. 47. 50; dieselbe bildet einen Schärfsungsgrund: beim Hochverrath §. 83; beim Widerstand gegen Beamte §. 119; beim Hausfriedensbruch §. 123; beim Diebstahl §. 243. Nr. 6; beim Raube §. 250. Nr. 2; bei unbefugter Ausübung der Jagd §. 293.
- Meineid**, Begriff und Strafe §§. 153—163. Verleitung zum Meineide §. 159. Fahrlässigkeit beim Meineide §. 163. Falscher Eid §. 160.
- Menschenraub**, Begriff und Strafe §§. 234. 235. Wer von dem Vorhaben eines Menschenraubes Kenntniß erhält, muß Anzeige machen §. 139.
- Mergelgraben** auf fremden Grundstücken §. 370. Nr. 2.
- Merksahl** für den Wasserstand, i. Wasser (§. 274. Nr. 2.).
- Messer** (Beamte), Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.
- Messer** (Instrument), Gebrauch desselben bei einer Schlägerei oder einem Angriff, i. Waffen (§. 367. Nr. 10.).
- Metallgeld**, Nachmachung und Verfälschung desselben, Verausgabung falschen Metallgeldes §§. 146—148. 150—152. Anfertigung von Stempeln, Platten, Formen und Formularen zu Metallgeld §. 360. Nr. 4. 5. Einziehung derselben §. 360. Schlußsatz.
- Meuterei** unter Gefangenen §. 122.
- Milderung** der Strafe beim Versuch §. 44; bei der Hülfeleistung §. 49; bei Verbrechen und Vergehen jugendlicher Personen §. 57; beim Meineide in besonderen Fällen, namentlich bei thätiger Reue §§. 157. 158. Anwendung milderer Strafgesetze §§. 2. 4. (Schlußsatz).
- Militairabschied**, Anfertigung und Gebrauch falscher Militairabschiede §. 363.
- Militairdienst** (Wehrpflicht), Aufforderung, der Einberufung zum Dienste nicht zu folgen §. 112. Auswanderung, um sich dem Militairdienste zu entziehen §. 140. Verstümmelung, um sich oder Andere zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich zu machen §. 142. Täuschungen der Behörden, um sich der Wehrpflicht zu entziehen §. 143. Anwerben Anderer zum Militairdienste einer ausländischen Macht §. 141. i. Kriegsdienst.
- Militairpersonen**, Anwendung des Strafgesetzbuchs auf Militairpersonen §. 10.

- Widerstand gegen Militärpersonen bei Ausübung ihres Dienstes §. 113. Beleidigung derselben §. 196. Bestechung derselben §§. 333. 335. f. auch Bundesheer, Bundesmarine, Mannschaften, Soldaten.
- Minderjährige**, Antrag auf Bestrafung §. 65. Entführung einer minderjährigen Person, um sie zum Betteln oder zu unsittlichen Zwecken zu gebrauchen §. 225. Entführung einer minderjährigen Frauensperson §. 237. Strafe für das unerlaubte Kreditgeben an Minderjährige §§. 301. 302. f. auch Jugendliche Personen, Kinder.
- Mineralien**, Strafe für die unbefugte Gewinnung von Mineralien §. 370. Nr. 2.
- Mißhandlungen**, Bestrafung derselben §. 223. f. Beleidigung, Körperverletzung.
- Monat**, Berechnung der nach Monaten bestimmten Freiheitsstrafen §. 19.
- Montirungsstücke**, Bestrafung desjenigen, welcher Montirungsstücke von einem Unteroffizier oder Soldaten kauft oder zum Pfande nimmt §. 370. Nr. 3.
- Mord**, Begriff und Strafe §. 211. Mord oder Versuch des Mordes an dem Bundesoberhaupt oder an dem Landesherrn §. 80. Bedrohung mit Mord §. 254. Brandstiftung, um einen Mord zu begehen §. 307. Nr. 2; §. 325. Einf.-Ges. §. 4. Wer von dem Vorhaben eines Mordes Kenntniß erhält, muß Anzeige machen §. 139.
- Munition**, widerrechtliche Zueignung der bei den Uebungen der Artillerie verschossenen Munition §. 291. f. auch Kriegsbedürfnisse, Schießpulver.
- Münzverbrechen** (Münzvergehen), Begriff und Strafe §§. 146—152. Bestrafung des im Auslande begangenen Münzverbrechens §. 4. Nr. 1. 2. Wer von dem Vorhaben eines Münzverbrechens Kenntniß erhält, muß Anzeige machen §. 139.
- Müßiggang**, Bestrafung der Personen, welche dem Müßiggange ergeben sind §. 361. Nr. 4. Einsperrung derselben in ein Arbeitshaus §. 362. f. auch Arbeitshaus.
- Mutter**, Tödtung ihres unehelichen Kindes §. 217. Abtreibung der Leibesfrucht §. 218. Aussetzung oder Verlassen des Kindes §. 221. f. Eltern.

N.

- Nachlaß**, Vollstreckung einer Geldstrafe in den Nachlaß §. 30.
- Nachrichten**, Bestrafung desjenigen, welcher geheime Nachrichten an eine andere Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht §. 92. Nr. 1.
- Nachtzeit**, Diebstahl zur Nachtzeit in einem bewohnten Gebäude §. 243. Nr. 7. Raub §. 250. Nr. 4. Unbefugtes Zagen zur Nachtzeit §. 293. Unberechtigtes Fischen und Krebsen §. 296. Anzündung von Feuer auf der Strandhöhe zur Nachtzeit §§. 322. 325. 326; im Fall des Krieges u. Einf.-Ges. §. 4.
- Nahrungsmittel** von unbedeutendem Werthe, Entwendung derselben zum Verbrauch §. 370. Nr. 5. und Schlupflaz. f. auch Eßwaaren.
- Namen**, Führung eines falschen Namens §. 360. Nr. 8. Mißbrauch fremder Namen bei Waarenbezeichnungen §. 287.
- Nießbraucher**, f. Nuznießer.
- Norddeutsche Bund**, f. Bund, Bundesgebiet, Bundesverfassung u.
- Notare**, Offenbarung von Privatheimnissen §. 300. Notare sind als Beamte anzusehen §. 359.
- Notariat**, als öffentliches Amt §. 31; f. Amt.
- Nöthigung** eines Anderen zu einer strafbaren Handlung durch unwiderstehliche Gewalt §. 52. Nöthigung eines Anderen zu einer Handlung oder Unterlassung durch Gewalt oder Drohung §. 240. Strafe, wenn die Nöthi-

gung durch einen Beamten erfolgt ist §§. 339. 358. Nöthigung durch Erpressung §. 253.

Nöthigung einer Behörde oder eines Beamten zur Vornahme oder Unterlassung einer Amtshandlung §. 114. Nöthigung eines Gefängnißbeamten zu Handlungen oder Unterlassungen §. 122.

Nöthigung einer Frauensperson zu unzüchtigen Handlungen §. 176. Nr. 1; desgl. zum Weischlaf §. 177. s. auch Verleitung.

Nothstand bei Verübung einer strafbaren Handlung §. 54. Nichterfüllung von Lieferungsverträgen im Fall eines Nothstandes §. 329. Verweigerung der Hülfe in gemeinsamer Noth §. 360. Nr. 10.

Nothwehr, Begriff und Straflosigkeit §. 53.

Nothzucht, s. Weischlaf (§. 177.).

Nußnießer, Wegnahme der eignen Sache zc. aus dem Besitze des Nußnießers §. 289.

D.

Obdachlose, s. Unterkommen (§. 361. Nr. 8.).

Obrigkeit, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Anordnungen der Obrigkeit §. 110. Behauptung und Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatfachen über Anordnungen der Obrigkeit §. 131.

Oeffentliche Ausstellung strafbarer Schriften, Abbildungen zc. §. 85. Oeffentliche Aufforderung zum Hochverrath §. 85; zum Widerstand und Ungehorsam §. 110; zu strafbaren Handlungen überhaupt §. 111. Oeffentliche Behauptung erdichteter Thatfachen über Staatsverrichtungen zc. §. 131. Oeffentlich verübte unzüchtige Handlungen §. 183. Oeffentliche Beleidigung §§. 186. 200. Oeffentliche Verleumdung §. 187.

Offenbarungseid, Zuwiderhandeln gegen das darin gegebene Versprechen §. 162. s. auch Eid, Meineid.

Offiziere, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Norddeutsche oder verbündete Offiziere in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4. s. auch Militärpersonen.

Operationspläne, Mittheilung derselben an den Feind im Kriege §. 90. Nr. 4. Einf.-Ges. §. 4.

Orden, Verlust derselben in Folge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 33. Unfähigkeit zur Erlangung von Orden aus demselben Grunde §. 34. Nr. 3. Unbefugtes Tragen eines Ordens §. 360. Nr. 8.

Ordnung, Verbrechen und Vergehen wider die öffentliche Ordnung §§. 123—145.

P.

Papiergeld, Nachmachung und Verfälschung desselben, Verausgabung falschen Papiergeldes §§. 146—149. 151. 152. Anfertigung von Stempeln, Stichen, Platten, Formen und Formularen zu Papiergeld §. 360. Nr. 4. 5. Einziehung derselben §. 360. Schlußsatz. Anfertigung von Empfehlungskarten, Ankündigungen, Abbildungen, welche dem Papiergelde ähnlich sind §. 360. Nr. 6 und Schlußsatz.

Paß (Reisepaß), Anfertigung unechter Stempelabdrücke für Pässe §. 275. Nr. 2. Anfertigung und Gebrauch falscher Pässe §. 333.

Pässe, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Festungen, Pässe zc. in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4.

Personenstand, Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf den Personenstand §§. 169. 170.

Personenstandsbeamte, Bestrafung derselben für ihre Mitwirkung zu einer Doppelhehe §. 338.

- Pfand**, gestohlene, geraubte und unterschlagene Sachen u. dürfen nicht als Pfand angenommen werden §. 259; eben so nicht Montirungs- und Armaturstücke von einem Unteroffizier oder Soldaten §. 370. Nr. 3.
- Pfandgläubiger**, Wegnahme der eigenen Sache u. aus dem Besitze des Pfandgläubigers §. 289.
- Pfandleiher**, Bestrafung derselben für den unbefugten Gebrauch der ihnen verpfändeten Sachen §. 290. Bestrafung derselben, wenn sie bei Ausübung ihres Gewerbes den darüber erlassenen Anordnungen zuwiderhandeln §. 360. Nr. 12.
- Pfändung**, Beseitigung gepfändeter Sachen §. 137.
- Pferde**, Bestrafung desjenigen, welcher Pferde auf öffentlichen Straßen und Plätzen zureitet §. 366. Nr. 2; welcher Steine oder Unrath auf Pferde wirft §. 366. Nr. 7. Futtermiebstahl §. 370. Nr. 6. s. auch Thiere.
- Pflegeeltern**, Bestrafung derselben wegen Unzucht mit ihren Kindern §. 174. Nr. 1. Pflegeeltern werden zu den Angehörigen gerechnet §. 52. s. Angehörige, Eltern.
- Plaggenhauen** auf fremden Grundstücken §. 370. Nr. 2.
- Plakat**, s. Anschlag.
- Pläne**, s. Festungspläne, Operationspläne.
- Platten**, die zu strafbaren Schriften und Abbildungen gebrauchten Platten und Formen sollen unbrauchbar gemacht werden §§. 41. 42. Anfertigung oder Anschaffung von Platten und Formen zur Begehung eines Münzverbrechens §. 151. Unbefugte Anfertigung und Abdruck von Platten §. 360. Nr. 4—6. Einziehung derselben §. 360. Schlußsatz.
- Plätze**, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege besetzte Plätze in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4.
- Diebstahl an Reisegepäck und Transport Sachen auf einem öffentlichen Plage §. 243. Nr. 4. Raub auf einem öffentlichen Plage §. 250. Nr. 3.
- Beschädigung der zur Verschönerung öffentlicher Plätze dienenden Gegenstände §. 304. Uebertretungen gegen die Sicherheit, Reinlichkeit und den Verkehr auf öffentlichen Plätzen §. 366. Nr. 2. 3. 8—10; §. 367. Nr. 12. 14.
- Politische Rechte**, Unfähigkeit zur Ausübung derselben wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 4. s. Staatsbürgerliche Rechte.
- Politische Körperschaft, Beleidigung derselben §. 197.
- Polizei-Aufsicht**, Eintritt und Wirkungen derselben §§. 38. 39. Auf Polizei-Aufsicht kann auch beim Versuch erkannt werden §. 45; aber nicht gegen jugendliche Verbrecher §. 57. Nr. 5. Polizei-Aufsicht beim Zusammen-treffen mehrerer Freiheitsstrafen §. 76.
- Auf Polizei-Aufsicht kann erkannt werden: beim Versuch eines mit dem Tode oder lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechens §. 44; beim Aufruhr §. 115; Landfriedensbruch §. 125; Münzverbrechen §. 146; Rupperei §§. 180. 181; Diebstahl und Unterschlagung §. 248; Raub und Erpressung §. 256; Hehlerei §. 262; gewerbsmäßiger Jagd-contravention §. 294; bei gemeingefährlichen Verbrechen §. 325.
- Bestrafung der unter Polizei-Aufsicht gestellten Personen, wenn sie den ihnen auferlegten Beschränkungen zuwiderhandeln §. 361. Nr. 1.
- Polizeistunde**, Verweilen in einer Schankstube oder einem Vergnügungsorte über die Polizeistunde hinaus §. 365.
- Polizeiverordnungen** über die Sicherheit, Reinlichkeit und Ruhe auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen, Uebertretung derselben §. 366. Nr. 10. s. auch Bauten, Feuer, Feldpolizei.
- Postbeamte**, Bestrafung derselben für die Eröffnung und Unterschlagung von Briefen und Paketen §§. 354. 358.

Postfreimarken, s. Freimarken (§. 275.).

Postgebäude, Diebstahl in einem Postgebäude §. 243. Nr. 4.

Postkontraventionen, die besonderen Bestimmungen darüber bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2. Verjährung der Postkontraventionen Einf.-Ges. §. 7.

Preßvergehen, die besonderen Bestimmungen über strafbare Verletzung der Preßpolizeigesetze bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2.

Privatgeheimnisse, s. Geheimnisse (§. 300.).

Privatklage bei Beleidigungen §. 194.

Privaturkunden, Fälschung derselben s. Urkundenfälschung.

Prozesse, s. Rechtsfachen (§§. 334. 336.)

Pulver, Zerstörung fremder Sachen durch Pulver und andere explodirende Stoffe §§. 311. 325; im Fall eines Krieges oder der Erklärung in den Kriegszustand Einf.-Ges. §. 4.

Unbefugte Zubereitung des Pulvers §. 367. Nr. 4. Aufbewahrung und Transport §. 367. Nr. 5. s. auch Schießpulver.

Q.

Quittungsbogen, Nachmachung und Verfälschung derselben §§. 149. 360. Nr. 6 und Schlußsatz.

R.

Rasen, Bestrafung desjenigen, welcher Rasen von fremden Wegen und Grundstücken wegnimmt §. 370. Nr. 2.

Raub, Begriff und Strafe §§. 249—252. 255. 256. Raub in Banden §. 250. Nr. 2. §. 243. Nr. 6; Rückfall §. 244. Geheuer beim Raube §§. 258. 261. Ankauf geraubter Sachen §. 259. Brandstiftung, um einen Raub zu begehen §. 307. Nr. 2. §. 325. Einf.-Ges. §. 4. Wer von dem Vorhaben eines Raubes Kenntniß erhält, muß Anzeige machen, §. 139. s. auch Menschenraub.

Raupen, Unterlassung desselben §. 368. Nr. 2.

Rechnungen, Fälschung derselben durch Beamte zur Unterschlagung von Geldern §§. 351. 353. 358.

Rechtsanwälte, strafbare Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300. s. auch Anwälte, Advokaten, Rechtsbeistände.

Rechtsbeistände, widerrechtliche Erhebung von Gebühren §§. 352. 358. Bestrafung derselben, wenn sie in einer Rechtsfache beiden Parteien Rath und Beistand gewähren §. 356. s. auch Beistand.

Rechtsfachen, Bestechung des Richters, Schiedsrichters, der Geschworenen oder Schöffen in einer Rechtsfache §§. 334. 335. Bestrafung des Richters und Schiedsrichters, welche sich einer Beugung des Rechts schuldig machen §. 336. s. auch Untersuchungsfachen.

Regent, Thätlichkeiten gegen den eigenen Regenten §. 96. Beleidigung desselben §. 97. Thätlichkeiten gegen den Regenten eines Bundesstaats §. 100. Beleidigung desselben §. 101. Beleidigung fremder Regenten §. 103. s. auch Landesherr, Bundesoberhaupt, Bundesfürsten.

Register, Vernichtung und Beschädigung amtlicher Register §. 133. Fälschung derselben §§. 271—273; durch Beamte §§. 348. 349. 351.

Reichstag, s. Gesetzgebende Versammlungen, Landtag.

Reinlichkeit, Uebertretung der zur Erhaltung der Reinlichkeit auf öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen erlassenen Polizeiverordnungen §. 366. Nr. 7. 8. 10.

Reisegepäck, Entwendung desselben auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen, Eisenbahnen, in einem Postgebäude u. §. 243. Nr. 4.

Reisende auf Schiffen, Mitnahme verbotener Gegenstände an Bord §. 297.

Reisepaß, i. Paß (§. 275. Nr. 2. §. 363.).

Reiten, zu schnelles Reiten in Städten und Dörfern, Zureiten von Pferden auf öffentlichen Straßen und Plätzen §. 366. Nr. 2. Unbefugtes Reiten über fremde Gärten, Wiesen, Acker u. §. 368. Nr. 9.

Religion, Vergehen, welche sich auf die Religion beziehen §§. 166—168.

Religionsdiener, i. Geistliche.

Religionsgesellschaften, Beschimpfung derselben, ihrer Einrichtungen und Gebräuche §. 166. Störung ihrer gottesdienstlichen Verrichtungen §§. 167. 339. Beschädigung oder Zerstörung von Gegenständen der Verehrung §. 304.

Rentenanstalten, unbefugte Errichtung derselben §. 360. Nr. 9.

Reparaturen, i. Ausbesserung (§. 367. Nr. 13. 14.).

Reisewissen, Auswanderung derselben ohne Erlaubniß §. 360. Nr. 3.

Reziprozität gegen andere Staaten, i. Gegenseitigkeit (§§. 102. 103. 287.).

Richter, Annahme von Geschenken, Bestechung §§. 334. 335. Bestrafung des Richters, welcher sich einer Beugung des Rechts schuldig macht §. 336.

Risse von Festungen, i. Festungspläne.

Rückfall beim Diebstahl §§. 244. 245; beim Raube §. 250. Nr. 5; bei der Fehleri §. 261; beim Betrüge §. 264.

Rügen der Vorgesetzten gegen ihre Untergebenen §. 193.

Ruhe, Uebertretung der zur Erhaltung der Ruhe auf den Straßen, Wegen und Plätzen erlassenen Polizeiverordnungen §. 366. Nr. 10.

S.

Sachen, Beschädigung und Zerstörung von Sachen §§. 303—305.

Sachverständige, Bestrafung eines Sachverständigen, welcher wesentlich ein falsches Gutachten abgibt und beleidigt §§. 154. 155. Nr. 2. §§. 157. 161. Vorzüglichung falscher Entschuldigungsursachen von Seiten eines nicht erschienenen Sachverständigen §. 138.

Sammlungen, Beschädigung der in öffentlichen Sammlungen aufbewahrten Gegenstände §. 304.

Sandgraben auf fremden Grundstücken §. 370. Nr. 2.

Schaffner, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.

Schankstube, Verweilen in einer Schankstube über die gebotene Polizeistunde hinaus §. 365.

Schauer, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.

Schiedsrichter, Annahme von Geschenken, Bestechung §§. 334. 335. Bestrafung des Schiedsrichters, welcher sich einer Beugung des Rechts schuldig macht §. 336.

Schießen an bewohnten Orten §. 367. Nr. 8. und Schlußsatz; desgl. in der Nähe von Gebäuden u. §. 368. Nr. 7.

Schießgewehr, i. Gewehr (§§. 295. 367. Nr. 8. und 9.).

Schießpulver (Schießbedarf), Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Vorräthe von Schießbedarf in feindliche Gewalt bringt oder zerstört §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 2; welcher Vorräthe von Schießbedarf aufammelt §. 360. Nr. 2. und Schlußsatz; ohne polizeiliche Erlaubniß Schießpulver zubereitet §. 367. Nr. 4; bei der Aufbewahrung oder Beförderung von Schießpulver die deshalb ergangenen Verordnungen nicht befolgt §. 367. Nr. 5. i. auch Pulver.

Schießstände der Truppen, widerrechtliche Zueignung von Kugeln aus den Kugelfängen §. 291.

Schiffahrt, Zerstörung oder Auslöschung der zur Sicherung der Schiffahrt bestimmten Feuerzeichen und sonstigen Zeichen §§. 322. 325. 326; im Fall des Krieges oder der Erklärung in Kriegszustand Einf.-Ges. §. 4.

Schiffahrtsbeamte, unterlassene Aufstellung der zur Sicherheit der Schiffahrt bestimmten Zeichen §§. 322. 325. 326.

Schiffe, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Schiffe und Fahrzeuge der Kriegsmarine zerstört oder in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4; die zur Verhütung des Zusammenstoßens der Schiffe auf See erlassenen Verordnungen übertritt §. 145; einen Menschen entführt, um ihn in auswärtige Schiffsdienste zu bringen §. 234.

Diebstahl in einem bewohnten Schiffe §. 243. Nr. 7. Vorsätzlich verurthetes Strandern oder Sinken eines Schiffes §§. 323. 325. 326; insbesondere eines versicherten Schiffes in betrügerischer Absicht §. 265; Strandung oder Sinken eines Schiffes in Folge unrichtiger Feuerzeichen u. §§. 322. 325. 326. Einf.-Ges. §. 4. Zerstörung eines fremden Schiffes §. 305. Brandstiftung an Schiffen §§. 306—310. 325.

Schiffer (Schiffsmann), Annahme verbotener Gegenstände an Bord §. 297. Bestrafung der Schiffleute, welche mit der Heuer entlaufen oder sich verborgen halten §. 298.

Schlageisen, unbefugtes Begehen derselben §. 367. Nr. 8. und Schlußsatz.

Schlägerei, Körperverletzung und Tödtung bei einer Schlägerei §§. 227. 228. Bestrafung desjenigen, welcher sich bei einer Schlägerei einer Schuß-, Stich- oder Hiebwaaffe bedient §. 367. Nr. 10.

Schleusen, vorsätzliche Beschädigung und Zerstörung derselben §§. 321. 325. 326. Ausbesserung von Schleusen ohne die erforderlichen Sicherungsmaßregeln §. 367. Nr. 14.

Schlitten, verbotenes Fahren mit Schlitten ohne feste Deichsel und ohne Geläute §. 366. Nr. 4.

Schlosser, Bestrafung derselben für unbefugte Anfertigung von Schlüsseln, Oeffnung von Schlössern u. §. 369. Nr. 1.

Schlüssel, unbefugte Anfertigung von Schlüsseln §. 369. Nr. 1. Diebstahl mit falschen Schlüsseln §. 243. Nr. 3. 4.

Schöffen, Schöffendienst gilt als ein öffentliches Amt §. 31. Vorschiebung falscher Entschuldigungsursachen von Seiten eines Schöffen §. 138. Bestechung eines Schöffen, Annahme von Geschenken §§. 334. 335.

Schonungen, unbefugtes Gehen, Reiten, Fahren über Schonungen §. 368. Nr. 9.

Schonzeit, unbefugtes Jagen während der Schonzeit §. 293.

Schornsteine, unterlassene Reinigung derselben §. 368. Nr. 4.

Schriften, Aufforderung zum Hochverrath durch öffentliche Ausstellung von Schriften §. 85; desgl. zum Ungehorsam gegen die Gesetze und gegen die Anordnungen der Obrigkeit §. 110; desgl. zu einer anderen strafbaren Handlung §. 111. Verkauf, Ausstellung und Verbreitung unzüchtiger Schriften §. 184; beleidigender Schriften §§. 186. 187. 200. Strafbare Schriften und die dazu gebrauchten Platten und Formen sollen unbrauchbar gemacht werden §§. 41. 42.

Anfertigung unechter Stempelabdrücke für Drucksachen und Schriftstücke §. 275. Nr. 2.

Schuldverreibungen auf den Inhaber, Nachmachung und Verfälschung derselben §§. 149. 360. Nr. 6. und Schlußsatz.

Schutzwehr, Widerstand gegen Mannschaften der Schutzwehr §. 113.

Beschädigung und Zerstörung von Schutzwehren §§. 321. 325. 326.

Schwangere, Abtreibung oder Tödtung der Leibesfrucht §§. 218—220.

- Schwiegereltern**, Beischlaf mit Schwiegerkindern §. 173. f. Eltern.
- See**, Raub auf offener See §. 250. Nr. 3. Zusammenstoßen von Schiffen auf See §. 145.
- Sekundanten** beim Zweikampf §§. 208. 209.
- Selbstgeschosse**, unbefugtes Legen derselben §. 367. Nr. 8. Einziehung derselben §. 367. Schlußsatz.
- Selbstverhummelung**, um sich zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich zu machen §. 142.
- Sequester**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 1.
- Sicherheit**, Uebertretung der für die Sicherheit auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen bestimmten Anordnungen §. 366. Nr. 2—5. 7—10.
Zu widerhandeln gegen eine eidlich bestellte Sicherheit §. 162.
- Siegel**, Ablösung oder Beschädigung amtlicher Siegel §. 136. Anfertigung oder Anschaffung von Siegeln zum Zweck eines Münzverbrechens §. 151. Unbefugte Anfertigung und Abdruck von Siegeln §. 360. Nr. 4—6. Einziehung derselben §. 360. Schlußsatz.
- Singvögel**, Ausnehmen der Eier und Jungen von Singvögeln §. 368. Nr. 11.
- Sittlichkeit**, Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit §§. 171—184. Entführung einer minderjährigen Person, um sie zu unsittlichen Zwecken zu gebrauchen §. 235. f. Unzucht. Beischlaf.
- Sklaverei**, Entführung eines Menschen, um ihn in Sklaverei zu bringen §. 234.
- Sodomiterei** f. Unzucht (§. 175).
- Soldaten**, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Norddeutsche oder verbündete Soldaten in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4; oder sie verleitet, zum Feinde überzugehen §. 90. Nr. 3. Einf.-Ges. §. 4. Aufforderung oder Anreizung der Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten §. 112.
Bestrafung desjenigen, welcher Montirungs- oder Armaturstücke von einem Unteroffizier oder Soldaten kauft oder zum Pfande nimmt §. 370. Nr. 3. f. auch Truppen, Bundesheer, Militärpersonen.
- Sonntagsfeier**, Störung derselben §. 366. Nr. 1.
- Spiel**, Bestrafung der dem Spiele ergebenden Personen §. 361. Nr. 5. Einsperung derselben in ein Arbeitshaus §. 362. Bestrafung der Kaufleute, welche durch Spiel zum Bankerutt gelangen §. 283. Nr. 1. f. auch Glücksspiel.
- Spielkarten**, Anfertigung unechter Stempelabdrücke für Spielkarten §. 275. Nr. 2.
- Spion**, Bestrafung der Spione im Kriege §. 90. Nr. 5. Einf.-Ges. §. 4.
- Staat**, feindliche Handlungen gegen befreundete Staaten §§. 102—104. f. auch Bundesstaaten.
- Staatsbürgerliche Rechte**, Verlust derselben in Folge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 4. Verbrechen und Vergehen in Beziehung auf die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte §§. 105—109. 339.
- Staatsdiener**, f. Beamte.
- Staats Einrichtungen**, Behauptung und Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen über Staats Einrichtungen §. 131.
- Staatsgeheimnisse**, Bestrafung desjenigen, welcher Staatsgeheimnisse einer anderen Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht §. 92. Nr. 1.
- Staatsgeschäfte**, Führung derselben zum Nachtheil des Bundes oder eines Bundesstaats §. 92. Nr. 3.
- Staatsgewalt**, Widerstand gegen dieselbe §§. 110—122.
- Steuer**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.

- Steine**, Bestrafung desjenigen, welcher Steine auf Menschen und Thiere, gegen fremde Häuser oder in Gärten wirft §. 366. Nr. 7; welcher Steine von Wegen oder fremden Grundstücken wegnimmt §. 370. Nr. 2.
- Stempel**, Anfertigung oder Anschaffung von Stempeln zum Zweck eines Münzverbrechens §. 151. Unbefugte Anfertigung und Abdruck von Stempeln §. 360. Nr. 4—6. Einziehung derselben §. 360. Schlußsatz.
- Stempelpapier** (Stempelmarken, Stempelblankette, Stempelabdrücke), Gebrauch falschen Stempelpapiers zc. §. 275. Nr. 1. Anfertigung unechten Stempelpapiers zc. §. 275. Nr. 2. Fälschung echten Stempelpapiers zc. §. 275. Nr. 3. Nochmaliger Gebrauch schon verwendeten Stempelpapiers zu anderen stempelpflichtigen Urkunden §. 276. Verkauf schon gebrauchter Stempelpapiere, Stempelmarken zc. §. 364. Anfertigung von Platten und Formen zur Darstellung des Stempelpapiers §. 360. Nr. 4. und Schlußsatz.
- Sterbefassen**, unbefugte Errichtung derselben §. 360. Nr. 9.
- Steuerbeamte**, widerrechtliche Erhebung und Unterschlagung von Steuern und Abgaben §. 353.
- Steuerkontraventionen**, die besonderen Bestimmungen darüber bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2. Verjährung der Bier- und Branntweinsteuerkontraventionen Einf.-Ges. §. 7.
- Steuern**, widerrechtliche Erhebung derselben §§. 353. 358.
- Stiche**, f. Stempel, Siegel.
- Stimmrecht**, Unfähigkeit, in öffentlichen Angelegenheiten zu stimmen, wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 4. Verhinderung eines Mitgliedes der gesetzgebenden Versammlung in der Ausübung seines Stimmrechts durch Drohungen oder Gewalt §§. 106. 339. Verhinderung eines Staatsbürgers §§. 107. 339. f. auch Wahlstimme.
- Stimmzettel**, Verbrechen und Vergehen in Bezug auf die Sammlung von Stimmzetteln §. 108.
- Strafe**, keine Strafe ohne gesetzliche Bestimmung §. 2. Verschiedene Arten der Strafe §§. 13—42. Nur auf die im Strafgesetzbuch enthaltenen Strafarten darf erkannt werden Einf.-Ges. §. 6.
Gründe, welche die Strafe ausschließen oder mildern §§. 51 ff. Anrechnung der Untersuchungshaft auf die erkannte Strafe §. 60. Zusammentreffen mehrerer Strafen §§. 73—79. Verjährung erkannter Strafen §§. 70—72. Widerrechtliche Vollstreckung einer Strafe §§. 345. 346. f. auch Todesstrafe, Freiheitsstrafen, Geldstrafe.
- Strafgesetze**, Anwendung derselben auf alle im Bundesgebiete begangene strafbare Handlungen §. 3; desgl. auf Militärpersonen §. 10. Anwendung des milderen Strafgesetzes §. 2. Die besonderen Strafgesetze über Preßpolizei-, Post-, Steuer-, Zoll- und Jagd-Vergehen zc. bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 3.
- Strafsache**, f. Untersuchungssachen.
- Strandung**, vorsätzliche Strandung eines Schiffes §§. 323. 325. 326. Einf.-Ges. §. 4; insbesondere eines versicherten Schiffes in betrügerischer Absicht §. 265. Strandung eines Schiffes in Folge unrichtiger Feuerzeichen zc. §§. 322. 325. 326.
- Straße**, Diebstahl an Reisegepäck und Transportsachen auf einer Straße §. 243. Nr. 5. Raub auf einer Straße §. 250. Nr. 3. Zerstörung einer Straße §. 305. Uebertretungen gegen die Sicherheit, Reinlichkeit und den Verkehr auf den Straßen §. 366. Nr. 2—5. 8—10. §. 367. Nr. 12. 14.
- Straßenraub**, §. 250. Nr. 3.
- Ströme**, Störung des Fahrwassers §§. 321. 325. 326. f. auch Wasserstrafe.

I.

- Tage**, Berechnung der nach Tagen bestimmten Freiheitsstrafen §. 19.
- Taubstumme**, Straflosigkeit derselben §. 58. Antrag für den Taubstummen auf Bestrafung eines Andern §. 65.
- Telegraphenanstalt**, Beschädigung oder Störung derselben §§. 317—320.
- Telegraphenbeamte**, Bestrafung der selben wegen Vernachlässigung ihrer Pflichten §§. 318—320; desgl. wegen Fälschung, Eröffnung und Beiseitigung von Depeschen §§. 355. 358.
- Telegraphen-Freimarken**, i. Freimarken (§. 275.).
- Testaments-Exekutoren**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 1.
- Thätlichkeiten** gegen das Bundesoberhaupt oder den Landesherrn §. 94; gegen ein Mitglied des landesherrlichen Hauses §. 96; gegen einen Bundesfürsten §. 98; gegen ein Mitglied des bundesfürstlichen Hauses oder gegen einen Regenten des Bundesstaats §. 100.
- Thätliche Beleidigung §. 185. Thätliche Hinderung des Gottesdienstes §§. 167. 339.
- Thatsachen**, Behauptung und Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen über Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit §. 131. Behauptung und Verbreitung beleidigender und verächtlicher Thatsachen über Andere §§. 186—191.
- Theilnahme** an einer strafbaren Handlung §§. 47—50; insbesondere an der absichtlichen Entziehung von Erfüllung der Wehrpflicht §. 143; desgl. an einem Diebstahl unter Eltern und Kindern, Ehegatten u. §§. 247. 289. Der Antrag auf Bestrafung begreift sämtliche Theilnehmer in sich §. 63. i. auch Hülfe.
- Thiere**, Unzucht mit Thieren §. 175. Vernachlässigte Aufsicht über Thiere in Städten und Dörfern §. 366. Nr. 5. Bestrafung desjenigen, welcher Steine oder Unrath auf Thiere wirft §. 366. Nr. 7. Unerlaubtes Halten gefährlicher und bössartiger Thiere §. 367. Nr. 11.
- Thierquälerei**, §. 360. Nr. 13.
- Thronfolge**, Unternehmen auf gewaltsame Aenderung der Thronfolge in einem Bundesstaate §. 81. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4.
- Titel**, Verlust derselben in Folge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 33. Unfähigkeit zur Erlangung von Titeln aus demselben Grunde §. 34. Nr. 3. Unbefugte Annahme von Titeln §. 360. Nr. 8.
- Todesstrafe**, Vollstreckung derselben §. 13. Neben der Todesstrafe kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden §. 32. Beim Versuch ist statt der Todesstrafe auf Zuchthausstrafe zu erkennen §. 44; desgl. gegen die Gehülfen §. 49. Bei jugendlichen Verbrechern ist statt der Todesstrafe auf Gefängnißstrafe zu erkennen §. 57. Nr. 1. Verjährung der mit dem Tode bedrohten Verbrechen §. 67. Verjährung der erkannten Todesstrafe §. 70. Nr. 1. Todesstrafe findet statt beim Morde §. 211; desgl. beim Morde und Mordversuche an dem Bundesoberhaupt und dem Landesherrn §. 80; ferner bei schweren Verbrechen im Fall des Krieges oder der Erklärung in Kriegszustand Einf.-Ges. §. 4.
- Todtschlag**, Begriff und Strafe §§. 212—215. Todtschlag bei einer Schlägerei §§. 227. 228.
- Tödtung** eines Bundesfürsten §. 81. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4. Tödtung bei der Rothzucht §. 178; im Zweikampf §§. 206. 207; im Zorn §. 213; bei Begehung einer strafbaren Handlung §. 214. Tödtung auf ausdrückliches Verlangen des Gefödteten §. 216. Tödtung eines un-

ehelichen Kindes in oder nach der Geburt §. 217. Tödtung der Leibesfrucht §§. 218—220. Tödtung aus Fahrlässigkeit §. 222. Tödtliche Körperverletzung §. 226. Tödtung bei einer Schlägerei oder einem Angriff §§. 227, 228; bei Entziehung der Freiheit §. 239; beim Raube §. 251; bei einer Brandstiftung §. 307. Nr. 1. §§. 309, 325. Einf.-Ges. §. 4; bei einer Ueberschwemmung §§. 312, 314. Einf.-Ges. §. 4; bei dem Transport auf Eisenbahnen §§. 315, 316, 325. Einf.-Ges. §. 4.

Tödtung durch Gift §. 229; durch Vergiftung von Brunnen, Waa-ren u. §§. 324—326. Einf.-Ges. §. 4. Tödtung durch Beschädigung oder Zerstörung von Wasserleitungen, Schleusen, Brücken u. §. 321; durch verursachtes Strandern oder Sinken eines Schiffes §§. 322, 323, 325, 326. Einf.-Ges. §. 4.

Torfmoor, Anzündung von Torfmooren mit gemeiner Gefahr §§. 308. bis 310, 325.

Transport, Gefährdung des Transports auf Eisenbahnen durch Beschädigungen, falsche Signale u. §§. 315, 316, 325. Transport von Gefangenen f. Befreiung, Gefangene.

Transportsachen, Entwendung derselben auf öffentlichen Wegen, Plätzen, Eisenbahnen, in einem Postgebäude u. §. 243. Nr. 4.

Trichinen, Verkauf von trichinenhaltigem Fleisch §. 367. Nr. 7. Einziehung desselben §. 367. Schlussatz.

Trunk, Bestrafung der Personen, welche dem Trunk ergeben sind §. 361. Nr. 4. Einsperrung derselben in ein Arbeitshaus §. 362.

Truppen, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege den Norddeutschen und verbündeten Truppen Nachtheil zufügt §. 89; sie in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4; oder Aufstand unter den Truppen erregt §. 90. Nr. 6. Einf.-Ges. §. 4. f. auch Soldaten, Bundesheer.

Umult, f. Aufstand, Aufruhr.

U.

Ueberschwemmung, vorsätzliche Herbeiführung einer Ueberschwemmung §§. 312, 313, 325; im Fall des Krieges u. Einf.-Ges. §. 4. Fahrlässige Herbeiführung derselben §. 314. Bedrohung mit Ueberschwemmung §. 254.

Uebertretung, Begriff §. 1. Bestrafung derselben §§. 360—370. Bestrafung der im Auslande begangenen Uebertretungen §. 6. Für den Versuch einer Uebertretung keine Strafe §. 43; ebenso für die Beihülfe bei einer Uebertretung §. 49. Uebertretungen jugendlicher Personen §. 57. Nr. 4. Geldstrafe bei mehreren Uebertretungen §. 78. Verjährung der Uebertretungen §§. 67, 70.

Umwandlung einer Geldbuße in Freiheitsstrafe §§. 28, 29; einer Zuchthausstrafe in Gefängnißstrafe beim Versuch §. 44; bei der Beihülfe §. 49; bei der Bestrafung jugendlicher Personen §. 57. Nr. 3; beim Meineide §§. 157, 158.

Uneheliche Kinder, Tödtung derselben §. 217.

Unfähigkeit zu einem Amte oder Dienste, f. Amt; f. auch Zeuge, Sachverständige.

Unfug, Verübung groben Unfugs §. 360. Nr. 11.

Ungehorsam, Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze und gegen Anordnungen der Obrigkeit §. 110. Aufforderung der Soldaten zum Ungehorsam gegen die Befehle ihrer Vorgesetzten §. 112.

Unglücksfälle, Verweigerung der Hülfe §. 360. Nr. 10.

Uniform, unbefugtes Tragen derselben §. 360. Nr. 8.

Unkenntniß, Einfluß derselben auf die Strafbarkeit §. 59.

Unrath, Bestrafung desjenigen, welcher Unrath auf Menschen und Thiere, gegen fremde Häuser oder in Gärten wirft §. 366. Nr. 7.

Unschuldige, Eröffnung und Fortsetzung einer Untersuchung gegen eine Person, deren Unschuld den Beamten bekannt ist §. 344.

Unstittliche Handlungen, s. Sittlichkeit.

Unterkommen, Bestrafung derjenigen, welche sich kein Unterkommen verschaffen §. 361. Nr. 8. Einsperrung derselben in ein Arbeitshaus §. 362.

Unterschlebung eines Kindes §. 169.

Unterschlagung, Begriff und Strafe §§. 246—248. Unterschlagung von Geldern durch Beamte §§. 350. 351. Heflerei bei der Unterschlagung §. 258. Ankauf unterschlagener Sachen §. 259.

Untersuchungshaft, Anrechnung derselben auf die erkannte Strafe §. 60.

Untersuchungssachen (Strafsachen), Anwendung von Zwangsmitteln zur Erpressung von Geständnissen oder Ausfagen in einer Untersuchung §. 343. Eröffnung und Fortsetzung einer Untersuchung gegen eine Person, deren Unschuld den Beamten bekannt ist §. 344. Unterlassene Verfolgung einer strafbaren Handlung §. 346. Bestrafung der Beamten, welche mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben, unzüchtige Handlungen vornehmen §. 174. Nr. 2.

Ablegung eines falschen Zeugnisses in einer Strafsache zum Nachtheil des Angeeschuldigten §. 154. s. auch Rechtsachen.

Untreue der Vormünder, Verwalter, Bevollmächtigten u., Bestrafung derselben §. 266.

Unwissenheit, s. Unkenntniß.

Unzucht der Vormünder, Geistlichen, Lehrer u. mit ihren Pflegebefohlenen und Schülern, der Adoptiv- und Pflege-Eltern mit ihren Kindern §. 174. Nr. 1. Unzucht der Beamten mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben §. 174. Nr. 2. Unzucht der Beamten und Aerzte in Gefängnissen und Krankenanstalten §. 174. Nr. 3. Unzucht mit bewußtlosen und geisteskranken Personen §. 176. Nr. 2. §. 178; mit Kindern unter 14 Jahren §. 176. Nr. 3. §. 178. Unzucht mit Gewalt und Drohungen verbunden §. 176. Nr. 1. §. 178.

Widernatürliche Unzucht §. 175. Gewerbmäßige Unzucht §. 361. Nr. 6. §. 362. Gewährung und Verschaffung von Gelegenheit zur Unzucht (Kuppelei) §§. 180. 181. Entführung einer Frauensperson, um sie zur Unzucht zu bringen §§. 236. 237. Bestrafung desjenigen, welcher durch unzüchtige Handlungen öffentlich ein Vergerniß giebt §. 183. Ausfertigung und Verbreitung unzüchtiger Schriften und Abbildungen §. 184. s. auch Sittlichkeit, Beischlaf.

Unzurechnungsfähigkeit, Ausschließung der freien Willensbestimmung durch Geisteskrankheit und Bewußtlosigkeit §. 51; durch unwiderstehliche Gewalt und gefährliche Drohungen §. 52; im Fall der Nothwehr §. 53; oder des Nothstandes §. 54; Taubstumme sind unzurechnungsfähig §. 58; desgl. Kinder unter 12 Jahren §. 55. Zurechnungsfähigkeit jugendlicher Personen zwischen 12 und 18 Jahren §§. 56. 57.

Urkunden, Bestrafung desjenigen, welcher geheime Urkunden an eine andere Regierung mittheilt oder öffentlich bekannt macht §. 92. Nr. 1; welcher zur Gefährdung der Rechte des Bundes oder eines Bundesstaats Urkunden u. vernichtet, verfälscht oder unterdrückt §. 92. Nr. 2; welcher amtliche Urkunden beschädigt oder vernichtet §. 133. u. §. 348. Schlußsatz; welcher verschlossene Urkunden unbefugt eröffnet §. 299.

Urkundenfälschung, Begriff und Strafe §§. 267—280. Fälschung von Urkunden zum Nachtheil des Bundes oder eines Bundesstaats §. 92. Nr. 2.

Fälschung von Wahl- und Stimmzetteln §. 108. Fälschung von Urkunden durch Beamte §§. 348, 349, 351.

Fälschung von Gesundheits-Attesten §. 277; von anderen Attesten, Dienst- und Arbeitsbüchern, Pässen zc. §. 353.

Urtheile über wissenschaftliche und gewerbliche Leistungen §. 193.

B.

Vater, Befugniß desselben zum Antrag auf Bestrafung wegen Beleidigung seines Kindes §. 195; desgl. wegen Beschimpfung seines verstorbenen Kindes §. 189. f. Eltern.

Verabredung eines hochverrätherischen Unternehmens §. 83.

Verächtung, Behauptung und Verbreitung verächtlicher Thatsachen über Staatseinrichtungen und Anordnungen der Obrigkeit §. 131; über andere Personen §§. 186—191. f. auch Verachtung.

Verbindung, Theilnahme an geheimen und strafbaren Verbindungen §§. 128, 129.

Verbrechen, Begriff §. 1. Bestrafung der im Auslande begangenen Verbrechen §§. 4, 5. Verbrechen, deren Verfolgung nur auf Antrag eintritt §§. 61—65. f. Antrag. Verjährung der Verbrechen §§. 67, 70.

Verbreitung erdichteter oder entstellter Thatsachen über Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit §. 131. Verbreitung beleidigender und verächtlicher Thatsachen über Andere §§. 186—191. Verbreitung unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Darstellungen §. 184.

Vereinsrecht, die besonderen Bestimmungen über Mißbrauch des Vereinsrechts bleiben in Kraft Einsf.-Ges. §. 3.

Verfälschung, f. Fälschung, Urkundenfälschung.

Verfassung des Norddeutschen Bundes, f. Bundesverfassung. Verfassung der Norddeutschen Bundesstaaten f. Bundesstaaten.

Verführung eines unbefohlenen Mädchens unter 16 Jahren §. 182.

Vergehen, Begriff §. 1. Bestrafung der im Auslande begangenen Vergehen §§. 4, 5. Vergehen jugendlicher Personen §. 57. Nr. 4. Vergehen, welche nur auf Antrag zu verfolgen sind §§. 61—65. f. Antrag. Verjährung der Vergehen §§. 67, 70.

Vergiftung eines Menschen §. 229. Vergiftung von Brunnen, Wasserbehältern, Waaren zc. §§. 324—326.

Verhaftung, rechtswidrige Verhaftung eines Menschen §§. 341, 358. f. auch Festnahme.

Verjährung der Strafverfolgung §§. 66—69. Verjährung in den Fällen, wo die Verfolgung nur auf Antrag stattfindet §. 61; insbesondere bei der mehrfachen Ehe (Bigamie) §. 171. Schlußsatz; desgl. bei wechselseitigen Beleidigungen §. 198; und bei leichten Körperverletzungen §. 232. Verjährung der Strafvollstreckung §§. 66, 70—72. Verjährung der Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Entrichtung der Branntweinsteuer, Biersteuer und der Postgefälle Einsf.-Ges. §. 7.

Verkauf unzüchtiger Schriften, Abbildungen und Darstellungen §. 184. Verkauf von Gift und Arzneien §. 367. Nr. 3; desgl. vergifteter oder mit gefährlichen Stoffen vermischter Sachen §§. 324—326. Verkauf schon gebrauchter Stempelpapiere, Stempelmarken zc. §. 364. Verkauf verdorbener oder verfälschter Getränke und Gewaaren §. 367. Nr. 7; verbotener Stoß-, Hieb- und Schußwaffen §. 367. Nr. 9; Einziehung derselben §. 367. Schlußsatz.

Verlassen eines Kindes oder einer frankten, gebrechlichen Person §. 221.

Verleitung eines Anderen zu strafbaren Handlungen §. 48; insbesondere zur Desertion §. 141; zur Auswanderung §. 144; zum Meineide und

- falschen Eide §§. 159. 160; zum Beischlaf §§. 179. 182. f. auch Nöthigung.
- Verletzungen**, Antrag auf Bestrafung §. 65. f. Körperverletzung.
- Verleumdung**, Begriff und Strafe §. 187.
- Verlobte**, f. Angehörige (§. 52.).
- Vermögen**, Beschlagnahme desselben beim Hochverrath und Landesverrath §. 93; desgl. bei der Auswanderung, um sich dem Militairdienste zu entziehen §. 140.
- Vernichtung** von Urkunden mit Gefährdung der Rechte des Bundes oder eines Bundesstaates §. 92. Nr. 2. Vernichtung amtlicher Urkunden, Akten und Register §§. 133. 348. Vernichtung anderer Urkunden §. 274. Nr. 1. §. 280. Zerstörung gepfändeter und in Beschlag genommener Sachen §. 137. Vernichtung eines Grenzsteins oder Wertpfahls §. 274. Nr. 2. §. 280; f. auch Beschädigung.
- Verpfändung** f. Pfand.
- Versammlungsrecht**, die besonderen Bestimmungen über Mißbrauch des Versammlungsrechts bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 3.
- Versicherung**, Anzündung versicherter Sachen in betrüglicher Absicht §. 265. Strandung eines versicherten Schiffes §. 265. Versicherung auf den Diensteid oder an Eidesstatt, f. Diensteid, Eidesstatt.
- Versicherungsanstalten**, unbefugte Errichtung derselben §. 360. Nr. 9.
- Versicherungsgeellschaften**, Täuschung derselben durch falsche ärztliche Atteste §§. 277—280.
- Versprechen**, Verleitung eines Anderen zu einer strafbaren Handlung durch Versprechen §. 43.
- Versteigerer**, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.
- Verstorbene**, Beschimpfung ihres Andenkens §. 189.
- Verstümmelung**, um sich oder Andere zur Erfüllung der Wehrpflicht untauglich zu machen §. 142.
- Versuch** eines Verbrechens oder Vergehens, Begriff und Bestrafung §§. 43—46. Versuch des Mordes an dem Bundesoberhaupt oder an dem Landesherrn §. 80. Der Versuch eines Verbrechens ist in allen Fällen strafbar §. 43; der Versuch eines Vergehens in folgenden Fällen: §§. 107. 120. 141. 148. 150. 160. 169. 240. 242. 246. 253. 263. 289. 303—305. 339. 350. 352. Für den Versuch einer Uebertretung keine Strafe §. 43.
- Vertheidigung** von Rechten, wenn sie Beleidigungen enthält §. 193. Bestrafung der Vertheidiger in Strafsachen wegen Offenbarung von Privatgeheimnissen §. 300.
- Vertheidigungsposten**, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Vertheidigungsposten in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 1. Einf.-Ges. §. 4.
- Verwalter**, Bestrafung der Massenverwalter und Verwalter von Stiftungen wegen Untreue §. 266. Nr. 1.
- Verwandlung** der Strafen f. Umwandlung.
- Verwandte** f. Angehörige.
- Verweis** bei jugendlichen Personen §. 57. Nr. 4.
- Viehstutze**, Entwendung desselben zur Fütterung §. 370. Nr. 6. und Schlußsatz.
- Viehstetze**, Uebertretung der Anordnungen zur Verhütung derselben §. 328.
- Viehtreiben** über fremde Aecker, Wiesen, Gärten u. §. 368. Nr. 9.
- Vögel**, f. Singvögel, Federwild.
- Vollstreckung** der Freiheitsstrafen an jugendlichen Personen §§. 56. 57. Widerrechtliche Vollstreckung einer Strafe §§. 345. 346.
- Bestrafung der Vollstrecker leßwilliger Verordnungen wegen Untreue §. 266. Nr. 1.

Vorbeifahren, Bestrafung desjenigen, welcher das Vorbeifahren Anderer hindert §. 366. Nr. 3.

Vorgesetzte, Vorhaltungen derselben an ihre Untergebenen §. 193. Berechtigung derselben zum Strafantrag bei Beleidigungen ihrer Untergebenen §. 196. Bestrafung der Vorgesetzten, welche ihre Untergebenen zu strafbaren Handlungen verleiten 2c. §§. 357. 358.

Vorhaltungen der Vorgesetzten an ihre Untergebenen §. 193.

Vorläufige Entlassung, i. Entlassung (§§. 23—26).

Vormund (Nebenvormund), Unfähigkeit, Vormund oder Nebenvormund zu sein, in Folge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 6. Berechtigung des Vormundes zum Antrage auf Bestrafung §. 65.

Bestrafung des Vormundes wegen Unzucht mit seinen Pflegebefohlenen §. 174. Nr. 1; desgleichen wegen Kuppelei §. 181. Nr. 2; wegen Untreue §. 266. Nr. 1.

Diebstahl und Unterschlagung gegen den Vormund 2c. §. 247. Betrug gegen denselben §. 263. i. auch Kurator.

W.

Waage, Besitz unrichtiger Waagen §. 369. Nr. 2. Einziehung derselben §. 369. Schlußsatz.

Waaren, Bezeichnung derselben mit dem Namen oder der Firma eines andern Fabrikanten oder Kaufmanns §. 287; desgleichen mit dem Wappen eines Bundesfürsten §. 360. Nr. 7.

Anzündung von Waarenvorräthen mit gemeiner Gefahr §§. 308 bis 310. 325. Vergiftung von Waaren §§. 324—326. Aufbewahrung leicht entzündlicher Waaren §. 367. Nr. 6.

Waaren-Empfehlungskarten, welche dem Papiergelde ähnlich sind, Anfertigung und Verbreitung derselben §. 360. Nr. 6 und Schlußsatz.

Wäger, Bestrafung derselben wegen Untreue §. 266. Nr. 3.

Waffen, Bestrafung desjenigen, welcher Mannschaften in Waffen zur Vorbereitung eines Hochverraths einübt §. 84; welcher die Waffen gegen den Norddeutschen Bund oder dessen Bundesgenossen trägt §. 88. Einf.-Ges. §. 4; im Kriege Vorräthe von Waffen in feindliche Gewalt bringt oder zerstört §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4; gesammelte Mannschaften mit Waffen versieht §. 127; Vorräthe an Waffen sammelt §. 360. Nr. 2 und Schlußsatz.

Hausfriedensbruch mit Waffen §. 123. Diebstahl mit Waffen §. 243. Nr. 5. Raub mit Waffen §. 250. Nr. 1. Bettelei mit Waffen §. 362.

Unbefugtes Tragen und Verkauf verbotener Stocß-, Hieb- und Schußwaffen §. 367. Nr. 9. Einziehung derselben §. 367. Schlußsatz. Gebrauch einer Stocß-, Hieb- oder Schußwaffe bei einer Schlägerei oder einem Angriffe §. 367. Nr. 10.

Wahlhandlung (Wahlgeschäft), Bestrafung der dabei vorkommenden Verbrechen und Vergehen §. 108.

Wahlrecht, Verhinderung eines Staatsbürgers in der Ausübung seines Wahlrechts durch Drohung oder Gewalt §§. 107. 339.

Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte in Folge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 33. Unfähigkeit, zu wählen oder gewählt zu werden, aus demselben Grunde §. 34. Nr. 4.

Auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte kann erkannt werden: bei Hochverrath §§. 81. 83. 84; bei Landesverrath §§. 87—91. und bei Beleidigung des Landesherrn §§. 94. 95.

- Wahlstimme**, Bestrafung desjenigen, welcher eine Wahlstimme kauft oder verkauft §. 109. f. auch Stimmrecht, Stimmzettel.
- Wahnsinn**, f. Geisteskranke.
- Wahrheit**, Beweis der Wahrheit bei Beleidigungen und Verleumdungen §§. 186. 190. 192.
- Wald** (Waldung), Anzündung von Waldungen mit gemeiner Gefahr §§. 308 bis 310. 325. Anzündung von Feuer in Wäldern und Heiden §. 368. Nr. 6.
- Waldeigentümer**, Widerstand gegen denselben bei Ausübung seines Rechts §. 117.
- Wanderbücher**, Anfertigung und Gebrauch falscher Wanderbücher §. 363.
- Wappen** eines Bundesfürsten, Abbildung derselben zur Bezeichnung von Waaren §. 360. Nr. 7.
- Wasser**, Vernichtung oder Verrückung eines zur Bezeichnung des Wasserstandes bestimmten Merkmals §. 274. Nr. 2. f. auch Ueberschwemmung.
- Wasserbehälter**, Vergiftung derselben §§. 324—326.
- Wasserleitung** (Wasserbauten), vorsätzliche Beschädigung oder Zerstörung derselben §§. 321. 325. 326.
- Wasserstraße**, Diebstahl an Reisegepäck und Transportfachen auf einer Wasserstraße §. 243. Nr. 4. Raub auf einer Wasserstraße §. 250. Nr. 3. f. auch Flüsse.
- Wechsel** von Minderjährigen §. 301. Ehrenwechsel §. 302.
- Wege**, Diebstahl an Reisegepäck und Transportfachen auf öffentlichen Wegen §. 243. Nr. 4. Raub auf einem öffentlichen Wege §. 250. Nr. 3.
Beschädigung der zum Nutzen oder zur Verschönerung öffentlicher Wege dienenden Gegenstände §. 304. Beschädigung oder Zerstörung von Wegen §§. 321. 325. 326. Uebertretungen gegen die Sicherheit, Reinlichkeit und den Verkehr auf öffentlichen Wegen §. 366. Nr. 3. 5. 9. 10. §. 367. Nr. 12. 14. Unbefugtes Gehen, Reiten, Fahren auf Privatwegen §. 368. Nr. 9.
Verringerung eines öffentlichen oder Privat-Weges durch Abgraben oder Abpflügen §. 370. Nr. 1. Wegnahme von Erde, Steinen und Rasen §. 370. Nr. 2.
- Wehre**, vorsätzliche Beschädigung oder Zerstörung derselben §§. 321. 325. 326.
- Wehrpflicht**, f. Militärdienst.
- Weibspersonen**, f. Frauenspersonen.
- Weiden**, unbefugtes Gehen, Reiten, Fahren über fremde Weiden §. 368. Nr. 9.
- Weinberge**, Uebertretung der polizeilichen Anordnungen über die Schließung der Weinberge §. 368. Nr. 1. Unbefugtes Betreten fremder Weinberge §. 368. Nr. 9.
- Werbung** zum Militärdienst einer ausländischen Macht §. 141.
- Werfen** von Steinen und Unrath auf Menschen und Thiere, gegen Häuser und in Gärten §. 366. Nr. 7.
- Widerstand** gegen die Staatsgewalt §§. 110—122; insbesondere gegen Beamte bei Ausübung ihres Amtes §. 113; beim Auslauf §. 116; desgl. bei der Meuterei von Gefangenen §. 122. Widerstand gegen Forst- und Jagdbeamte §. 117.
- Wiederholung** einer strafbaren Handlung f. Rückfall.
- Wiesen**, unbefugtes Gehen, Reiten, Fahren über fremde Wiesen §. 368. Nr. 9.
- Wild**, f. Federwild, Jagd.
- Wilde Thiere**, Halten derselben §. 367. Nr. 11.
- Willensbestimmung**, Ausschließung der freien Willensbestimmung bei Begehung strafbarer Handlungen §§. 51. 52. f. auch Unzurechnungsfähigkeit.

- Wirthe**, Bestrafung derselben, wenn sie Glücksspiele gestatten §. 285; wenn sie das Verweilen ihrer Gäste über die Polizeistunde hinaus dulden §. 365.
- Wittwenkassen**, unbefugte Errichtung derselben §. 360. Nr. 9.
- Woche**, Berechnung der nach Wochen bestimmten Freiheitsstrafen §. 19. Bestrafung der Freiheitsberaubung, welche über Eine Woche gedauert hat §. 239.
- Wohnung**, widerrechtliches Eindringen in die Wohnung eines Anderen §§. 123. 124.
- Wundärzte**, s. Aerzte.
- Würden**, Verlust derselben in Folge Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 33. Unfähigkeit zur Erlangung von Würden aus demselben Grunde §. 34. Nr. 3. Unbefugte Annahme von Würden §. 360. Nr. 8.

3.

- Zahlseinstellung** der Kaufleute §§. 281—283.
- Zeichen**, Zerstörung oder Beschädigung öffentlicher Zeichen der Autorität §. 135. Zerstörung der zur Sicherung der Schifffahrt bestimmten Zeichen §§. 322. 325. 326; im Fall des Krieges u. Einf.-Ges. §. 4.
- Zeitungen**, Anfertigung unechter Stempelabdrücke für Zeitungen §. 275. Nr. 2.
- Zerstörung**, s. Vernichtung, Beschädigung.
- Zeuge**, Unfähigkeit, Zeuge bei Aufnahme von Urkunden zu sein, wegen Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte §. 34. Nr. 5. Unfähigkeit, als Zeuge eidlich vernommen zu werden wegen Meineides §. 161. Vorschüpfung falscher Entschuldigungsursachen von Seiten eines nicht erschienenen Zeugen §. 138. Bestrafung eines Zeugen, welcher falsches Zeugniß ablegt und beeidigt, §§. 154. 155. Nr. 2. §§. 157. 161. Die Zeugen beim Zweikampf sind straflos §. 209.
- Zeughaus**, Bestrafung desjenigen, welcher im Kriege Zeughäuser zerstört oder in feindliche Gewalt bringt §. 90. Nr. 2. Einf.-Ges. §. 4.
- Zeugniß**, Ausstellung und Gebrauch falscher ärztlicher Zeugnisse §§. 277 bis 280; desgleichen anderer Zeugnisse, Führungs- und Fähigkeitszeugnisse §. 363.
- Zinsheine** zu Aktien u., Nachmachung und Verfälschung derselben §§. 149. 360. Nr. 6. und Schlußsatz.
- Zollkonventionen**, die besonderen Bestimmungen darüber bleiben in Kraft Einf.-Ges. §. 2.
- Zollverein**, strafbare Handlungen gegen eine gesetzgebende Versammlung des Zollvereins und gegen deren Mitglieder §§. 105. 106. 339. Beleidigung derselben §. 197.
- Zorn**, Tödtung eines Menschen im Zorn §. 213.
- Zuchthausstrafe**, Dauer derselben §. 14. Beschäftigung der Züchtlinge §. 15. Berechnung der Zeit nach Monaten und Jahren §. 19. Wahl zwischen Zuchthaus und Festungshaft §. 20. Verhältnis der Zuchthausstrafe zur Gefängnißstrafe §. 21. Umwandlung einer Geldstrafe in Zuchthausstrafe §. 28. Einzelhaft §. 22. Vorläufige Entlassung §§. 23—26. Folgen der Zuchthausstrafe §. 31. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte §. 32. Bei jugendlichen Verbrechern ist statt der Zuchthausstrafe auf Gefängnißstrafe zu erkennen §. 57. Nr. 1. 3. Milderung der Zuchthausstrafe beim Versuch §. 44; desgleichen bei der Hülfeleistung §. 49; desgleichen bei gewissen Fällen des Meineides §. 157. Schlußsatz u. §. 158. Verjährung erkannter Zuchthausstrafen §. 70. Nr. 1—3. Zuchthausstrafe tritt ein in den Fällen §§. 81. 83—92. 94. 96.

98. 100. 105. 115. 118. 122. 125. 146. 147. 153—155. 157—159.
169. 171. 173. 174. 176—179. 181. 212. 214. 215. 217—221. 224
bis 227. 229. 234—236. 239. 243. 244. 249—252. 254. 255. 265.
268. 272. 273. 281. 282. 306—308. 312. 313. 315. 321—324. 332.
334. 336. 338. 340. 343. 344. 347. 349. 351. 356.

Zurechnungsfähigkeit, s. Unzurechnungsfähigkeit.
Zurückbehaltungsrecht, Wegnahme der eigenen Sache aus dem Besitze des Retentionsberechtigten §. 289.

Zusammenrottung mehrerer Personen zum Aufruhr §. 115. Zusammenrotten der Gefangenen zur Meuterei und zum Ausbruch §. 122. Zusammenrottung zu Gewaltthätigkeiten beim Hausfriedensbruch und Landfriedensbruch §§. 124. 125.

Zusammenstoßen der Schiffe auf der See, Uebertretung der zur Verhütung desselben erlassenen Verordnungen §. 145.

Zusammentreffen mehrerer strafbarer Handlungen §§. 73—79.

Zwang, s. Nöthigung.

Zwangsgestellung, rechtswidrige §§. 341. 358.

Zwangsmittel, Anwendung von Zwangsmitteln in einer Untersuchung §. 343.

Zwangsvollstreckung, Vereitelung derselben durch Veräußerung oder Beseitigung von Sachen §. 288.

Zweikampf, Bestrafung desselben §§. 201—210.



Druck von Gebrüder Grunert in Berlin

